

A black and white photograph of a snowy landscape. In the foreground, a large, leafless tree with a thick trunk and intricate branch structure stands prominently. A person in dark clothing is walking on a path that leads up a gentle slope. In the background, more trees and a fence are visible against a bright, overcast sky. The overall mood is quiet and wintry.

Sezession

Autorenporträt
Heimito v. Doderer

Fünfundsiebzig Mal
Zeitschrift *Sezession*

Ellen Kositza
Macht: Gefühle

Frank Lisson
Fundamentalopposition

Martin Lichtmesz
Trumps Sieg

75

Dezember 2016
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (verantwortlich)
und Erik Lehnert.

14. Jahrgang, Heft 75,
Dezember 2016

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.

Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.

Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten.

Manuskripte sind stets willkommen
und sollten als Kurzbeitrag 9000 und
als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen
(inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 909 41
Fax: (03 46 32) 909 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

1 Editorial

Bild und Text

- 2 Neues vom Ponyhof
Ellen Kositzka

Grundlagen

- 4 Heimito von Doderer
Caroline Sommerfeld
- 10 Fundamentalopposition
Frank Lisson
- 14 Macht: Gefühle
Ellen Kositzka
- 20 Die polarisierte Gesellschaft
Gunnar Thümen
- 24 Weltbildfixierung, Weltbildwechsel
Georg Kurz
- 28 Abstiegsangst und Aufbegehren
Benedikt Kaiser

Bildinnenteil

75 × *Sezession* – eine Chronik

- 32 Trump und die Zuspitzung der Lage
Martin Lichtmesz

Kurzbeiträge

- 36 Das Modell »Breitbart News«
Nils Wegner
- 38 Dugin in Ankara
Benedikt Kaiser
- 40 Mißbraucher Demokratieschutz
Michael Wiesberg
- 42 »Es gibt keine Pflicht zur Selbstaufgabe«
Gespräch mit Prof. Dr. Lothar Fritze

Debatte

- 44 Etwas wird sich ereignen
Martin Sellner
- 47 Das ausbleibende Ereignis
Johannes Konstantin Poensgen

Bücher

- 50 Rezensionen
- 60 Briefe

Schleusenzeit

von Götz Kubitschek

Eine der weniger bekannten Arbeiten Ernst Jüngers trägt den Titel *Das Sanduhrbuch*. Es ist das mit warmem Herzen verfaßte Gegenstück zum *Arbeiter*, behandelt die mechanische Uhr und ihren erbarmungslosen Gleichtakt der Zeiteinteilung und mündet in die Beschreibung der behaglicheren Formen der Zeitmessung. Die Sanduhr wird Jünger zum Sinnbild einer verrieselnden Zeit, deren aufzubrauchender Vorrat oben in Bewegung gerät, um sich unten hoffentlich als Bestand, als Erfahrungs- und Lebensschatz anzusammeln. Man kann derlei Bilder strapazieren und die Sanduhr als Allegorie für ein Leben nehmen, das den Kopf voll hat, aber vorerst mit leeren Taschen und auf wackligen Beinen dasteht. Mit der Zeit mag sich das Verhältnis umkehren, der Verlust der Möglichkeit, alles Verfügbare in Bewegung zu setzen, wird durch den sicheren Stand und den Umfang des zur Ruhe gelangten Erworbenen aufgewogen. Hölderlin dichtete so: »Komm du nun, sanfter Schlummer! zu viel begehrt / Das Herz; doch endlich, Jugend! verglüht du ja, / Du ruhelose, träumerische! / Friedlich und heiter ist dann das Alter.«

Wir sind ein alterndes Volk, und die defensivste aller möglichen Zukunftsvorstellungen lautet, daß dieses Volk und dieses müde, ausgekämpfte Abendland sich selbst schonen und verschont bleiben mögen, damit sie das Feierabendbier und die seltenen Kinder in aller Ruhe genießen könnten. Das Abendland bereisen, solange es noch Reste seiner Schönheit zeigen kann – es gibt keinen Grund, auf die Seychellen zu fliegen, solange man sein Erbe nicht durchschritten hat! Indes: Schon diese paar Sätze sind nichts weiter als ein Privatprogramm, keinesfalls sind sie politisch, denn ständig drehen die Leute ihre Sanduhr um und verwandeln den ruhenden Bestand in eine erneut rieselnde Möglichkeit, und für unser Volk und Land hat das die große Politik nun wieder getan, wir wissen das alle, denn diese Bewegung, diese Revolution im Wortsinne, hat keinen Ausgespart, hat alle erfaßt.

Unser Land ist auf den Kopf gestellt worden wie eine Sanduhr, und nun rieselt es, und das Gute daran ist, daß diejenigen, die uns in Bewegung gebracht haben, nicht wissen, wie sich die Körnchen im unteren Glas verschütten, verdrängen, neu ordnen werden. Denn nichts wird

unten sein, wie es oben war, oder präziser und als Auftrag formuliert: Nichts darf unten wieder so sein, wie es oben war, und nachdem es durch den dünnen Kanal der Uhr gerieselst ist, durch die Schleuse zwischen dem Davor und dem Danach. Denn das ist jener Durchgang, den alles passieren muß, was erneut (und ohne Not) in Bewegung gesetzt wurde: aus der Ruhe in ein Ruckeln und Rutschen, hinein in den Trichter und durch die Schleuse.

In aller Arroganz und in Verkenntung der Lage vermeint das Establishment, den ausgelösten Sortierungsvorgängen in Politik und Gesellschaft nach Belieben Einhalt gebieten zu können oder sie im Griff zu haben. Aber dem ist nicht so, und wer die erste Handvoll Körner, die durch die Schleuse jagten und sich aufhäufelten, bereits für den ganzen Vorgang hält, ist blind für das, was da ge-

schieht, oder weit, weit weg von denen, die nun in den Trichter rutschen. PEGIDA, AfD, Identitäre, das ganze publizistische und metapolitische Netzwerk – das alles hat Schockwellen ausgelöst, und weil ein Schock nicht ewig dauert, meinen die Leute vielleicht, es sei ausgestanden. Sie haben keine Ahnung. Sie wissen nicht, was es bedeutet, wenn das Paradigma, die Erzählweise, die Sprechgewohnheiten ins Rutschen geraten und jeder Einzelne sich neu sortiert. Manchen geschieht das nicht rasch genug, andere wehren sich verzweifelt dagegen, dritte beobachten sich verwundert, belustigt, ernsthaft bei diesem Vorgang.

Es lauert da aber eine Gefahr, sie rührt davon her, daß es in Schleusenzeiten drei Typen von Sortierern gibt: Die einen gehörten schon immer zum Establishment und wollen dort bleiben. Die zweiten gehören noch nicht dazu und wollen dorthin. Die dritten wollen ein anderes Deutschland, das Establishment ist ihnen herzlich egal. Eine Wende, die mehr sein soll als eine Ergänzung der herrschenden Klasse, mehr als das Förderband für die Typen 1 und 2, muß von denen getragen und betrieben werden, die dem 3. Typ angehören. Zu den Verhaltenslehren der Schleusenzeit gehört die Unversöhnlichkeit ebenso wie die Gewißheit, daß der »kleine Mann« (auf der Straße und in jeder Parteibasis) diesen 3. Typ bejubelt, den 1. und 2. aber zwangsläufig abbekommt. Dies gilt es zu verzögern, so lange wie möglich. ■



Neues vom Ponyhof

von Ellen Kositzka

Ich sehe was, was Sie nicht sehen! Nämlich: ein anderes Photo der »Rockröhre« (*BILD*) Jennifer Weist. Es zeigt wie das Bild rechts einen Ausschnitt aus dem aktuellen Video »Hengstin« der Popkapelle Jennifer Rostock, einem vorpommerschen Projekt zur Erschaffung zeitgeisttauglichen Liedguts. Das Bild, auf dessen Zurschaustellung wir hier aus Gründen des Anstands, des Geschmacks und des Jugendschutzes verzichtet haben, zeigt Jennifer W. nicht gerade wie Gott sie erschuf, aber doch unbekleidet. Sie sitzt zurückgelehnt, hat die Beine breit gespreizt und die Arme vor ihren Brüsten (»von A auf C getunet«, *BILD*) derart verschränkt, daß sich die Hände über ihrer Scham überkreuzen. »Scham«, haha! Heute, wo »Schamverlust« wieder ein zu affirmierendes Thema ist, sagt frau dazu gern wieder mit Retrogezinker: »untenrum«. Frl. Stokowski (*Spiegel-online*-Kolumnistin) hat ihr aktuelles *Opus magnum* so benannt (*Untenrum frei*); Charlotte Roche war mit *Feuchtgebiete* und *Schoßgebete* ebenso ein, hm, literarischer Vorläufer wie Frl. Laurie Penny (junge Nr. 1-Popfeministin, Buch: *Fleischmarkt*), Mithu M. Sanyal (*Vulva. Die Enthüllung des unsichtbaren Geschlechts*) oder das ältere Frl. Emcke, Friedenspreisinhaberin (Buch: *Wie wir begehren*). Bei all diesen Frauen mit ihrem Untenrumgeraune haben wir es mit sogenannten *Role models* zu tun, sprich: mit solchen, die als paradigmatisches Rollenvorbild für die heute mitteljunge, »zornige« Frauengeneration taugen.

Zurück zu Frl. Weists hier zu imaginierendem Photo: Wir sehen den fast vollständig tätowierten Körper der »Frontfrau« (die dieser Tage dreißig wird). Einen Oberschenkel ziert der breite Saum eines halterlosen Strumpfes. Auf den rechten Oberschenkel sowie auf die linke Wade sind mit heißer Nadel ausführliche Texte gestochen. Welche, können wir weder lesen noch wissen, das gehört – wie sämtliche anderen tätowierten Aussagen – für Frl. Weist zur Privatsphäre. (»Mein Körper ist mein Tagebuch.«) Es wird so etwas wie Wolfram von Eschenbach (rechts) und Walter Scott (links) sein – man sollte sich hüten, die Leute zu unterschätzen! Auch Frl. Weists Hals ist grell tätowiert. Bei der Einspielung ihres (klar: ironisch-abschreckenden) »Songs« »Dann wähl die AfD« trat klar hervor, daß das Frollein »so nen Hals!« hat. Knallrot! Die Stimme der Wut!

Weist und ihre Kapelle sind Teil jenes künstlich gezüchteten Protestmilieus, das so tut, als

schwimme es wütend gegen den Strom, wobei das ganze Arrangement tatsächlich darauf abzielt, die Kraft des Hauptstroms zu maximieren. Bilder, Satzketten und ein treibender Rhythmus dienen dabei als Botschaftsverstärker. Vor der Textanalyse wollen wir uns das nebenstehende Photo anschauen.

Bitte: Nicht fixieren, zunächst grob drüberschauen! Eine traurige Frau (hängt da nicht ein kleiner Rotztropfen aus der Nase?) mit sorgsam gezupften Augenbrauen schaut melancholisch in die Ferne. Sie hat es nicht leicht! Zumindest, was ihr Ohrgehänge betrifft. So große, fragile Reifen an so kleinen Läppchen! Wie verletzlich! Eine unerwartete Bewegung, und das Häutchen würde einreißen! Außerdem hat ihr jemand Marshmallows in die Haare geklebt. Eine Situation, die wahrlich nicht zum Lachen ist! Schauen wir genauer hin, sehen wir, daß der großdimensionierte Ohrschmuck die filigrane Inschrift »Hengstin« beinhaltet. Ein genderirritierender Begriff, vergleichbar mit »Hebammer«.

Die Marshmallows (deutsch: Mäusespeck) erweisen sich als Haarschmuck und Flechtwerk. Wir merken zudem, daß das Rötzchen ein Nasenring ist. Das ist üblicherweise ein Accessoire für hysterische Rinder und abgerichtete Tanzbären. Wer freiwillig seine Nasenscheidewand durchstoßen läßt, um einen Ring hindurchzuführen, offenbart ein gewisses Quentchen an Masochismus. Talentierte Pferde, Hengste wie Stuten, pflegt man zuzurichten. Man nennt das Dressur. Auf Menschinnen angewandt, wirkt dieses Wort unzeitgemäß. Nur Untertanen lassen sich dressieren. Wer will schon als Untertan gelten? Höchstens diejenigen, die den mitleiderregenden Untertanenstatus für sich beanspruchen, in Wahrheit aber wissen, daß sie das Wort haben.

Das Zauberwort heißt Choreographie. Eine Sache choreographisch darzustellen, das ist ein wirkmächtiger Kommunikationsakt – wenn es professionell geschieht. Per Assoziation werden mittels Choreographie Emotionen geschürt, Gefühle werden durch Inszenierung gebahnt. Es ist eine Anleitung zum Fühlen.

Jennifer Rostocks neues Video »Hengstin« hat wahrlich eine professionelle und ziemlich strikte Choreographie. Bislang haben rund drei Millionen Konsumenten das Kunstwerk angeklickt. Zunächst tanzt zu aggressiven Rap-Beats eine weibliche Garde in Formation: schwarz gekleidet, körperbetont und vollverschleiert – nur



die Augen sind unbedeckt. Dann tritt Frl. Weist auf, mit schrillbuntem BH- und Höschen-Outfit, Mäusespeck und Nasenring. Später auch nackt, und, wie man einstmals zu sagen pflegte: in obszöner Pose. Was hat sie zu sagen? Das:

*Du hast gelernt, dass man besser
keine Regeln bricht,
dass man sich besser nicht im Gefecht
die Nägel bricht.
Tiefe Stimmen erheben sich, gegen dich,
knebeln dich,
doch wer nichts zu sagen wagt, der spürt
auch seine Knebel nicht.*

*Du fragst, was Sache ist? Reden wir
Tacheles!
Ich glaube nicht daran, dass mein
Geschlecht das schwache ist,
ich glaube nicht, dass mein Körper meine
Waffe ist,
ich glaube nicht, dass mein Körper deine
Sache ist.*

*Reiß dich vom Riemen, es ist nie zu spät,
denn ein Weg entsteht erst, wenn man
ihn geht.
Ich bin kein Herdentier, nur weil ich kein
Hengst bin, ich bin 'ne Hengstin!*

*Trau keinem System, trau nicht irgendwem,
lass dich nicht von Zucker und Peitsche
zähmen.
Ich bin kein Herdentier, nur weil ich kein
Hengst bin, ich bin 'ne Hengstin!*

System! Waffen! Knebel! Peitsche! Oh je! Soviel wilde und offensive Opposition geht nur, weil das hengstmäßig sich aufbäumende Frollein in Wahrheit eine Stute ist. Ungezügelte »Systemgegnerschaft« ist dann kompatibel, wenn du das richtige Geschlecht hast und im Namen eines empfundenen, irgendwie revolutionär asso-

zierten Zwittertums aufgebehrst. Die Frau, die »endlich« aufbricht von ihrer Rolle »am Herd«. Die mit den »Haaren auf den Zähnen«, *Genderbender*, *Vagina dentata*. Es ist interessant, wie man im Zeitalter der Frauenquoten und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Emanzipation als Akt der Wagnis und der frechen Revolution performen kann! Für ihr fulminantes Video hat Jennifer Rostock einige Kombattantinnen gewonnen, die hier in kurzen Sequenzen als »starke Frauen« aufblenden. Beispielsweise Britta Steffen, Schwimmerin, oder Vanessa Low, Leichtathletin, daneben eine Tätowierungskünstlerin, eine Galeristin, eine Skaterin. Sie alle: Alpha-Stuten, Superfrauen, Rollenvorbilder. Sie alle: mitgerissen vom Hauptstrom.

Für Hengstin Weist ist das Körperthema bestimmend: »Es geht darum, dass ich mit meinem Körper machen kann, was ich möchte. My body, my rules. Nur weil ich Silikon-Brüste habe, heißt das noch lange nicht, dass man mich darauf reduzieren kann.« Eines ihrer neuen Lieder trägt passend den Titel »Silikon gegen Sexismus«. Übrigens haben diverse »Fap-Versionen« von »Hengstin« mehrere Zehntausend Zuschauer generiert. Falls Sie nicht wissen, was »fap« heißt: Bitte nur im Falle der äußersten Not googlen!

Nun waren innerhalb der Popkultur Frauenstimmen immer eine Speerspitze der Avantgarde. Man erinnere sich an die Sängerin »Alexandra« alias Doris Nefedov, die in den späten sechziger Jahren reüssierte. »Mein Freund, der Baum« und »Zigeunerjunge«, das waren damals neue Themen, Ökologie und Exotik. Dazu: diese tiefe Altstimme, dieser Werdegang: Modedesignerin, Miss-Germany-Bewerbung, Schulabbruch, Ehe mit einem alten Russen. Unerhört, damals! Und doch: eine Seele. Eine »ehrliche Haut« (unvergrößert obenrum, unbeschriftet untenrum), authentisch, klangvoll. Wie sind wir auf den Hund gekommen! Pardon: Hündin. Es gibt übrigens auch dafür ein angloamerikanisches Wort. Bitte nur zur Not googlen. ■

Heimito von Doderer – Zauberhafte Beobachtung

von Caroline Sommerfeld

Heimito von Doderer, geboren am 5. September 1896 in Weidlingau bei Wien, Österreichs berühmtester Schriftsteller trotz »Nazivergangenheit«, war ein veritabler europäischer Moralist, einer von der beobachtenden Sorte. Er starb am 23. Dezember 1966, sein Todestag jährt sich heuer zum 50. Mal. Erst im fortgeschrittenen Alter wurde er, der zuerst erfolglos Kurzprosa schrieb, mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte studierte und in Wiener Secessionskreisen verkehrte, dem deutschsprachigen Lesepublikum als der österreichische Gegenwartsautor bekannt. In den 50er Jahren unterhielt Doderer mit Carl Schmitt und Armin Mohler Briefwechsel und war überzeugt, daß Ernst Jünger neben seinem Freund Albert Paris Gütersloh »der größte deutsche Schriftsteller überhaupt sei«. In dieser Linie läßt er sich lesen, und diese wiederum von der Moralistik her, die man seit dem 16./17. Jahrhundert mit Namen wie Macchiavelli, Gracián, Montaigne, La Rochefoucauld, Rivarol verbindet. Sie ist etwas, das sehr wenig mit Moral, dagegen sehr viel mit den »Mores« zu tun hat, das heißt mit den Lebens- und Seinsweisen des Menschen in ihrer »reinen, auch »unmoralischen« Tatsächlichkeit« (Hugo Friedrich).

Doderer hat Zeit seines schriftstellerischen Tuns parallel Aphorismen produziert, teilweise aus seinen Romanen herauskopiert, teilweise eigens für sein alphabetisch angeordnetes *Repertorium. Ein Begreifbuch von höheren und niederen Lebens-Sachen* von 1941 bis 1966 verfaßt. Manche seiner Figuren sprechen geradezu in Aphorismen, er zitiert auch mitunter seine *Alter-ego*-Protagonisten Sektionsrat Geyrenhoff, Leonhard Kakabsa, René Stangler und Kajetan Schlaggenberg aus den *Dämonen* (1956), als wären sie Kollegen. Heimito (der singuläre Vorname ist eine Erfindung seiner offenbar auch mit der Kunst des Fabulierens begabten Mutter Wilhelmine, der der spanische Name »Jaime«, Koseform »Jaimito«, so gefiel, daß sie ihn eindeutschte, dem Jungen blieb der Spitzname »Heimchen«), Heimito von Doderer also (das adlige »von« war in Österreich seit Republikgründung 1919 abgeschafft, als Künstlernamen jedoch zulässig, und wer wollte sich damit lieber zieren als so jemand wie Doderer, dem das Zeitaktuelle immer zuwider war?), lebte fast ausschließlich in Wien.

Er existierte in ärmlichen Verhältnissen, sein Adel nur mehr Papierform, seine verschiedenen »Ateliers« waren spartanisch und nie von einer Frau (er war zweimal immerhin verheiratet) mitbewohnt oder mit ordnender Hand geschlichtet. 1916 geriet Doderer in russische Kriegsgefangenschaft und kehrte erst 1920 zurück, weil der Zug der Freigelassenen an der ukrainischen Grenze kehrtmachen mußte und zurück in andere Lager noch weiter nördlich geleitet wurde. Doderer blieb immer klaglos, Kriegsgefangenschaft war für ihn kein Grund, sich den schnöden Zeitläuften außer durch innere Distanzierung zu widersetzen: »Mich soll alles Derartige nicht hindern, das Provisorium, in welchem wir leben, als ein Seiendes zu apperzipieren« (*Tangenten*, S. 333) – schrieb er 1945 in gleichermaßen

»Man muß den Mantel konkreter Tätigkeit im Alter dichter um die Schultern ziehen, um bei herandrängender Weltraumkälte bestehen zu können.«

Repertorium, »Alter« für H.

»Jeder großen (Geschichte constituierenden) Nation gehört man durch Wahl an. (Auch wenn man innerhalb ihrer geboren worden ist. Dieses Factum müsste auch erst eingeholt werden. Dem schon fliegenden Pfeil die Spitze aufzusetzen, bleibt die entscheidende Kunstleistung jedes Lebens; und Kultur ist eingeholte Natur.) Ich für meinen Teil bin Wahl-Österreicher, obwohl ich im Wienerwalde geboren bin; und ich vermeine, auch mein Standpunkt bildet den Start zum Rückzug auf einen festen Kern.«

Brief vom 25. Juni 1952, Heimito von Doderer/ Armin Mohler. Briefwechsel 1952–1965, in: »*Flügel und Extreme*«. Aspekte der geistigen Entwicklung Heimito von Doderers, Würzburg 1999, S. 92–129, hier S. 105.

mißlicher Lage. Die Jahre 1940 bis 1945 waren für das Werk Doderers ein entscheidender Abschnitt. Während er, im Alter von über 40 Jahren unfreiwillig ein zweites Mal zur Wehrmacht beordert, »im Bauch des Leviathans« durch halb Europa geschleift wurde und schließlich in Norwegen in nun britische Kriegsgefangenschaft geriet, dokumentierte er keinesfalls das Tagesgeschehen oder politische Einlassungen, sondern notierte Aphorismen, (oft autodidaktische) Reflexionen über philosophische Gedankengebäude, Charakterisierungen seiner Romanfiguren, entwarf seine Bücher buchstäblich an Reißbrettern und extrahierte daraus anthropologische Maximen.

Und er schrieb von 1931 bis 1940 unter dem für ihn erotisch-geheimen Arbeitstitel »Dicke Damen« seinen besten Roman, eine wahre »Konstruktionsmonstrosität« (Mosebach). Erst Jahre nach dem Krieg ist dieser Text als *Die Dämonen* (Titel und Inhalt spielen mit Dostojewskis *Dämonen* und »DD« – »Dicke Damen«) erschienen. In der Erstfassung nannte er ihn »Die Dämonen der Ostmark«, ausprobierend, ob man dem für Doderer lebenslang untergründig wirksamen Gegensatz von Juden und Ariern Romanform geben könnte. Eine Revision des Textes 1939/40 führte aber schon damals zum Verwerfen dieses psychohistorischen Programms. Was blieb, war ein hochkomplexer Wien-Roman der Zwischenkriegsjahre (*Die Strudlhofstiege* gehört als Prequel zum Komplex der *Dämonen*) mit mindestens vier Doderer-Reinkarnationen und naturalistischen Kaffeehauszenen mit »dicken Damen« (unbeschreiblich deren wohlverschnürte, duftende Körperfülle und ihr Mitteilungsdrang, sie hätten hunderte Telefone zugleich haben müssen, um ihre gesprächsweise Existenz sogleich zu verdoppeln, indes, der »Döblinger Hof« verfügte 1926 nur über zwei Telefonzellen).

Doderer als Moralist also. Es gibt in der europäischen Tradition zwei Arten von Moralisten, die »Erkenne-die-Lage-Moralisten« und die »Distinguierer«. Die ersteren formulieren Verhaltenslehren in einer agonalen Gesellschaft, pragmatische Handlungsmaximen, »Handorakel« zur schnellen Orientierung in den Niederungen der politischen Macht. Zu ihnen gehören politische Köpfe wie Macchiavelli, Gracián, Brecht, Carl Schmitt und der Doderer ebenfalls wohlbekannte Franz Blei.

»Von mir selbst habe ich nichts Ganzes aus einem Stücke, nichts Einfaches, nichts Festes ohne Verwirrung und ohne Beimischung anzuführen, nichts, was ich in ein Wort fassen könnte. Distinguo ist das allgemeine Glied meiner Logik«, schrieb Michel de Montaigne in seinen *Essais* 1580. So ein Distinguierer war auch Heimito von Doderer. Der schrieb in beobachtendem Gestus 1962, die Lage wolle »appercipiert, nicht kritisiert sein; und sie wird sichtbar im Zerfall der falschen Ganzheiten. Nur wer den Mut hat, jene zerfallen zu lassen in der unvorgeordneten Apperceptivität, wird den Grund jeder Lage – im doppelten Sinne – erblicken«. (Doderer, *Repertorium*, »Jetzt«)

Martin Mosebach hat in dem brillanten Vortragstext *Die Kunst des Bogenschießens und der Roman* (2006) Doderers physische (Bogenschießen!) und seelische Haltung über dessen bei Kant geklauten Lieblingsbegriff der »Apperzeption« erschlossen: »das Bereitsein, die Signale und Prägungen der Dingwelt und die aufsteigenden Bilder der Erinnerung zu empfangen.« Mehr muß ein Schriftsteller, für Doderer weit mehr als ein Beruf, eine Existenzform, nicht tun, aber dies ist eine schwere Aufgabe der Selbstzurücknahme.

»Eine in erster Linie sprachliche Katastrophe« – die Niederungen der Politik

»Es grollt im Gedärm der Stadt, Stürme ziehn vorüber, es dröhnt und trommelt, fast wie einst, dahinten in der Ferne der Jahre, damals in jenem Kriege. Das kommt vom Stollen der Untergrundbahn, welcher nahebei liegt. Man denkt vielleicht an den Krieg. Man sieht wieder den Himmel über der Frühjahrsschlacht einen Augenblick lang, die kompakt aufschießenden Erdbäumchen einschlagender Geschosse, Kegel, die auf der Spitze stehen, noch dick vom emporgerissenen Boden, körperhaft, jetzt in Brok-





Max Beckmann: Quappi
in pinkem Pullover, Öl,
1932–34.

»Jede wirkliche Apperzeption ist konservierend. Was man genau sehen will, wünscht man nicht geändert zu haben. Der Grundzug des Geistes in Bezug auf die Objektswelt [sic!] ist konservativ.«

Tangenten, S. 92.

ken spritzend, im Qualm verschwebend. Du Leben. Jetzt hat man diese Anstellung.« (Doderer, *Ein Mord, den jeder begeht*, S. 289f.)

Das ist aus seinem zweiten Roman und – soweit ich weiß – die einzige Romanstelle seines Gesamtwerks, an der er – halb expressionistisch, halb neusachlich – explizit auf den Krieg rekurrierte. Lesern, die dem Schiffbruch des 20. Jahrhunderts von der Zuschauertribüne aus zuschauten, mußte es auffallen, daß er die Weltkriege umfuhr, als habe es sie nicht gegeben. Tagebuchstellen verfuhrten ironisierend, etwa aus dem Jahre 1945: »Und jetzt sollen wir noch hintnach Notiz nehmen?« (*Tangenten*, S. 329). Er hat dem Zeitgeist nicht einmal »den kleinen Finger gereicht« (Mosebach). Ist das *Escapism*, wie Doderer sich selber, die öffentliche Nachkriegs-Außenperspektive probenhalber einmal annehmend, fragte?

Franz Schuh hat einmal bemerkt, Doderers Liebe sei »die eines scharf vom Mitmenschen getrennten Individuums, das eigenmächtig einen anderen Menschen heranzieht oder abstößt«. Er hat sie abgestoßen. Seine Biographen ähneln sich darin, daß sie ihren Autor nicht mögen: Wolfgang Fleischer war in den letzten Jahren des Schriftstellers sein junger Sekretär für Briefpost und andere Erledigungen und wurde nach Doderers Tod 1966 beschäftigungslos und ressentimentgeladen. *Das verleugnete Leben* hieß dann auch seine Abrechnung mit seinem Chef, dessen Verstrickung ins Dritte Reich er penibel rekonstruierte. Von Fleischer kommt auch die Verleumdung, Doderer sei 1933 »Illegaler« gewesen, also Nationalsozialist, als die NSDAP verboten war, was durchaus unrühmlicher wäre, als bloß ein »Märzgefallener« zu sein. Und Alexandra Kleinlercher pickte sich dann gleich nur diesen Bestandteil des Lebens heraus: *Zwischen Wahrheit und Dichtung. Antisemitismus und Nationalsozialismus bei Heimito von Doderer* erschien 2006. Sie stellte klar, daß Doderer es geschafft

hatte, genau in den zwei Monaten in die Auslandspartei einzutreten, wo diese weder verboten noch die Republik abgeschafft war, nämlich am 1. April 1933, was Doderers Biograph Klaus Nüchtern süffisant für »keinen Aprilscherz!« hielt.

Was bewog den weltfernen »Distinguierer« dazu, in die NSDAP einzutreten? Antisemitismus und Karrieregeilheit, meinen die drei Biographen. Ich habe da noch einen anderen Verdacht: Doderer hatte einen ähnlichen Humanismus ausgebildet wie seinerzeit Gottfried Benn. Wo jener die »Dorische Welt« beschwor, versuchte dieser »mit (seinem) ›konstruktiven Denken‹ eines neuen Römischen Reiches im Jahre 1933« (*Tangenten*, S. 472) ganz ahistorisch, wie Humanisten nun einmal sind, in die Geschichte einzutreten. Doderer war so beschaffen, daß er das wirklich glaubte, ein »Strong poet« (Harold Bloom), kein »Erkenne-die-Lage«-Moralist. Folgerichtig sah er nach der deutschen Niederlage diesen Weltuntergang auch als eine »in erster Linie sprachliche Katastrophe« (*Tangenten*, S. 414). Das muß erklärt werden, hält man sonst Doderer spätestens jetzt wohl für einen völlig traumtänzerischen Ästhetizisten.

Er hat bestimmte Begriffe in eine fast wittgensteinsche Privatsprache übersetzt, die mit der normalsprachlichen Bedeutung nur mehr den Ursprung gemein hat. Das »Sprachliche«, »der Schriftsteller«, »die Apperzeptivität« und »die Erotik« sind seine substantiellen Existentialien. Thomas von Aquin, den er als Katechumene 1940 rezipierte – katholisch mußte Doderer auch erst noch sekundär werden, worauf er seitdem schwer bedauerte, es nicht von Kindheit an gewesen zu sein –, unterschied die Existentialien in *Substantia* und *Accidens*. Der Konvertit hielt sowohl seine eigene nationalsozialistische Phantasterei für »akzidentuell« als auch den gesamten NS für ein Verfehlen menschlicher »Substanz«, eine »Tonnenexistenz« in der »verminderten Wirklichkeit«.

Er verschrieb sich der »Apperzeption« der phänomenalen Welt in einem Grade, der ihn davor verschonte, in die Zeitläufte zu intervenieren und sich mit den Mitmenschen »gemein« zu machen (auch so eine gestei-

gerte Wortkadenz: »das Allgemeine« – »das All-Gemeine« – »das Gemeine«).

Doderers Konservatismus ist kein politischer, sondern ein moralistischer: »Ge-lassenheit« der Objektwelt gegenüber, um sie sezieren zu können bei lebendigem Leibe.

Heimito von Doderer als konservativen Schriftsteller zu vereinnahmen, ist ein unmögliches Unterfangen. Zum einen ist sein Konservatismus vor allem ein epistemologischer, »privatsprachlicher« – für ihn folgt aus der objektgemäßen Apperzeption, daß das empirisch Gegebene ihr nicht entgleiten darf, man es nicht verändern dürfe, sondern konservierend nur wahrnehmen könnte, »damit wir's sähen, grad im aufblitzenden Scheine des Verlusts« (*Repertorium*, »rechts und links«). Zum anderen ist ebendiese konservierende Wahrnehmung mit keiner politischen Tendenz zusammenzubringen, weil diese sofort »Apperzeptionsverweigerungen« manifestieren, Urteile enthalten, eine »Figur« aus einem Schriftsteller machen würde. Wer's trotzdem versucht und sich seinen Doderer als konservativen Vordenker zurechttut, bleibt in den Maschen seiner feinen Textgewebe hängen. »Apperzeptionsverweigerer« sind mit Doderer nicht bloß die ihm verächtlichen linken Revolutionäre, sondern jeder, der seinen moralistischen Stoizismus der Ge-lassenheit nicht durchhält.

Die Strudlhofstiege, Doderers berühmtester Roman, erschienen 1951. Eva Menasse hat in diesem 50. Todesjahr Doderers Leben in Bildern klug kommentiert. Sie hält diesen Roman als Einstiegsdroge ins Werk für ganz ungeeignet, zu verwirrend, zu voraussetzungsreich. Vielleicht ist der barocke Kontrast zur Kahlschlagliteratur der Nachkriegszeit den Zeitgenossen so wohltuend erschienen, daß der *Spiegel* (23/1957) auf dem Höhepunkt seines Ruhms ein rahmensprengendes Riesendodererphoto auf dem Titel hatte, darunter »Roman vom Reißbrett«. *Die Strudlhofstiege* (sowohl die reale im neunten Bezirk in Wien als auch der Text) ist gefinkelt konstruiert: »Ein Werk der Erzählungskunst ist es um so mehr, je weniger man durch eine Inhaltsangabe davon eine Vorstellung geben kann« (*Repertorium*, S. 72). Doch ist der historische Inhalt des geschilderten 20er-Jahre-Wiens von derartig überzeitlicher Reichweite, daß man davon im Kopf nicht mehr loskommt. Und nach der Lektüre der nebenstehenden Zeilen kann doch kein Empfinden der Österreicher mehr behaupten, damalige und heutige Einwanderung seien ein und dasselbe!

Die Lust am Groben

»Man sage, was man will, selbst bei der Tugend ist der letzte Zweck, den wir bezielen, Wollust. [...] Diese Wollust ist dadurch, daß sie lebhaft, nervig, stark und männlich ist, nur um so wollüstiger. Und ihr sollten wir den Namen des angenehmsten, süßesten und natürlichsten Vergnügens geben, nicht dem Vergnügen der Kraft der Gesundheit, wofür wir es gebrauchen.« (Montaigne: *Essais*, S. 7f.).

Heimito von Doderer als Wollüstling in diesem Sinne zu sehen, kommt ihm vielleicht recht nahe. Seine Romane sind durchzogen vom Erotischen, durchaus auch Perversen, jedenfalls entschieden Männlichen. Das Männliche ist grob, aber keinesfalls niedrig, und läßt sich im Zweifelsfalle in daniil-charmanter »Sexualgroteske« (Max Goldt) auffangen.

Die Merowinger oder Die totale Familie (1962) ist ein grober Streich: Childerich III., der letzte der Merowinger, Jahrgang wie Doderer 1896, strotzt vor Kraft und dem hanebüchenen Plan, alle Glieder der Adelsfamilie von Bartenbruch in seiner eigenen Person zu verkörpern. Dazu muß er erst einmal einige Gattinnen erledigen, niemals justitiabel, eher durch Kraft seiner Lenden und deren Dekadenz, legt sich alle Barttrachten der verblichenen Männer seines Geschlechts nach und nach zu, um schließlich doch beim Psychologen Prof. Horn sonderbaren Heilkuren (Herumführen an der »Nasenzange«, »Wuthäuslein«) unterzogen werden zu müssen, um seine hypervirilen Wutausbrüche abmildern zu lassen. Er zeugt, brüllt und schlägt sich durchs Leben. Diesen Typus nicht zu psychologisieren, ist in der Liebessemantik des angehenden 20. Jahrhunderts in Wien schlechterdings unmöglich. Doderer gelingt es, indem er – wie schon zuvor in *Ein Mord, den jeder begeht* – allenthalben einstreut, wie man das zu Beschreibende jetzt in psychologischer Fachsprache bezeichnen würde, dies auch mit einem Wort tut, um danach, mit völlig anderen Worten ansetzend, das Phänomen neu zu beschreiben.

»Als Mary K.s Gatte noch lebte, Oskar hieß er, und sie selbst noch auf zwei sehr schönen Beinen ging (das rechte hat ihr, unweit ihrer Wohnung, am 21. September 1925 die Straßenbahn über dem Knie abgefahren), tauchte ein gewisser Doktor Negria auf, ein junger rumänischer Arzt, der hier zu Wien an der berühmten Fakultät sich fortbildete und im Allgemeinen Krankenhaus seine Jahre machte. Solche Rumänen und Bulgaren hat es zu Wien immer gegeben, meist im Umkreise der Universität oder der Musik-Akademie. Man war sie gewohnt: ihre Art zu sprechen, die immer mehr mit dem Österreichischen sich durchsetzte, ihre dicken Haarwirbel über der Stirn, ihre Gewohnheit, stets in den besten Villenvierteln zu wohnen, denn alle diese jungen Herren aus Bukarest oder Sofia waren wohlhabend oder hatten wohlhabende Väter. Sie blieben durchaus Fremde (denen aus der Heimat andauernd ungeheure Pakete mit ihren nationalen Lekerbissen zugingen), nicht so konsolidiert fremd wie die Norddeutschen zwar, sondern mehr eine sozusagen hiesige Einrichtung, dennoch eben »Balkanenser«, weil auch bei ihnen sich das Spezifische ihres Sprechtones nie ganz verlor.«

Die Strudlhofstiege, S. 9.

»Puskov sagte: – Die Frau ist die Werkbank der Liebe, – und schon hatte er eine in der Fresse.

– Aber was ist denn los, Genossen! Dann sage ich eben nichts mehr, sagte Puskov aber nachdem er eine Viertelminute gewartet hatte er fort: Die Frau ist so gebaut, daß sie ganz weich und feucht ist.

Da hauten sie Puskov wieder eine in die Fresse. Puskov versuchte, so zu tun als hätte er nichts bemerkt, und fuhr fort: – Wenn man an einer Frau riecht ...

Aber da hauten sie Puskov eine solche in die Fresse, daß er sich an die Wange griff und sagte: – Genossen, unter solchen Umständen ist es unmöglich, einen Vortrag zu halten. Wenn sich das noch einmal wiederholt, werde ich schweigen.«

Daniil Charms,
Der Vortrag, 1940

Bibliographie (in Auswahl):

Ein Mord, den jeder begeht, München 1938, zuletzt ebd. 2016;

Die Strudlhofstiege oder Melzer und die Tiefe der Jahre, München 1951, zuletzt ebd. 2013;

Die Dämonen. Nach der Chronik des Sektionsrates Geyrenhoff, München 1956, zuletzt ebd. 2008;

Die Merowinger oder Die totale Familie, München 1962, zuletzt ebd. 2016;

Tangenten. Tagebuch eines Schriftstellers 1940–1950, München 1964, zuletzt ebd. 1995;

Repertorium, München 1969, zuletzt ebd. 1996.

Literaturhinweise:

Wolfgang Fleischer:
Das verleugnete Leben, Wien 1996;

Alexandra Kleinlercher:
Zwischen Wahrheit und Dichtung. Antisemitismus und Nationalsozialismus bei Heimito von Doderer, Berlin/ Wien 2011;

Eva Menasse:
Heimito von Doderer, Berlin/München 2016;

Klaus Nüchtern: *Kontinent Doderer. Eine Durchquerung*, München 2016.

»Den Merowinger jedoch ergriff ein dunkler Paroxysmus, welcher über seine ohnehin schon etwas stürmische Auffassung vom Eheleben noch hinausging. [...] Der Knebelbart, welchen er, seinen Großvater nicht nur ehelich, sondern auch bärtlich beerbend, nunmehr sich wachsen ließ, war nur das erste sichtbare Zeichen neu eröffneter Ausblicke und eines gewaltig sich erhebenden Selbstbewußtseins, welches nun wie ein hochgeschwungenes Brückenjoch über die erniedrigenden Erinnerungen der Jugend hinweg zu führen versprach.« *Merowinger*, S.40

Solches hochgeschwungene Brückenjoch stand Doderer selbst kaum einmal zur Verfügung, entsprechend skrupulös war sein Selbstbewußtsein, schwankte zwischen bartenbruchschen Wutanfällen, selbtherrlicher Schriftstellerarroganz (er hatte vorgedruckte Postkarten, mit denen er eingegangene Fanpost, die Schreibfehler enthielt, abkanzelte) sowie hirzermarternden Gedanken über seine sexuellen Vorlieben (per Inserat suchte er nach »korpulenten Israelitinnen«, die er mit der Samtpeitsche zu traktieren gedachte) und über seine Untauglichkeit zu Familie überhaupt: Wer sich in Familie begäbe, käme darin nur um. Childerich III. wird, statt die »totale Familie« zu errichten, triumphal von seinem karolingischen Hausmeier und einem hinzugerufenen medizinischen Mob rasiert und entmannt.

Außergewöhnlich feinsinnig in der Wahrnehmung und Beschreibungssprache, außergewöhnlich grob und *semper paratus* im Physischen – Doderers Habitus könnte sich fünfzig Jahre später als unkompromittierbar gegenwartstauglich entpuppen. Nicht jeder von Doderers engeren Mitmenschen hat ihn indes ertragen können. Sein bewundertes Guru Albert Paris Gütersloh, Wiener Architekt und Secessionskünstler, mußte überhaupt den ganzen Doderer ertragen, den er als selbsternannten »Schüler« tief verachtete. Der aber verehrte Gütersloh unbeirrt weiter und zitierte jede geistvolle Sentenz.

Doderers erste (jüdische) Frau Gusti Hasterlik mußte wütende antisemitische Tiraden aushalten. Die Biographin Kleinlercher wunderte sich darüber, wie der Schriftsteller denn bloß Antisemit haben bleiben können, habe er doch anhand seiner Ehefrau erfahren dürfen, daß Juden in Wirklichkeit so schlimm nicht seien. Mancher ist Antisemit aus Ahnungslosigkeit, mancher aus Erfahrung. Heimito von Doderers Lobpreis des Schlagens und der Unbezwingbarkeit der menschlichen Natur ist bewußt antihumanistisch, wer dies beklagt, hat Doderers Metaphern nicht verstanden, und dafür setzt es, wie er im *Repertorium* feststellt, »Schläge auf den Kopf«.

Wiederverzauberung der Welt

Die Rede von »zauberhafter Beobachtung« kann man unterschiedlich verstehen. So, daß er einfach hinreißend beobachtet. So, daß er beim Beobachten seine Objekte verzaubert. »Ergriffenheit« ist eines der Zauberworte, die Doderer vielschichtig verwendete, auch sein Antisemitismus bestand hauptsächlich darin, daß die Juden sich durch einen wesentlichen »Mangel an Ergriffenheit« auszeichneten, allerdings zieh er auch die Deutschen einer »Abgestorbenheit des unbewußten Denkens, ohne Ergriffenheit« schreibe und lebe dieses Volk. Nur ergriffen kann man zaubern. Heimito von Doderer glaubte wirklich, daß es Drachen gebe, Theorien dazu holte er sich archivarisch kramend heran, aber er war sich dessen so unvordenklich sicher, wie dies nur ein Magier sein kann. *Das letzte Abenteuer* (1953), eine historisierende Kurzerzählung, zeugt davon.

Ich verzaubere jetzt natürlich mein Objekt des Porträts, statt es zu denkonstruieren. »Beobachtung« hat kalt und sachlich zu geschehen, zauberhafte Beobachtung ist ein Widerspruch in sich. »Wir müssen schon ein bißchen kalt, distanziert, konfisziert sein, sonst sieht man unsere Eingeweide, wie bei einem Kaulquapp.« (*Repertorium*, »Bierehrlichkeit«).

Der »Kaulquapp« war eine von Doderers seltsamen Metaphern, in der Aussehen (die »schrägen Augen« tragen nicht nur er selbst, sondern auch Kajetan Schlaggenberg und seine Schwester, die daher den Spitznamen »Quapp« bekommt) und Charakter eingefangen werden (das Durchscheinende, der Apperceptivität zugängliche, das allzu Offene vieler seiner Romangestalten, dazu das Unfertige, Larvenhafte). Der Kaulquapp ist womöglich eine rezente Schrumpfform des Drachens. ■

Autoren dieses Heftes

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Phänomen Inselfaschismus, Kiel 2013

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Georg Kurz, 1984, studierte Wissenschaftsgeschichte (MA) an der Universität Regensburg.

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg.): *Deutsche Daten*, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Kann nur ein Gott uns retten? Glauben, Hoffen, Standhalten, Schnellroda 2014;
Ich bin nicht Charlie. Meinungsfreiheit nach dem Terror, Schnellroda 2015

Dr. Frank Lisson, 1970, ist freier Autor und schreibt Sachbücher, Romane, Features und Hörspiele mit dem Schwerpunkt Kulturphilosophie.
Homo Creator. Das Wesen der Technik, Schnellroda 2014

Johannes Konstantin Poensgen, 1992, studiert Politikwissenschaft und Geschichte.

Martin Sellner, 1989, studiert in Wien Philosophie (BA) und Rechtswissenschaften. Politisch aktiv als Leiter der Identitären Bewegung Wien.
Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2015

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin, Dipl.-Expert in Gifted Education, Mutter dreier Söhne und arbeitet derzeit als Köchin. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.

Dr. Gunnar Thümen, 1969, ist promovierter Anthropologe und im Bereich Biotechnologie tätig.

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios.
Die deutsche Geschichte geht weiter ... Die Brüder Marcel und Robert Hepp und ihr politischer Weg in den 1950er und 1960er Jahren, Berlin 2015

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und als freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Über die ethische Pflicht zur Fundamentalopposition

von Frank Lisson

Wer hätte als Westdeutscher vor zwanzig, dreißig Jahren noch gedacht, selber einmal vor die Gewissensfrage der ehemaligen DDR-Bürger gestellt zu werden, die da lautet: Wie habe ich mich in einem Staat zu verhalten, dessen Regierung kapitale Rechtsbrüche begeht, die Verfassung mißachtet, sich willkürlich über geltende Gesetze erhebt und im Namen einer verhängnisvollen Ideologie verantwortungslose Politik gegen das eigene Volk betreibt?

Die moralische Pflicht zur Fundamentalopposition wird immer dort notwendig, wo sich Regierungen *historischer Verbrechen* schuldig machen. – Wer aber hätte gedacht, im eigenen Land selber noch einmal Zeuge solcher Verbrechen zu werden, und zwar nicht nur deshalb, weil vor unseren Augen der freiheitlich-souveräne Nationalstaat seit Jahrzehnten *von innen heraus* zerstört wird? Vielmehr müssen wir doch beobachten, wie der gesamte Kontinent angesichts der heranrollenden Migrationsströme wehrlos-wohlwollend seiner ethnisch-kulturellen Selbstauslöschung entgegengeht. Allein bis 2030 dürften über hundert Millionen Afrikaner und Orientalen Einlaß in die Versorgungsapparate Europas begehren. Wer davor die Augen verschließt oder sogar meint, moralisch dazu verpflichtet zu sein, die eigenen Räume für eine solche »Herausforderung« zu öffnen und damit *Heimat* im großen Stil zu vernichten, begeht ein historisches Verbrechen am eigenen Volk. Diese Situation zwingt, wie spätestens 1939 im Dritten Reich oder 1953 in der DDR, zu einer Gewissensentscheidung: Will ich zu den Tätern zählen oder zum Widerstand? Denn ein Drittes gibt es nicht. In einer solchen Lage muß man sich positionieren. Wer schweigt, auch im Privaten, steht, ob er das will oder nicht, auf der Seite der Täter.

Das Regime verteidigt sein Monopol auf die Lüge, indem es diejenigen, die gegen die institutionalisierte Verlogenheit demonstrieren, als »Bedrohung der Pressefreiheit« und als »Haßprediger« denunziert. – Schamloser kann man die Dinge nicht pervertieren! Doch wie verräterisch ist beispielsweise die Aussage, daß die Pressefreiheit bedrohe, wer die Staatsmedien auffordere, wahrheitsgemäß zu berichten! Wurden die Montagsdemonstrationen einst nicht auch als Angriff auf die »Freiheit« der DDR gewertet? – Natürlich hat der Wille zur D-Mark und also zur Konsumfähigkeit stets mehr Menschen mobilisieren können als der Wille zur Wahrheit. Das wissen auch die Profiteure des jetzigen Systems, und darin besteht ein nicht zu unterschätzender Teil ihrer Macht.

Wer Tatsachen und nicht Gesinnungsgehorsam als Maßstab moralischen Handelns zugrunde legt, kann den herrschenden Eliten so wenig guten Gewissens loyal gegenüberstehen wie der DDR-Führung nach 1953. Die Frage, ob jemand »rechts« oder »links« fühle, darf dort keine Rolle mehr spielen, wo ein politisches System alle Skrupel verloren hat, seine politische Religion gegen das Wohl des eigenen Volkes durchzusetzen. Wo sich beinahe *alle* medial präsentierten Gesichter an der Verdrehung

»Wenn das Verhältnis in einer Zeit so ist, daß nahezu jeder privat weiß, daß das Ganze verkehrt ist, während keiner offiziell es sagen will; wenn die Taktik, die von den Regierenden gebraucht wird, ist: Laßt uns die Sache bloß hinhalten, tun als wäre nichts, zu jedem Angriff schweigen, denn wir wissen nur allzugut selber, daß das Ganze faul ist, daß wir falsch spielen: ja, dann ist ein solcher Zustand eo ipso kondemniert, er soll fallen. (...) Hier kann nicht die Rede sein von einem Wahreren gegenüber etwas, das doch ehrlich sich selber für wahr hält. Nein, hier geht der Kampf gegen die Lüge.«

Søren Kierkegaard: *Tagebücher*, Oktober 1854.

der Tatsachen beteiligen, sei es aus echter Gesinnungstreue, sei es um ihrer Karriere willen, kennt das »moralische Gesetz in mir« keine Parteien mehr, sondern nur noch ehrbare oder charakterlose Menschen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die »Rechten« im Schnitt »bessere Menschen« sind als die Vertreter und Profiteure der herrschenden Machtverhältnisse; aber sie zeigen den historisch notwendigen Mut, sich gegen den Totalitarismus eines zu Ende gehenden Zeitalters zu erheben. Die Situation der heutigen Alteuropäer ähnelt ein wenig der Lage jener amerikanischen Ureinwohner, denen spätestens ab 1850 nicht mehr verborgen bleiben konnte, daß sich die tradierten Lebensgewohnheiten und Realitäten ihres Landes fundamental wandelten. Und die sogenannten »Rechten«, das sind nun diejenigen Indianer, die nicht kampfflos in die Reservate wollen.

Freilich liegt es in der Natur historischer Verbrechen, daß sie, während sie sich ereignen, von der Allgemeinheit als solche zumeist gar nicht erkannt, sondern sogar gutgeheißen werden, bis ein Regimewechsel stattfindet, der das moralische Koordinatensystem verschiebt und der bis dahin unterdrückten Gegnerschaft überhaupt erst öffentlich Gehör verleiht.

Weil es unter Menschen keine *a priori* gültige Moral gibt, gilt als moralisch »richtig« und »gut«, was die jeweils Herrschenden im Bunde mit dem Zeitgeist für moralisch »richtig« und »gut« erklären. So konnten etwa die Urteile der Inquisition erst dann objektiv bewertet werden, als die Täter nicht mehr die gültige Moral bestimmten. Die Moral der herrschenden Kirche verlangte jahrhundertlang nach Hexenprozessen, und die Menschen verhielten sich moralisch »richtig«, wenn sie verdächtige Personen der Inquisition auslieferten, um die Welt vom »Bösen« zu befreien. – Heute steht öffentlich nicht einmal zur Diskussion, ob es »moralisch anständiger« sei, Millionen vor allem junger Männer aus allen sogenannten Krisengebieten der Welt nach Europa zu locken, um sie hier zu versorgen und ihnen eine »bessere Zukunft« zu ermöglichen, als sich dafür einzusetzen, die indigenen Europäer vor solchen Umwälzungen und Einschnitten zu bewahren.

Wie aber konnte es überhaupt dazu kommen? Die intellektuelle Empörung gegen die ethnisch-kulturelle Selbstabschaffung des Abendlandes bleibt auch deshalb so gering, weil das gesamte System mehr denn je auf der Korruptionsbereitschaft seiner Profiteure gründet. Das allgemeine Versagen der Funktionsebenen aufgrund von Eitelkeit, Opportunismus und Selbstherrlichkeit ist der »Verrat der Intellektuellen« an der Vernunft, den als einer der ersten der französische Sozialphilosoph Julien Benda bereits 1927 beklagte und den fast sämtliche erfolgsorientierten Intellektuellen mit der Selbstverständlichkeit aller Zeitgeistgeschöpfe immer wieder begehen. Sie meinen, sie seien automatisch im Recht, weil sie die jeweils herrschende Gesinnungsmode repräsentieren. – Aber derlei Moden können wechseln; und jeder gewiefte Intellektuelle hat ein Gespür dafür entwickelt, wann er sich wo welche Tagesmeinung zu eigen machen sollte, um dem Betrieb und damit sich selber zu gefallen.

Denn das *Versagen der Intellektuellen* besteht fast immer darin, daß sie aus schierer Eigensucht und Eitelkeit ihrer Pflicht zur Wahrhaftigkeit nicht nachkommen, sondern sich zu Fürsprechern der gerade attraktivsten Parteimeinung machen, um von deren Anhängern gefeiert zu werden. Sie verzichten darauf, selbständig oder originell zu denken, und opfern ihre Vernunft dem Ruhm öffentlicher Aufmerksamkeit durch Anerkennung. Niemals würden sie der schwächeren, unliebsamen, allgemein verleumdeten Sache beistehen und damit ihren Ausschluß aus dem Betrieb riskieren. Dabei hätten sie die Möglichkeit, sich öffentlich und vielleicht sogar wirksam gegen die ungeheuren Einseitigkeiten auszusprechen, die in den Massenmedien unser Bild von der Welt täglich verzerren. Denn der Erfolg, den sie mit ihrem Verhalten erzielen, bestätigt sie darin. Doch beruht dieser Erfolg allein auf der Zeitgemäßheit ihrer Äußerungen. Zu anderen Zeiten hätten sie mit anderen Ansichten Erfolg gehabt. Ist es also bloß Zufall, daß bald sämtliche Autoren *von Staates Gnaden* heute genau so denken, wie es nötig ist, um sich bei ihren feuilletonistischen Führungsoffizieren beliebt zu machen? Oder hätten sie auch zu anderen Zeiten, unter anderen Verhältnissen ihre heutigen Meinungen vertreten, als diese noch unpopulär waren?

Von intellektueller Redlichkeit kann hier also keine Rede sein. Vielmehr haben wir es mit dem Ur-Instinkt für die jeweils »richtige« Einstel-

»Zwischen 1600 und 1800 zogen zehn Millionen Europäer aus, die Welt zu erobern; »das waren zehn Millionen in 200 Jahren; jetzt schauen wir in einer bestimmten Stunde auf 500 Millionen Wanderungswillige, oder in 35 Jahren auf eine Milliarde. Die unterscheiden sich in einem entscheidenden Punkt, sie kommen nicht mit Waffen«, so daß sie auch nicht militärisch angegriffen werden dürfen. »Moral hin oder her, das ist die Rechtslage. [...] Offene Grenzen würden Deutschland und Europa in einer Art und Weise verändern, wie das seit der Römerzeit nicht der Fall gewesen ist.«

Gunnar Heinsöhn: »Die neue Völkerwanderung«, September 2015.

lung zu tun, also mit einem Instinkt für Macht. Denn diese Leute stellen ja nicht ihre originären Gedanken zur Disposition, sondern artikulieren bloß *vorteilsfixiert* die Moral des Regimes. »Freiheit« bedeutet dann, das Recht auf die eigene, gültige Anschauung gegen die anderen, ungültigen Anschauungen durchsetzen zu können. Denn die Eitelkeit und Selbstsucht jener machtinstinktsicheren Menschen treibt sie stets zu den jeweils herrschenden und siegreichen Meinungen. Sie wollen in die Staatszeitungen, sie wollen in die Talk-Shows, wo sie der Tendenz ihrer Epoche das Wort reden dürfen. Sie wollen angeblich »frei« sprechen, obwohl sie genau wissen, daß in die Staatszeitungen und in die Talk-Shows nur gelangt, wer sagt, was dort gehört werden will. Sie argumentieren auch nicht, sondern posieren nur, und das Kleid, das sie zur Schau tragen und dem sie ihre Persönlichkeit verdanken, ist die übernommene, gerade angesagte Moral der jeweiligen Herrschereliten.



Herbst 1989

Die erfolgreichste und am weitesten verbreitete Methode zur Erziehung zeitgemäßer Regimeanhänger ist die Manipulation des *natürlichen* Unrechtsbewußtseins zugunsten eines *pragmatischen*. Kinder, bisweilen auch Jugendliche, verfügen oft noch über ein sehr stark ausgeprägtes, jedoch diffuses »natürliches« Gerechtigkeitsempfinden: Der heranwachsende Mensch empört sich zunächst gegen alles, was seinem naiven Verständnis von Gerechtigkeit widerspricht, bis er in Gruppen hineinwächst, die jenes Empfinden im eigenen Interesse zu steuern und zu kanalisieren beginnen; der Mensch bekommt ein »politisches Bewußtsein« anezogen, das ihn von nun an moralisch nicht mehr frei entscheiden läßt, ob etwas »ungerecht« oder im Interesse der eigenen Gruppe »politisch notwendig« ist. Sein Gerechtigkeitsempfinden wandelt sich zu einer *Gesinnung*. Ist dieser Schritt erst einmal vollzogen, wird jedes Urteil zum Kalkül. Derjenigen politisch-religiösen Gruppe, mit der man – aus welchen Gründen auch immer – sympathisiert, gesteht man automatisch mehr Rechte zu und erlaubt ihr mehr Unrecht als denjenigen Gruppen, die man zu seinen Feinden erklärt hat. Von diesem subjektiven Rechtsempfinden, das überall öffentlich verbreitet wird, geht nun – teils unterschwellig, teils offen – ein beträchtlicher Druck auch auf die Mehrheit derjenigen Menschen aus, die überhaupt keine eigene Meinung haben, sondern sich immer und überall arrangieren. Diese Leute wollen gar nicht mehr sehen, was an Unrecht um sie herum geschieht, selbst wenn es direkt vor ihren Augen stattfindet; sie gehen mit gesenktem Blick rasch daran vorüber, damit das Unrecht sie nicht um Hilfe bittet. Denn wer dem Unrecht, das die herrschenden, »guten« Mächte verüben, zuviel Aufmerksamkeit schenkt, läuft schnell Gefahr, selber ins Visier der Täter zu geraten. Es ist die Furcht vor dem Verdacht einer Sympathie mit den »falschen« Opfern. Deshalb wollte man im Dritten Reich gar nicht wissen, wer wann und warum abgeholt wurde, hatte man sich in der DDR lieber nicht für die Mauertoten interessiert und

»Es fängt schon damit an, daß sich die *clerics* politische Leidenschaften zu eigen machen. Niemand wird bestreiten wollen, daß heute in ganz Europa die überwältigende Mehrheit der Schriftsteller und Künstler sowie eine bedeutende Anzahl von Wissenschaftlern, Philosophen und »Gottesmännern« kräftig ins rassistisch oder politisch motivierte Haßgejohle einstimmen; erst recht läßt sich nicht leugnen, daß sie sich den Nationalleidenschaften aktiv hingeben.«

Julien Benda: *Verrat der Intellektuellen*, S. 112.

möchte man heute besser nicht erfahren, wie viele Opfer ausländischer oder linker Gewalt es hierzulande gibt oder wie die Regierenden lügen, Recht beugen und Gesetze, etwa das Asylrecht, *ad absurdum* führen ... Von solch heiklen Dingen läßt man lieber die Finger, da der offiziell ausgeschriebene Feind ja bekanntlich woanders steht. Allein gegen diesen Feind oder gegen sein Phantom täglich und entschlossen vorzugehen, birgt keinerlei Risiken, weshalb es ein so gutes Gefühl ist, sich für die »richtige«, also für die Sache der jeweils Herrschenden zu engagieren.

Wo die eigenen Interessen das natürliche Unrechtsbewußtsein überlagern, haben sich diese Interessen bereits über das objektive Recht gestellt. So entstehen Verfassungsbrüche und Gesinnungsjustizurteile, ohne daß sich irgend jemand daran stört. Gerecht ist nun, was den Regierenden nützt, weil die gesellschaftlich führenden Gruppen und der Zeitgeist danach verlangen. Ist ein solcher Umgang mit Recht und Gesetz erst einmal üblich geworden, bestehen Demokratie und Rechtsstaat nur noch formal.

Wie aber gelingt es den Menschen, die täglich damit konfrontiert werden, das Ungeheuerliche dieser Tatsache einfach zu ignorieren? Kann man sein natürliches Unrechtsbewußtsein zugunsten eines pragmatischen wirklich komplett unterdrücken? Was empfinden etwa die Nachrichtensprecher dabei, die andauernd grotesk einseitige oder absurde Meldungen verlesen müssen, weil irgendwelche Redakteure beschlossen haben, daß das zur politischen Erziehung der Massen nötig sei? Was also geht in Menschen vor, die aus politisch-religiöser Opportunität oder Überzeugung (was oft das gleiche ist) offenkundiges Unrecht nicht sehen wollen oder sich sogar daran beteiligen? Indem sie ihre Meinung zum geltenden Recht erklären, verlieren sie jedes objektive Unrechtsbewußtsein. Folglich verfügen sie auch über kein inneres »moralisches Gesetz«, das nicht durch ihre Gesinnung verformt worden wäre. Fast alle Politiker, Journalisten, Schriftsteller unserer Tage haben sich ein objektives oder natürliches Unrechtsbewußtsein abgewöhnen müssen, um überhaupt erfolgreich arbeiten zu können. Sie dienen nicht der Gerechtigkeit, geschweige denn der Wahrheit, sondern dem Regime, das sie integriert und bezahlt und dem sie sich deshalb zugehörig fühlen. Zugehörigkeit wird bei Menschen mit Siegerinstinkt daher gewöhnlich nicht aufgrund sachlich geprüfter Kriterien entschieden, sondern pragmatisch infolge von Anpassung an das bereits siegreich Vorhandene. So erklärt es sich, daß heute zumeist moralisch im Recht ist und zu den selbstverständlich »Guten« zählt, wer politisch »linke« Ansichten vertritt, während es vor hundert Jahren noch genau umgekehrt war. Der Konformismus entlang des Zeitgeistes gehört zu den anthropologischen Konstanten, ja Naturgesetzen. Die Pflanze dreht sich nach dem Licht; tut sie das nicht, geht sie ein. Mit Vernunft und Gerechtigkeit hat dies alles freilich nichts zu tun, aber sehr viel mit Mechanik, Verstand, Kalkül und Pragmatismus, also mit subjektiver Lebenserleichterung. Daher sehen wir zu allen Zeiten das gleiche Bild: Wer eine Straftat begeht, die auf irgendeine Weise im Sinne der jeweils herrschenden Staatsmoral motiviert ist, darf jederzeit mit mildernden Umständen rechnen. In den 1920er Jahren, als noch die alten monarchistisch-patriotischen Eliten herrschten, genossen hierzulande »Rechte« diesen Bonus; heute, bei »antifaschistischer« Rechtsprechung, »Linke« und Ausländer.

Spätestens dieses Regime lehrt uns also schmerzlich anzuerkennen, daß es »objektives Recht« überhaupt nicht gibt, sondern daß Recht immer nur die politischen Machtverhältnisse einer Gesellschaft widerspiegelt, die sich selber ins Recht setzt. Daraufhin ist Recht, was die jeweils politisch dominante Gruppe für Recht hält, weil es zur Durchsetzung ihrer Weltanschauung dient, selbst wenn dieses »neue Recht« fundamental gegen traditionell, ethisch gewachsenes Recht verstößt, wie etwa die gesetzliche Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften mit der traditionellen Ehe oder die Abschaffung sicherer Staatsgrenzen. Wird also tradiertes, kulturell gewachsenes Recht zugunsten modischer Parteigesinnungen außer Kraft gesetzt, bedeutet das den Einzug politischer Willkür in einen Apparat, der dem Menschen nur dann noch Rechtssicherheit gewährt, wenn dieser sich auf die Vernunft zeitgeistunabhängiger, also keiner aktuellen Ideologie unterworfenen Gerichte verlassen kann. Wo auch dies nicht mehr der Fall ist, wird fundamentaloppositioneller Widerstand für diejenigen zur staatsbürgerlichen Pflicht, die sich vor der Geschichte und den künftigen Deutschen nicht schuldig machen wollen. ■

»Auch die moralische Erde ist rund! Auch die moralische Erde hat ihre Antipoden! [...] Es gibt noch eine andere Welt zu entdecken – und mehr als eine!«

Nietzsche: *Fröhliche Wissenschaft*, § 289.

Literaturhinweise:

Julien Benda: *Der Verrat der Intellektuellen*, München 1978;

Gunnar Heinson: »Die neue Völkerwanderung«, *rbb Zwölfzweiundzwanzig*;

Søren Kierkegaard: *Die Tagebücher 1834–1855*, Leipzig 1941;

Friedrich Nietzsche: *Die fröhliche Wissenschaft*, zuletzt Berlin 2016.

Macht: Gefühle

von Ellen Kositzka

Also, irgendwo ist das total spannend. – Auf irgendeine Weise hab ich das Gefühl, daß ... – Ich weiß nicht. Für mein Empfinden... – Ja, hört sich okay an, ich spüre irgendwie, daß du das Richtige meinst. – Hm. Ich muß mal in mich gehen, da ist so ein gewisser emotionaler Zwiespalt ...

Seit wann ist diese Art Emosprache eigentlich *en vogue*? Schon länger, oder? Das gefühlszentrierte Reden und Werten scheint ein Relikt der klassischen 68er zu sein. In den achtziger Jahren (in meiner Kindheit also) hatte es sich in gewissen Kreisen meines Umfelds durchgesetzt: Gemeinde, Offener Kanal, diverse Bürgerinitiativen. Von Gefühlen zu reden im nicht-intimen Umfeld: Das war ein Jargon, der damals eingrenzbar war auf Milieus.

Etwa um die Jahrtausendwende herum erwuchs dann ein Genre der Popkultur, das unter der Kategorie »Emo« geführt wurde, weil die entsprechenden Musikkapellen (Punk und Hardcore, also eine »krasse«, harte Spielart bevorzugend) sich dezidiert gefühlsbetonter Textualität widmeten. »Emo« galt als links, wurde gehört von Jungmännern mit Kajaläugen und Mädchen mit kleineren psychischen Problemen.

Heute ist Emo-Sprech *Mainstream*. Wo das Zeitalter des Individuums seinen Zenit überschritten hat, muß man mit Distinktionsmerkmalen prunken, die entweder außengerichtet (Kindernamentattoos etc.) sein können oder sich auf eine Art innerste Innerlichkeit beziehen. Im Emokontext gefragt: Was macht das mit uns? Wie fühlt es sich an?

Aus der ganz persönlichen Gefühlskiste: An einem Tag im späten Sommer häufte es sich. Wir waren gerade aus unserem Kurzurlaub zurückgekehrt. Zu unseren Reisegepflogenheiten gehört, daß wir uns – der Beifahrer dem Fahrer – vorlesen, nämlich ein schönes Stück Literatur. Ich hatte *Guter Mann im Mittelfeld* ausgesucht, das Romandebüt des rumänischen Neuschweizers Andrei Mihailescu. Das Buch gefiel uns zunächst sehr: Ein artiger, nur »zwischen den Zeilen« kritischer Journalist gerät im Rumänien des Jahres 1980 ins Visier der Securitate. Er wird verraten, gedemütigt, gefoltert. Nebenbei, so kann es kommen, bahnt sich eine Liebesgeschichte an. Der Journalist verguckt sich in die Gattin eines Spitzenkaders und *vice versa*. Auf unserer Fahrt durch Böhmen absolvierten wir vorlesend zwei Drittel des Buches. Am ersten Abend zu Hause verabschiedete sich Kubitschek zeitig zur Nacht. Er wollte den Mihailescu solo beenden.

Es ergab sich am Folgemorgen, daß ich früh erwachte und ebenfalls den *Guten Mann* auslas. Frühdialog um halb sieben: »Na, gut geschlafen?« – »Fühlt sich müde an. Und selbst?« – »Fühlt sich ausgeschlafen an.« Haha, versetzte Parallelektüre! Daß ein Roman zum Ende hin kippt, ist ein häufig beobachtetes Phänomen. Der Bewertungsabfall manifestierte sich hier an dieser auf den letzten hundert Seiten inflationär gebrauchten Emo-Formel »es fühlte sich an«: »Zwei weitere Wochen lang wehrte Raluca ab, bis es sich nicht mehr richtig anfühlte«, usw. usf. Ein Gefühl schreibend haptisch werden zu lassen, das ist Kunst. Ein Gefühl gefühlig

»Seien Sie bereit, Ihre Gefühle zu fühlen. Erkennen Sie Ihre Gefühle an, indem Sie sich sagen: ›Ich fühle mich gerade ängstlich und das ist normal und ok‹ oder ›Ich spüre gerade Traurigkeit und das ist in Ordnung‹. Gefühle verschwinden oder lassen nach, wenn wir den Widerstand gegen sie aufgeben und durchlässig für sie werden.«

www.zeitzuleben.de/besser-mit-seinen-gefuellen-klar-kommen/

zu benennen: wie mau. Und auch, man verzeihe mir diese geschlechtspolitisch unsolidarische Haltung: wie weibisch! Wir alle fühlen. Männer sublimieren. Frauen verbalisieren. Der verbalisierende Mann: ein Schwätzer, kein Täter. Man kann das mögen. »Ausdiskutieren« ist natürlich charmanter als »Fakten schaffen«. Man muß es wohl mögen.

Am Nachmittag, gerade zu Hause angekommen: Halbjahresanruf eines Bekannten. *Small talk*. Ja, auch unsere Jüngste ist nun Schulkind! Er: »Wie fühlt sich das für dich an?« Ich stutze. Der Mann ist seit achtzehn Jahren beim Heer, Kampfeinsätze inklusive. Und nun Couchgespräche? Habe ich überhaupt »Gefühle« bezüglich des Schuleintritts der Kleinen? Eigentlich kaum. Verdränge ich sie womöglich? Sollte ich »in mich horten«? Letztlich entscheide ich mich, davon auszugehen, daß der Wortlaut der Frage einer modischen Konvention folgte. Floskeln sind Zeitgeist und nicht Ausdruck des Allerinnersten.

Weiter. Abendliche Familienfahrt an den Badeseen. Im Autoradio: der Schlager »Bauch und Kopf«. Das Lied des Popsängers Mark Forster hielt sich 2015/16 ganze 24 Wochen in den Charts. Meine Kinder singen ironisch mit: »Ich hab immer was vor, bin immer verplant, doch wird's mal still um mich, dann komm'n die Geister hoch und ich hinterfrag mich jedesmal. So wie du glaubst, so wie du lebst, und das ist ok, solange's für dich paßt, halt daran fest, für mich gilt das nicht. Bauch sagt zu Kopf ja, doch Kopf sagt zu Bauch nein, und zwischen den beiden steh ich.«

Wieder: Ein Mann performt Psychosprache, kehrt sein allzumenschlich Inneres nach Außen. Über Liebe, Verliebtsein und Kummer hat man schon immer gesungen. Neu ist dieser banal-reflektierende Duktus, gerade im Pop. »Sich hinterfragen«, »ok, wenn's für dich paßt«: So sprachen früher zottelige Liegeradfahrer und Männergruppenteilnehmer. Für cool galt das bislang nie. Ich jedenfalls fühle mich gefühlsmäßig bedrängt, ein Gänsehautgefühl der schlechten Art. Mit den vor ein paar Jahren modisch gewordenen sanften »lieben Grüßen« am Ende einer *Mail* komme ich mittlerweile zurecht. Die Frage oder Auskunft über das »sich anfühlen« ist für mich jedoch ein Zu-nahe-Treten. Ja, das ist es! Sie erinnert mich an jene Typen, die die abendländisch üblichen Distanzzonen in der Kommunikation nicht einhalten und einem redend auf die Pelle rücken. Man will höflich sein, rückt instinktiv aber ab.

Am Ende jenes Tages dann ereilt mich eine Rundmail der als superhart geltenden Rocktruppe Frei.Wild. Sie wollen aufhören. Abschiedswortlaut: »Wir suchten keinen Bogen um non-konforme Themen, stellen uns auch ohne Bock darauf den immer wiederkehrenden Fragen und möchten auch in Zukunft diese eine Band sein, die ihren Weg einzig und allein nach ihrem Willen und eigenem Gefühl geht. [...] Man kann uns hassen, man kann uns lieben, das wissen wir, von dem her entscheidet selbst, wir kommen mit beidem zurecht. Alles andere würde sich in unserem Fall einfach nicht echt anfühlen.« Soviel Gefühl, soviel »Anföhlung« an einem einzigen Tag! Und, man beachte, stets aus Männerwart!

Die Anföhler sind unter uns. Das wiederum – fühlt sich seltsam an. Mehrfach und im Doppelsinne komisch ist ja dies: Daß manche private Beklemmungsgefühle (Ängste, Schwermut, Eifersucht, aber auch mutmaßliche Diskriminierungen aufgrund von Ethnie, Religion, Alter, Geschlecht) als schwerwiegende und öffentlich zu verhandelnde Beeinträchtigungen wahrgenommen werden, wohingegen andere sogenannte Bauchgefühle (fremd zu werden im eigenen Land, die Gegenwart als unsichere Zeit wahrzunehmen, medial infiltriert zu werden) als Phobien und Irrationalitäten pathologisiert werden oder als politische Verirrung gelten. Die Gefühlspädagogik greift heute früh. Wir Plus-Dreißiger sind mit dem Gebot aufgewachsen, daß der olle Sinnspruch »Jungs weinen nicht« von vorgestern sei (The Cure als Pioniere aller Emokapellen, 1979: »Boys don't cry«), ein überholtes Gebot autoritärer Jahrhunderte. Das heutige lautet hingegen: Zeigt Gefühle! Weint, trotz, hadert, alles ist okay! Laßt es zu! Nimm wahr! Geh in dich! Spüre deinem Impuls nach! Dem richtigen und opportunen, versteht sich. Nicht umsonst heißt der Imperativ, auch wenn es um Emoverben geht, auf deutsch: Befehlsform. Wir sollen fühlen, aber bitte das Richtige.

Ein Megaerfolg war 2015 der US-amerikanische Pixar-Kinofilm *Alles steht Kopf*. Er wurde in Deutschland mit dem Prädikat »besonders wertvoll« versehen. Hier treten die Basisemotionen der erst kindlichen, dann

»Ich kann mich nicht von dir ablenken, weil ich gar nicht anders kann, als an dich zu denken, es fühlt sich richtig an! Denn immer, wenn ich an dich denke, macht alles einen Sinn, ich höre auf zu hinterfragen, lasse es einfach passieren. Ich weiß nicht, was das ist, aber es fühlt sich richtig an.«

Kärbholz, schwer tätowierte deutsche Rockkapelle, Lied: »Es fühlt sich richtig an«.

»Gefühlsmanagement ist beruflich und privat die Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts. Werden Sie zum Gefühlsmanager, der die eigene Verantwortung für seine eigenen Gefühle übernimmt und dadurch auch mit seinen Mitmenschen wertschätzend und kooperativ umgehen kann!«

Verlagswerbung für Thorsten Adamski: *Gefühl – was ist das eigentlich? Ehrlich und gut mit sich sein*, Hamburg 2016.

»Wie fühle ich mich? Bin ich traurig, fröhlich oder trotzig? [...] Nicht immer ist es einfach, mit den verschiedenen Empfindungen klar zu kommen! Deshalb macht es den Kindern Freude, wenn sie in den Bildern bekannte Situationen entdecken – und mit ihren Eltern oder Erzieherinnen über das, was sie fühlen, sprechen. Doch am lustigsten ist es, sich selbst im Spiegel zu beobachten und mit der Gute-Laune-Folie sofort ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern!«

Dagmar Geisler: *Weinen, lachen, wütend sein. Dafür bin ich nicht zu klein!*, Hamburg 2006.

pubertierenden Hauptperson Riley personifiziert auf: Freude, Kummer, Angst, Wut und Ekel. Dahin geht der Trend: Dem eigenen, oft komplexen Seelenleben nicht als Ganzheit zu begegnen, sondern einzelne Emotionen zu identifizieren, zu benennen und zu segmentieren. In Deutschland finden Bücher wie *Weinen, lachen, wütend sein. Dafür bin ich nicht zu klein!*, die *Bildkarten: Gefühle* oder die *KiTa-Projektmappe Meine Gefühle – Deine Gefühle* regen Zuspruch. In der Grundschule zählt die softe Sequenz »Was mir guttut« zu den Lernzielen, und an die Stelle der harten Noten sind Lachgesichter getreten. Was wäre eigentlich mit dem Kind, das »nichts Besonderes« fühlt, weil alles irgendwie »normal« ist, einfach, weil sämtliche Emotionen bestens integriert sind ins kindliche Sein? Ist es Gefühlstaub? Wird es aufgrund seiner infantilen Unfähigkeit, eigene Gefühle zu parzellieren und zu klassifizieren, zum Frauenschläger oder zur Borderlinerin? Oder: Ist es vielleicht gerade umgekehrt?

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Erkrankungen deutlich angestiegen: in den letzten elf Jahren um mehr als 97 Prozent. Im Jahr 2012 wurden bundesweit 60 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage wegen psychischer Erkrankungen registriert. Seit ein paar Jahren sind Redewendungen, die mit dem Attribut »gefühlte ...« operieren, modisch geworden. Das schlägt sich nicht nur im offiziellen Wetterbericht (»fünf Grad, gefühlt: zwei Grad«) nieder, sondern auch in flapsigen Feuilletonredewendungen: »Gefühlte hundert Anrufversuche später ...« – dabei waren es in Wahrheit nur elf. Der nervöse Mensch des postfaktischen Zeitalters legt gern noch eine Schippe drauf, wenn es gilt, seinen Hader zu verdeutlichen.

Natürlich kann man leicht feststellen, daß die Modewendung »sich anfühlen« ein zur Redewendung geronnener Anglizismus ist. »Feels like«, »a sense of« – das ist im angloamerikanischen Sprachraum seit langem gang und gäbe. Apropos: Sagt man nicht, »talk smart, act hard« sei Teil des angelsächsischen Selbstverständnisses? Eine gewisse performative Lücke zwischen Gefühlssprache und Handlungsimpulsen mag es auch hierzulande geben. Man kennt das beispielsweise gut von männlichen Feministen, die *soft* reden, aber überaus traditionelle Beziehungen pflegen. Typen, die gefühlsselig Frauenquoten fordern, *Gender gaps* beklagen und dabei gleichzeitig eine weitgehend kinderunbelastete Existenz frönen, sind Legion! Über den Zusammenhang von Sprache, Erkenntnis und Handlungsmustern haben sich seit Wilhelm von Humboldt, Walter Benjamin und den in Germanistenkreisen berüchtigten Sprachwissenschaftlern Benjamin Whorf und Edward Sapir Generationen von Linguisten abgearbeitet. Oder denken wir nur an George Orwells Neusprech im dystopischen Roman 1984, wo Sprache und Gefühle so reglementiert werden, daß ein Aufstand gegen die herrschende Klasse schon deshalb undenkbar ist, weil die Worte für ein Dagegen-Sein fehlen! Wer sagt eigentlich, daß »Gefühle« von »ganz innen« kommen müssen? Was, wenn sie oktroyiert wären? Als Gefühls-*Must*? Als Moden, denen man sich schwerlich entziehen kann?

Das Gefühl, das mit unseren modernen Gefühlspraktiken und -äußerungen assoziiert ist, wurzelt im alten Wort »Gemüt«. Heute sagt man »Bauchgefühl«, wohl, um es vom somatischen Fühlen/Tasten (ein Gegenstand fühlt sich kalt, warm, weich etc. an) abzugrenzen. Platon hatte in seiner Seelenkunde das Gemüt (*Thymos*) vom Trieb unterschieden. Spätere Philosophen – und ab dem 19. Jahrhundert Psychologen – assoziierten mit »Gefühl« Begriffe wie Stimmung, Emotion, Affekt, Intuition oder moralisches Bewußtsein.

Die sich aufdrängenden beiden Fragen sind, erstens, inwieweit das »Fühlen«, »Sich-Fühlen« und »Anfühlen« heute als subjektive, irrationale, ur-eigene und damit »echte« Vorgänge zu bewerten sind. Sind nicht gerade Gefühle lenk- und steuerbar? Gibt es »sekundäre«, also von außen nahegelegte Gefühle, die innerhalb eines Sozialisationsraums und Wertesystems kultiviert werden? Beruht das »Gefühl« auf unserem eigenen Urteil? Die Stichworte dazu lauten Psychopolitik und Gefühlsautobahn. Und zweitens: Woher rührt überhaupt die neue Macht des Gefühls?

Eines ist unstrittig: Die Praxis und das Postulat, (bestimmte) »Gefühle zuzulassen«, sind Wohlstandsphänomene. Sie gehören geradezu zwangsläufig in eine sozial und medizinisch abfederte, sedierte und saturierte Welt. Augenfälliges Beispiel: Als einer der schlimmsten denkbaren Schicksalsschläge dürfte heute der Verlust eines eigenen Kindes gelten. El-

tern mit diesem bitteren Los finden sich heute in Selbsthilfegruppen und in Psychosprechstunden, oft laborieren sie ihr Leben lang an diesem Trauma. Nur der allergrößte Klotz würde es wagen, dies als Überempfindlichkeit zu charakterisieren. Heute sterben in Deutschland etwa fünf von 1000 Lebendgeborenen im ersten Jahr. Unter den Menschen der Steinzeit erreichte etwa die Hälfte der Kinder nicht das Pubertätsalter – eine Quote, die sich bis weit in das Mittelalter hinein hielt. Mit der Industrialisierung verringerte sich die kindliche Mortalität. Um 1870 verstarb etwa ein Viertel vor dem Jugendalter. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts sank die Sterberate auf unter zehn Prozent – bis zu den 0,5 Prozent, die heute als traurige Einzel- und Sonderfälle gelten. (Interessant, dies nebenbei, ist, daß die Säuglingssterblichkeit unter Migrantenkindern in Deutschland fast doppelt so hoch ist!) Das heißt: Was heute als zutiefst erschütterndes, geradezu skandalöses Unglück gilt, war über Jahrtausende die Normalität, also ein Schicksal, mit dem klarzukommen war. Es stand dafür keine



Schlagzeile zur Verfügung. Wenn von den fünf Kindern, die eine Frau bis vor 150 Jahren im Durchschnitt zur Welt brachte, sämtliche das Heiratsalter erreichten, war dies ein seltener Glücksfall. Kindstod war ein Einschnitt, kein Einbruch. Heute bricht man weit früher zusammen: Druck in der Arbeitswelt, mangelnde Anerkennung, Schlußmachen per *Mail*, ein falsches Wort. Unsere Seelenlage ist eine enorm verfeinerte, gemessen an sämtlichen vorangegangenen Jahrhunderten.

Ein Kennzeichen unserer hyperaufgeklärten Welt ist, daß wir nicht mehr hinnehmen. Wir hinterfragen alles. Eine Art Normgefühl zu allen Widerfahrnissen des alltäglichen Lebens ist uns allen bekannt – dem Handwerker wie dem Akademiker. Vermittelt wird es nicht mehr durch die Zehn Gebote oder die Autorität eines Lehrers/Vaters/Mentors, sondern durch Freundeskreise und vor allem durch die Medien. Wir wissen, was »man« »gemeinhin« über zeitgenössische Kindererziehung denkt, über Eßgewohnheiten, über das Nationalgefühl, über Treue, über Schuhwerk und Hautpflege.

»Fühlt sich gut an, Baby
Wenn eine Frau eine Frau
sein kann und ein Mann
ein Mann
Was ich und du ha'm, Baby
ist mit keinem Geld dieser
Welt hier zu bezahlen.«
Rapperin Sabrina Setlur:
»Fühlt sich gut an«.

Auf dem ominösen »man« lastet jedoch ein schweres Gewicht. Denn die Multioptionalität des Internets bietet keinen sicheren Halt. Im Gegenteil! »Die einen sagen so, die anderen sagen so, wie willst du wissen, was nun gültig ist?« (Gerhard, Fliesenleger, Kneipengespräch) Eine Verletzung des normierten Gefühls kann sowohl dann auftreten, wenn wir anders fühlen, als es unser Umfeld als »normal« nahelegt, als auch dann, wenn unser Umfeld auf *uns* anders reagiert, als es die medial vermittelte Norm für wahrscheinlich und typisch erklärt. Es scheint, daß es nicht mehr eine Vielzahl an Gefühlsfacetten gibt, sondern zwei Waagschalen. Wer zur Causa X soundso fühlt, denkt, empfindet, gehört zu »denen«, also zu den »anderen«, oder zu »uns«. Nur, wer hat diese Waage geeicht? Gott und seine Zehn Gebote? »Die Medien«? Der gesunde Menschenverstand? Die »Weltregierung«? Gefühlsmäßig ist diese unsere Gesellschaft stark fragmentiert. Um im Jargon zu bleiben: »Das tut nicht gut!«

Unsere Gefühlssensoren blinken Alarm, ohne daß Kinder massenhaft sterben, Kriege ihren Tribut fordern oder Seuchen wüten. Der notorische »Riß durch die Gesellschaft« ist kein sozioökonomischer, erst recht kein ethnischer: Er ist ein gefühlter. Das Phänomen der »Hypersensibilität« geistert etwa seit der Jahrtausendwende durch Hirnforschung und Medien. In früheren Zeiten mußte man sich dieses hochsensible Dasein leisten oder es jedenfalls bezahlen können – denken wir an Virginia Woolfe, Sylvia Plath, Unica Zürn, an Adalbert Stifter, Heinrich von Kleist oder Georg Trakl. Wer leidet heute wie diese? Wer lebt heute seine Befindlichkeitsstörungen durch Gedichte, Protest, Aufschrei und illegale Mittel aus?

Heute haben wir hingegen doppelblind randomisierte Chemikalien. Schauen wir uns die am meisten verordneten Medikamente dieser Jahre an: Ganz oben, nur grob durchbrochen von Herz-Kreislaufmitteln, rangieren die Schmerzmittel. Diclofenac, Ibuprofen und andere: Wir Deutschen leiden unter vielerlei somatischem Schmerz! Auch dies berührt das Gefühl. An »Bauch-« oder »Kopfschmerzen« zu leiden, welche Vieldeutigkeit! Nicht von ungefähr sind psychosomatische Symptome heute Legion. Viel stärker noch als durch Schmerzmittel werden unangenehme Gefühle von Psychopharmaka eingedämmt. Etwa 22 Millionen Tagesdosen klassischer Antidepressiva werden jährlich Frauen verschrieben. Bei Männern sind es acht Millionen. Tranquilizer (Beruhigungsmittel) werden in acht Millionen Tagesdosen Frauen per Rezept ausgehändigt, drei Millionen an deutsche Männer. Bei den gegen Melancholie verordneten Serotoninwiederaufnahmehemmern sind es 25 Millionen Tagesdosen an weibliche Adressaten und neun Millionen an männliche. Frauen scheinen anfälliger zu sein für »schlechte Gefühle«, und zwar so deutlich, daß es jeder Genderwissenschaft hohnspricht. Es *gibt* ein empfindsames Geschlecht!

Nur: Die Männer holen auf. Die *ZEIT* schrieb im August 2016: »Zwischen 2009 und 2014 hat die Zahl der Frauen, die in Deutschland einen Psychotherapeuten aufsuchten, um etwa zwölf Prozent zugenommen – die Zahl der Männer im gleichen Zeitraum aber um 20 Prozent: Rechnet man all die Coaching-Angebote hinzu, die gerade von Männern ausgiebig genutzt werden – einem Geschäftsfeld ohne verlässliche Zahlen, aber mit fließenden Übergängen zur Psychotherapie –, dann müßten wir bald umringt sein von therapierten Männern.«

Wenn einer grimmig ausschaute, ein Mann oder ein Hund, sagte man, falls man zu mildem Spott aufgelegt war: »Ach! Der will nur spielen!« Heute sollte es heißen, angesichts all dieser Typen mit assoziationsreichen Tätowierungen bis zu den Fußsohlen und durchstochenen Hautteilen: »Ach. Der will nur fühlen.« Nun könnte man meinen, das Gefühl der Massen wabere planlos demokratisiert vor sich hin. Mitnichten. All diese ungefähren Gefühle richten sich aus wie Feilspäne auf einen Magneten. Gerade in unserer Gesellschaft, die das »Normative«, die guten Sitten, die Tradition, einen »Volkskörper« abgrundtief zu verabscheuen vorgibt, setzt die Gefühlspolitik auf totale Vereinheitlichung. Die mediale Konsensmaschine setzt machtvoll darauf, gefühlstrunkene Homogenität (»Wir! Schaffen das!«) als Resultat obsiegender Herrschaftsprinzipien widerzuspiegeln. Man hat somit die deutsche Romantik der deutschen Aufklärung eingemeindet. Und das ist schon ein Kunststück. Abstrakte, moderne Kunst, wie kaputt. ■

STANDHALTEN Kalender 2017



STANDHALTEN 2017 – Antaios Wandkalender

13 Seiten, Format DIN A3, Ringbindung, 13,50 €

Der großformatige Wandkalender für das Wendejahr 2017: Ob PEGIDA oder AfD, Antaios oder Sezession, die Identitäre Bewegung oder Ein Prozent, die Polit-Satire »Laut gedacht« oder das Kabarett Identitaire: Das Widerstandsmilieu wächst! Jedes dieser Projekte wird auf einer Monatsseite vorgestellt, im Format A3.

VERLAG  ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 9 09 41 · Fax: (034632) 9 09 42 · e-Post: vertrieb@antaio.de

www.antaio.de

Deutschland auf dem Weg in eine polarisierte Gesellschaft

von Gunnar Thümen

»Die AfD ist eine Partei, die die Gesellschaft nicht zusammenführt, sondern Vorurteile schürt und spaltet.« Mit diesen mahnenden Worten versuchte Angela Merkel in einem mit *Bild am Sonntag* im Frühjahr 2016 geführten Interview, dem in der Bundesrepublik vorgehenden Wandel des Meinungsbildes entgegenzusteuern. Eindringlich appellierte sie an das gute Gewissen der Bundesbürger, nicht mit dem Störenfried zu paktieren. Nun ist diese Zeitung nicht das Medium, in dem eine detaillierte Analyse der Vorgänge, wie sie die Bundesrepublik seit geraumer Zeit durchlebt, zu erwarten ist. Eine Gesellschaft läßt sich bekanntlich nicht polarisieren, ohne daß zuvor ein Auslöser die vormals stabilen Zustände ins Wanken gebracht hätte. Die eigentlich interessante Frage ist die nach den Umständen, die dazu geführt haben, daß eine Partei wie die AfD angeblich imstande ist, die Gesellschaft zu spalten. Befindet sich die Bundesrepublik tatsächlich auf dem Weg in eine polarisierte Gesellschaft? Und wenn ja: Welche Faktoren bestimmen die Verhaltensmuster der Bundesdeutschen?

Seit Thorstein Veblen, spätestens aber mit Antonio Gramsci kommt eine solche Analyse nicht umhin, der in einer Gesellschaft vorherrschenden Weltsicht oder Denkgewohnheit eine entscheidende Rolle zuzuschreiben. Denn indem internalisierte Normen die Vielfalt der Sinneseindrücke und Informationen sortieren, wird die umgebende Welt interpretiert und konstruiert. Werden diese Denkmuster von den Mitgliedern eines sozialen Verbandes geteilt, ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Bestehen von Institutionen gegeben. »Die Art und Weise, wie sich Institutionen entwickeln, spiegelt das fortlaufende System der Überzeugungen der Gesellschaftsmitglieder wider«, stellte entsprechend der vor zwei Jahren verstorbene Wirtschaftshistoriker und Nobelpreisträger Douglass North fest.

Das vorherrschende System der Weltsicht interpretiert oder schafft jedoch nicht nur »Realität«, sondern wird auch von ihr geprägt, indem es *Feedback* durch neue Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der »Realität« erhält. Wird die ursprüngliche Weltsicht durch das *Feedback* bestätigt, ist ein selbstverstärkender Prozeß im Gange. Die Rückkopplungen sorgen dann dafür, daß »Realität« und Weltsicht einander stabilisieren und sich – im Normalfall – in kleinen Schritten koevolutionär entwickeln. Die Gesellschaft befindet sich dann im Gleichgewicht, und die Institutionen üben ihre Entlastungsfunktion aus. Dagegen kommt es zu einem Bruch, wenn die herrschende Weltsicht dauerhaft nicht in der Lage ist, mit den Herausforderungen der krisenbehafteten sozialen und physischen Umwelt umzugehen und dies auch von den Gesellschaftsmitgliedern so wahrgenommen wird. Dieses Versagen führt zu politischen oder ökonomischen Instabilitäten und möglicherweise zu einer abrupten Ablösung der alten Weltsicht durch eine neue. Die diskontinuierliche Änderung der Weltsicht gleicht dann einer »Umschreibung des Wissens« (North).

Vor diesem Hintergrund bietet sich folgende mögliche Lesart des Risikos durch die Gesellschaft an: Der Flüchtlingsansturm übt seit über an-

»Die Entscheidung ein Paradigma abzulehnen, ist immer gleichzeitig auch die Entscheidung, ein anderes anzunehmen, und das Urteil, das zu dieser Entscheidung führt, beinhaltet den Vergleich beider Paradigmata mit der Natur *und* untereinander [...]. Deshalb erfolgt das Prüfen des Paradigmas erst, nachdem ein fortdauerndes Unvermögen, ein bemerkenswertes Rätsel zu lösen, eine Krise hat entstehen lassen. Und auch dann erfolgt es erst, wenn das Bewußtsein der Krise einen Alternativkandidaten für das Paradigma hervorgerufen hat.«

Thomas S. Kuhn: *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, S. 90.

derhalb Jahren einen externen Druck auf die »Realität« der Bundesdeutschen aus. Durch die Intensität dieses Drucks veränderte sich ihre Umwelt so deutlich, daß sich – insbesondere nach dem Abklingen der Willkommenseuphorie – in relevanten Teilen der Bevölkerung kognitive Dissonanz breitmacht. Eine solche allgemeine Dissonanz erhöht die Rechtfertigungskosten der alten Normen und sozialen Verhaltensweisen und damit letztendlich der alten vorherrschenden Weltsicht. Die Weltsicht der Weltoffenheit wird als nicht mehr adäquat für die gegenwärtige »soziale Realität« und deren Probleme wahrgenommen. Institutionen, die zuvor als nichthinterfragbar galten, beginnen zu bröckeln; Verlässlichkeit und Vertrautheit gehen verloren; die öffentliche Sicherheit gilt als gestört. Spätestens mit der Aussage, die Grenzen ließen sich nicht schützen, war das zwischen Schutz und Gehorsam bestehende Band zerschnitten. Die Bundesbürger halten es mittlerweile für möglich, ihren Schutz durch Bürgerwehren und andere Initiativen selbst in die Hand zu nehmen. Auch wenn es (noch) an quantitativen Untersuchungen der Instabilität fehlt, kann die Lage im Land fraglos als deutliches Anzeichen einer zunehmenden Kluft zwischen der – durch die »Realität« geprägten – öffentlichen Stimmung und der »reinen« Weltsicht der multikulturellen Gesellschaft gedeutet werden.

Ob die öffentliche Stimmung innerhalb der Bundesrepublik tatsächlich so kippt, daß sich die Gesellschaft zu zwei Gruppen polarisiert, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Eine wesentliche Rolle spielt das Verhalten der an der Macht befindlichen politischen Entscheidungsträger. Ihr Anliegen ist es, gesellschaftliche Stabilität wiederherzustellen, ohne ihre mentale und dingliche Machtbasis zu verlieren. Um mit der »Realität« Schritt zu halten, wäre eine lernfähige, nicht dogmatisch verengte Weltsicht von Nöten. Durch sie könnten Probleme erkannt und Anpassungen ermöglicht werden. Dies ist bekanntermaßen in Reihen der bundesdeutschen Machteliten weniger der Fall. Vielmehr wischten sie zunächst in Gestalt »ideologischer Puristen« den Hinweis auf die Konflikte und Probleme, die eine durch die Flüchtlingswellen übersteigerte multikulturelle Gesellschaft hervorbringt, als störend beiseite und widersetzten sich einer realitätskompatiblen Änderung der Wertestruktur mit allen möglichen Mitteln moralisch-medialer und rechtlicher Art. Dies verhinderte jedoch den Aufstieg des bundesdeutschen Widerstandsmilieus nicht – meßbar an den Wahlerfolgen der AfD.

Man kann daher seit einiger Zeit eine vorsichtige Kurskorrektur beobachten. Den Entscheidungsträgern scheint bewußt geworden zu sein, daß »Elite-Intransigenz« (Chalmers Johnson) keine geeignete Strategie ist, um auf die veränderte »Realität« zu reagieren. Sie haben sich nun dem zugewandt, was man in Anlehnung an Gramsci »passive Revolution« nennen kann, das heißt, sie gehen auf die oppositionelle Bewegung ein Stück weit zu und sind zu gewissen Zugeständnissen bereit, indem sie bestimmte Forderungen aufnehmen, ohne allerdings davon den Kern ihrer – auch mentalen – Macht berühren zu lassen. Für die an der Macht befindlichen Entscheidungsträger als auch die oppositionelle Bewegung ist eine passive Revolution nicht unproblematisch. Inhaltliche Forderungen nach Reduzierung des Flüchtlingsstroms und schnellerer Ausweisung werden Teil des Programmkatalogs des Establishments, ohne grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel.

Inwieweit dieser Strategie Erfolg beschieden ist, hängt auch davon ab, ob es der oppositionellen Bewegung gelingt, eine alternative Weltsicht zu der bisher in der Gesellschaft dominierenden zu verankern, die einerseits vom Etablierten abgrenzbar ist, andererseits aber auch einen so hohen Allgemeinheitsgrad besitzt, daß sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sie zu eigen machen können. Sie muß den Riß zum Etablierten und zu dessen Vertretern vertiefen und gleichzeitig in der Lage sein, die bestehende Dissonanz abzubauen. Akteure, die alternative Sichtweisen vorbringen, haben ohne Frage eine bessere Ausgangslage als in Zeiten, in denen der selbstverstärkende Prozeß im Gange war. Blickt man auf die vom Soziologe John L. Campbell identifizierten Ebenen, auf denen Ideen wirken müssen, damit sie im politischen Entscheidungsprozeß wirksam plaziert werden können, wird dies deutlich.

Nach Campbell müssen Ideen zum einen in ein möglichst eingängiges und leichtverdauliches »Programm« überführbar sein, damit sie erfolgreich im politischen Prozeß verarbeitet werden können. Es ist eine Art

»Eine einfache mentale Erfahrung kann kognitive Dissonanz auslösen, einen Unterschied zwischen dem, was die verbreitete Ideologie vorgibt, wie die Welt zu sehen sei, und dem Ideal, welches dem Einzelnen vor-schwebt.«

Facchini, Melki: »Ideology and Cultural Change«, S. 6f.

»Das Individuum gibt keine einzelne Konzeption der Wirklichkeit auf (einschließlich der Standard-Konzeption seiner Kultur), selbst bei Vorliegen direkter Beweise ihrer gegenwärtigen Unbrauchbarkeit, ohne Gelegenheit gehabt zu haben, ein neues individuelles Weltbild zu konstruieren. [...] Die Konfrontation des Individuums mit dem Beweis der Unbrauchbarkeit wird zunächst ein Syndrom von Angst und Ablehnung erzeugen, und diese angstvoll-ablehnende Reaktion kann recht lange anhalten; [...] es ist leichter für ein Individuum, eine Konzeption aufzugeben, wenn ihm andere zum Einsatz angeboten und Modelle neuer individueller Weltbild gezeigt werden, als wenn der Verzicht ›blind‹ geleistet werden muß.«

Anthony F. C. Wallace: *Culture and Personality*, S. 160f.

Popularisierung der Ideen gefragt, welche sich aber weniger an das Volk als vielmehr an die Politiker, denen sie verkauft werden sollen, richtet. Mit der AfD ist – wie bereits mehrfach in *Sezession* thematisiert – zweifelsfrei ein Adressat für alternative Ideen entstanden. Allerdings ist die Partei sich über ihren weiteren Kurs noch im unklaren. Einzelne Mitglieder haben sich zwar eindeutig positioniert, zur Bildung einer breiten gesellschaftlichen Basis zur Umsetzung alternativer Ideen reicht dies aber nicht aus. Zur weiteren Verbreitung bietet es sich seitens der ideologischen Innovatoren an, dem Beispiel der Heritage Foundation oder des Manhattan Institute zu folgen. Diese Thinktanks betrieben erfolgreich die Programmatisierung von Ideen, indem sie mit kleinen, graphisch ansprechend gestalteten und mit vielen kurzen Statements gefüllten Broschüren und Positionspapieren zur »Reagan Revolution« beitrugen und auch gegenwärtig diese Strategie online weiterverfolgen.



André Kertész, 1941

Ideen müssen zudem zum Paradigma werden. Ein Paradigma als »theoretische und ontologische Annahme über die Welt« wirkt im Hintergrund der politischen Auseinandersetzung, indem es die Bandbreite der Lösungen kognitiv begrenzt, die durch die politischen Entscheidungsträger als für die Probleme hilfreich wahrgenommen werden. Auf dieser Ebene, die seit Alain de Benoist als das eigentliche Betätigungsfeld der Metapolitik gilt, bedeutete die Gründung des IfS und der *Sezession* einen großen Fortschritt. Anders als andere Versuche in der Vergangenheit schaffen es beide immer wieder, in den etablierten Medien Erwähnung zu finden und so einen größeren Wirkungsgrad zu erreichen. Einschränkung ist aber zu erwähnen, daß im Vergleich zu einer Bertelsmann-Stiftung der Wirkungsgrad eines solchen Instituts schon aufgrund der Ressourcenausstattung niedriger ist.

An den Universitäten gibt es ebenfalls Anzeichen eines ersten Gesinnungswandels. Zwar meiden nach wie vor viele Professoren eine allzu klare Stellungnahme, die Beispiele für Hochschullehrer, die weniger defensiv agieren und den Protest von Studenten, Politikern und Medien auf sich nehmen, mehren sich jedoch merklich (z. B. Detlef Rost, Heiner Rindermann).

Ideen müssen zu guter Letzt durch die »öffentliche Stimmung« getragen werden und in sie Eingang finden. Bedenkt man, daß die politischen Entscheidungsträger ebenfalls der öffentlichen Stimmung unterliegen, wird deutlich, warum Gramscis Hauptaugenmerk dieser Ebene galt, wenn er von der Besetzung des vorpolitischen Raumes sprach.

Die kurze Betrachtung der drei Ebenen offenbart, daß die Flüchtlingskrise in der Tat einen guten Nährboden für die Diffusion alternativer Sichtweisen bietet. Sie enthüllt allerdings auch, daß die Polarisierung noch nicht in einem der Schwere der Krise angemessenen Tempo und Umfang erfolgt ist. Die Schwerfälligkeit dieses Vorgangs ist nicht erstaunlich. Auch wenn die Flüchtlingswelle die Gesellschaft zu destabilisieren beginnt, führen diese Zustände regelmäßig nicht *ad hoc* zu einer Verhaltensänderung. Da »Institutionen als System verteilter Gewohnheiten gelebt werden« (Gehlen), können diese eingeübten Verhaltensweisen nicht

einfach abgestreift werden. Die Hintergrunderfüllung bewirkt, daß sozialisierte Gesellschaftsmitglieder nur langsam auf Instabilitäten reagieren. Psychologisch werden diese durch unbewußte innere Abwehrmechanismen verdrängt, wodurch sich die aus ihnen folgenden persönlichen Belastungen bis zu einem bestimmten Grad ertragen lassen. Die Angst vor Bestrafung bei abweichendem Verhalten tut ihr übriges. »Kultur« stellt einen weiteren wesentlichen Faktor dar, der zur Invarianz der dominierenden Weltsicht und Verhaltensweise beiträgt. Indem sie die Wahrnehmungsmodelle der Gesellschaftsmitglieder harmonisiert und vereinheitlichte Wahrnehmungen zwischen den Generationen transmittiert, ist sie eine der wesentlichen Größen, die die Wandelbarkeit der herrschenden Weltsicht begrenzen. Das aus dem gemeinsamen kulturellen Erbe hervorgehende vorherrschende System von Überzeugungen schränkt das Repertoire möglicher Reaktionen auf Wandlungen der sozialen und natürlichen Umwelt ein und gibt die grobe Linie vor, entlang welcher sich eine Gesellschaft verändern kann. Solche Pfadabhängigkeiten erschweren das Abweichen von vertrauten Verhaltensmustern.

Einseitig kultureller Fatalismus ist aber fehl am Platze. Gerade im massendemokratischen Zeitalter stellt »Kultur« keinesfalls eine dem Politischen entzogene Größe dar. Der Hinweis auf die seit 1945 in die deutsche Kultur eingesickerte Schuldakzeptanz und die zu beobachtenden relativ unterschiedlichen Verhaltensweisen und Mobilisierungsgrade der Deutschen in West- und Mitteldeutschland als Reaktion auf politische Themen wie Masseneinwanderung läßt erahnen, daß Kultur nicht einfach eine exogen auf das Wahrnehmungsmodell wirkende Größe ist. Wäre dies der Fall, wäre auch die Vorstellung sinnlos, es existiere »kulturelle Hegemonie«. Die soziologische, anthropologische sowie psychologische Literatur der letzten beiden Jahrzehnte offenbart ein komplexes und vielschichtiges Kulturverständnis und bestätigt vielfach – zumeist, ohne ihn zu nennen – Gramscis These. Die Weltsicht *gründet* demnach nicht nur auf der bestehenden Kultur. Weltsicht *schafft* außerdem Kultur, da Kultur auch ein »selbstgesponnenes Ideen-, Sinn- und Bedeutungsgewebe« (Leipold) ist. Kultur wird daher als öffentlich zur Verfügung stehende Formen von Ritualen, Symbolen, Geschichten und Handlungsanweisungen beschrieben, durch welche Menschen Bedeutungen erfahren und Meinungen ausdrücken. Die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden kulturellen Konzepte oder Elemente ist demnach zwar durch vergangene Einflüsse geprägt. Innerhalb dieser historisch geprägten Bandbreite ist aber eine begrenzte Vielfalt möglich.

Die (begrenzte) Flexibilität von Kultur öffnet das Tor für willentliche Einflußnahme oder Manipulation. »Wenn kulturelle Identität der Gesellschaftsmitglieder einen strategischen Faktor bezüglich ihrer Wahrnehmung und damit auch ihres Wahlverhaltens darstellt«, so der deutsche Institutionstheoretiker Joachim Zweynert, »besteht ein Anreiz für strategische Akteure, Ressourcen aufzuwenden, um auf die kulturelle Identität anderer einzuwirken.« Die Wirkung einer oppositionellen Bewegung wird daher wesentlich davon abhängen, ob und inwieweit es ihr gelingt, sich als klare Konkurrenz zum Bestehenden darzustellen. Zugleich muß sie ihre Weltsicht aber in eine Rhetorik »verpacken«, welche die Kompatibilität mit dem kulturellen Erbe unterstreicht oder die Geschichte neu interpretiert, um so die notwendige Akzeptanz zu steigern. Dazu bedarf es begleitender »Erzählungen« als Transmissionskanal der Politik. Es wird darauf ankommen, bekannte, in die Kultur eingebettete »Geschichten« zu erzählen und zugleich »neue«, eindeutig vom Etablierten abweichende Ideen durch die Erzählungen in die Überzeugungen der Deutschen »einzuschmuggeln« (Zweynert).

Niemand – schon gar nicht die Rechte – behauptet, daß es eine leichte Aufgabe sei, das komplexe und sich gegenseitig stützende Geflecht von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Regeln und Überzeugungen zu verändern. In dem Maße, wie die Anzahl der Bundesdeutschen zunimmt, die die Migrationswelle als Problem oder Bedrohung wahrnehmen, wird die Akzeptanz und Aufnahmefähigkeit alternativer Weltsichten steigen und der Zusammenhalt der Gesellschaft in seiner bisherigen Form verlorengehen. In Zeiten von Instabilität werden sich dann neue Ideen als Lösung der Probleme aufdrängen. Die Frage ist, ob dies geschieht, bevor es für das deutsche Volk zu spät ist. ■

»Unser alternatives Modell beruht auch auf der Tatsache, daß sämtliche reale Kulturen verschiedene, häufig konfligierende Symbole, Ritual, Geschichten und Handlungsanweisungen enthalten. [...] Eine Kultur ist nicht ein einheitliches System, das Handlungen in eine konsistente Richtung lenkt. Es ist eher wie ein »Werkzeugkasten« oder Repertoire [...], aus welchem Handelnde unterschiedliche Teile zur Schaffung von Handlungssträngen auswählen.«

Ann Swidler: *Culture in Action: Symbols and Strategies*, S. 277.

Literaturhinweise:

John L. Campbell: »Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy«, in: *Theory and Society* 27/1998;

Arthur T. Danzau, Douglas C North: »Shared Mental Models, Ideologies and Institutions«, in: *Kykos* 1/1994;

François Facchini, Mickaël Melki: »Ideology and Cultural Change. A Theoretical Approach«, ASREC Annual Meeting 2011;

Chalmers Johnson: *Revolutionstheorie*, Köln/Berlin 1971;

Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt a.M. 1973;

Helmut Leipold: *Kulturvergleichende Institutionenökonomik*, Stuttgart 2006;

Ann Swidler: »Culture in Action. Symbols and Strategies«, in: *American Sociological Review* 51/1986;

Anthony F. C. Wallace: *Culture and Personality*, New York 1961;

Joachim Zweynert: »Economic Culture and Transition«, in: *Inter-economics* 41/2006.

Weltbildfixierung, Weltbildwechsel

von Georg Kurz

Anfang September rief Martin Lichtmesz im Netz-Tagebuch der *Sezession* dazu auf, Erfahrungen über das Leben als politisch Rechter in einer linksdominierten, polarisierten Gesellschaft zu notieren. Dieser Aufruf löste eine lebhaftige Debatte aus, in deren Verlauf zahlreiche Leser ihr Unverständnis äußerten, warum die politisch Linken so schwer zu überzeugen seien. Eine grundsätzliche Betrachtung über die Bedeutung von Weltbildern, ihren Wechsel und die aktuelle Situation in der BRD erhellt jedoch die Zwangsläufigkeit und Logik hinter diesem gesellschaftlichen Mißverständnis. Hierzu ist ein Werk aus der Wissenschaftsgeschichte des amerikanischen Physikers Thomas S. Kuhn von Interesse: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Kuhn geht davon aus, daß jeder Wissenschaftler ein Paradigma benötigt, das die grundsätzlichen Regeln seiner Forschung liefert. Dieses Paradigma besteht dabei gewöhnlich im Unterbewußtsein, und nur die wenigsten Wissenschaftler könnten dieses tatsächlich ausformulieren. Es darf nicht hinterfragt werden, was auch notwendig ist, da so nicht beständig aufs Neue die Grundlagen angezweifelt werden. Das macht den Blick auf die Details frei.

Diese Paradigmen sind nie perfekt. Tatsächlich werden immer wieder Beobachtungen gemacht, die dem Paradigma widersprechen. Dann werden die Beobachtungen ignoriert, zu Ausnahmen erklärt oder durch willkürliche Korrekturfaktoren in Gleichungen erklärt. Erst wenn der Druck zu groß ist, wenn zu viele Beobachtungen gemacht wurden, die es eigentlich nicht geben dürfte, kommt es zum Paradigmenwechsel. Dem Titel des Buches entsprechend, geht Kuhn davon aus, daß diese mit einer politischen Revolution vergleichbar sind.

Nun ist die Wissenschaft, und insbesondere die Naturwissenschaft, ein Bereich, in dem man um hohe Objektivität bemüht ist. Im Alltag sollten die Erkenntnisse Kuhns eine viel größere Rolle spielen. Tatsächlich hat auch jeder Mensch ein Weltbild, das sich in einem langen Prozeß entwickelt und für gewöhnlich ungefähr mit dem Erreichen des Erwachsenenalters vollständig ausgeprägt ist.

Die Notwendigkeit für ein solches Weltbild liegt im Diktum Armin Mohlers begründet: »Die Welt geht nicht auf.« Egal, wieviel intellektuellen Aufwand man treibt, man wird nie eine vollständige Beschreibung der Realität erhalten. Man muß notwendigerweise Vereinfachungen treffen, um sich in der Welt zurechtfinden zu können. Die Art der Vereinfachung ist dabei mehr oder weniger willkürlich und unterliegt keinen rationalen Überlegungen, sondern hängt von persönlichen Neigungen und Präferenzen ab.

Das Weltbild ist bei den meisten Menschen nur im Unterbewußtsein vorhanden. Intuitiv sucht man beständig Bestätigungen für sein Weltbild. Fakten, die dem Weltbild entsprechen, werden begierig aufgenommen, und wenn man weiß, wo man diese für gewöhnlich vorfindet, so wird man sich bevorzugt aus diesen Quellen unterrichten. Fakten, die

»Jeder von uns hat es wohl schon erlebt, wenn man im sozialen Umfeld, in der Familie, am Arbeitsplatz, an der Universität usw. kontroverse Meinungen äußert oder eine unpopuläre Farbe bekennt: der soziale Druck erhöht sich, heftige Diskussionen werden vom Zaun gebrochen, allerlei Affekte und Emotionen von der Leine gelassen, Freundschaften gekündigt oder manchmal sogar Jobs... [...] Dabei begegnet man immer wieder denselben Mustern: beide Parteien werfen sich spiegelbildlich vor, verblendet, unmoralisch oder irrational zu sein. Man hat den wechselseitigen Eindruck, daß dem Gegenüber gewisse Gehirnteile zur Wirklichkeitswahrnehmung fehlen oder daß es in einem Paralleluniversum lebt.«

Martin Lichtmesz:
»Überlebensstrategien in einer polarisierten Gesellschaft – Ein Aufruf«, sezession.de vom 3. September 2016.

dem Weltbild hingegen widersprechen, werden ignoriert. Über die Zeit verstärkt sich somit das Weltbild. Deshalb sind junge Menschen noch vergleichsweise einfach zu beeinflussen, ältere hingegen kaum noch.

Weltbilder können sehr wirkmächtig sein. Es ist davon auszugehen, daß Erich Mielke seinen Satz »Ich liebe doch alle Menschen« durchaus ernst meinte, und daß er wirklich nicht begreifen konnte, wieso die Massen gegen den Sozialismus demonstrierten, der nach seinem Weltbild den Menschen Freiheit, Frieden und Wohlstand brachte. Auch diejenigen bundesrepublikanischen Politiker, die den Kampf gegen Rechts intensivieren und gleichzeitig der Meinung sind, im freiesten und tolerantesten Deutschland, das es je gab, zu leben, werden diesen Widerspruch nicht bemerken.

Wie das Weltbild die Wahrnehmung steuert, kann man auch am Beispiel der Masseneinwanderung arabisch-nordafrikanischer Siedler des letzten Jahres betrachten. Nach offiziellen Zahlen ist rund eine Million gekommen. Bei einer derart großen Anzahl sind, statistisch gesehen, einige dabei, mit denen man gut auskommen kann, die in der Tat so etwas wie eine »Bereicherung« darstellen können, wie auch einige, die nichts als Probleme verursachen werden. Je nach Weltbild wird man entweder die eine oder die andere Fraktion wahrnehmen. Die anderen werden ignoriert, oder, sofern dies nicht möglich ist, als »Ausnahme« oder »Einzelfall« erklärt. Insbesondere führen Weltbilder dazu, daß in der Regel zunächst Entscheidungen getroffen und erst im Anschluß argumentativ gerechtfertigt werden. Dies erklärt, warum politische Debatten oft unfruchtbar sind. Das ist nicht nur beim Migrationsthema ersichtlich, sondern ebenso in wirtschaftspolitischen Fragen. Oftmals findet man das Schema vor, daß einer der Auffassung ist, die Bundesrepublik sei vom »Neoliberalismus« zerfressen. Es gäbe beständig eine Umverteilung von unten nach oben. Der andere wiederum ist der Auffassung, die Bundesrepublik nähere sich in ökonomischen Fragen an die DDR an, und man leide unter einer Abgabenlast und viel zu hohen Staatsquote. Obwohl in dieser Art von Debatten oftmals beide Seiten gute Argumente haben, vermag niemand, den anderen zu überzeugen, da beide in unterschiedlichen Wahrnehmungswelten leben.

Viel stärker werden normative Fakten vom Weltbild geprägt, die sich in Wertungen umformulieren lassen. Bei obigem Beispiel über Wirtschaftspolitik könnten zwei besonnene Gesprächspartner vielleicht einen Konsens finden. Aber die viel grundsätzlichere Frage, wie Wirtschaft generell organisiert sein soll, ob der Staat überhaupt umverteilen oder jeder selbst um seinen Anteil kämpfen soll, läßt sich niemals objektiv beantworten, sondern ist immer an das spezifische Weltbild gebunden.

Dies einzusehen, ist wichtig, denn normalerweise ist jeder überzeugt, das Richtige zu tun und gut zu handeln. Niemand hält sich für den Bösen, und auch jene, die heute den Platz als größte Schurken der Geschichte innehaben, von Stalin über Hitler zu Mao, waren immer überzeugt, zum Wohle der Menschen, für die sie verantwortlich waren, zu handeln. Da man das eigene Handeln, das sich aus dem eigenen Weltbild ergibt, notwendigerweise als »gut« klassifiziert, muß man das Handeln des Opponenten, das sich aus einem widersprechenden Weltbild ergibt, notwendigerweise als »böse« klassifizieren. Weltbilder sind somit inkommensurabel, da das fremde Weltbild immer nur anhand der Maßstäbe des eigenen Weltbildes bewertet werden kann.

Bisher klang es womöglich so, als seien Weltbilder beliebig konstruierbar. Wir benötigen Vereinfachungen, um uns in der Welt orientieren zu können. Doch nicht jede Vereinfachung ist eine sinnvolle, und ein Weltbild hat immer lebensdienlich zu sein. Dies ist situationsabhängig. Im Falle einer Masseneinwanderung aus Gegenden mit starkem zivilisatorischen Gefälle ist ein Weltbild, das diese Einwanderung gutheißt, gefährlich. In einer inzestuösen, genetisch degenerierten Gesellschaft (die wir entgegen Wolfgang Schäubles Behauptungen in Deutschland nicht haben) könnte ein Weltbild, das Einwanderung mißbilligt, gefährlich sein.

Über den Sinn des Lebens wurden unzählige Debatten geführt, die niemals zu einem allgemein anerkannten Ergebnis kamen: Diese Frage ist je nach Weltbild ganz unterschiedlich zu beantworten. Allerdings gibt es eines, an dem man nie vorbeikommen wird: die Selbstbehauptung. Selbstbehauptung ist sicher nicht das einzige, was im Leben von Bedeutung ist, aber wer auf sie verzichtet, wird untergehen. Zwar gab es immer wieder

Kuhn beschreibt ein psychologisches Experiment, bei dem den Probanden Spielkarten vorgelegt wurden, die diese identifizieren sollten. Einige falsche Karten waren darunter gemischt, wie eine rote Pik Sechs.

»Bei den normalen Karten waren die Identifizierungen gewöhnlich richtig, aber die abgeänderten Karten wurden fast immer, ohne sichtbares Zögern oder Überraschung, als normale Karten bezeichnet. Die schwarze Herz Vier wurde beispielsweise als Pik Vier oder als Herz Vier identifiziert. Ohne jedes Bewußtsein von Schwierigkeiten wurden sie sofort in einer der von vorangegangenen Erfahrungen bereitgestellten Begriffskategorien eingeordnet.«

Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, S. 75.

Weltbilder, die auf Selbstbehauptung verzichteten, nach denen es beispielsweise sinnvoll war, im Kloster zu leben, anstatt eine Familie zu gründen, aber ein derartiges Weltbild kann verständlicherweise immer nur eine Randerscheinung bleiben. Es ist nicht notwendigerweise schlecht – schließlich gibt es für Weltbilder keinen universellen Maßstab –, aber man kann ganz darwinistisch argumentieren, daß solche Weltbilder von anderen verdrängt werden, die sich eher zur Selbstbehauptung eignen.

Nach all dem, was geschrieben wurde, könnte man meinen, es sei unmöglich, daß sich das Weltbild eines Menschen ändert, und jede Art, jemand anders von der Richtigkeit des eigenen Weltbildes zu überzeugen, sei zum Scheitern verurteilt. Tatsächlich ist das Weltbild nicht statisch, sondern nimmt immer wieder neue Erfahrungen auf. Diese Änderungen sind jedoch gering und betreffen unbedeutende Randbereiche. In den grundlegenden Fragen gibt es jedoch eine erstaunliche Stabilität. Unmöglich ist ein radikaler Wechsel des Weltbildes jedoch nicht, auch wenn er mit steigendem Lebensalter immer unwahrscheinlicher wird. Für die betroffenen Personen ist dies immer ein einschneidendes Erlebnis, da viele Begriffe umdefiniert, ihre Konnotationen geändert, Bewertungen des vergangenen Handelns revidiert werden müssen.



Romualdas Raikauskas: Vilnius, 1964

Der Wechsel des Weltbildes führt zum Bruch vieler persönlicher Traditionen, man muß alte Gewohnheiten fallenlassen, Freundschaften kündigen, Loyalitäten ändern und sich eingestehen, jahrelang im Irrtum gewesen zu sein. Das eigene Leben wird fortan aus der Perspektive des neuen Weltbildes bewertet, so daß die Vergangenheit voller Fehler erscheinen wird. Dies erklärt, warum sich die Menschen schwertun, ein Weltbild radikal zu ändern, und warum sie entgegen aller Vernunft an Vorstellungen festhalten, die sie vor sich selbst eigentlich nicht mehr rechtfertigen können.

Hat man den Schritt jedoch einmal vollzogen, empfindet man meistens eine große Befreiung, und eine Last fällt von den Schultern. Diese Leute bedürfen nun der Unterstützung, sie sind wißbegierig und wollen die Zusammenhänge des neuen Weltbildes erlernen. Stehen dabei aus dem Umfeld Menschen zur Seite, die hier anleiten können, so wird der Wechsel des Weltbildes retrospektiv trotz anfänglicher Schwierigkeiten auf die sehr positiv empfunden. Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die individuelle Ebene; die Auswirkungen auf das Funktionieren einer Gesellschaft wurden noch nicht diskutiert. In einem wie auch immer gearteten Gemeinwesen prallen die verschiedenen Weltbilder aufeinander. Da Diskussionen zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Weltbilder nicht ohne weiteres möglich sind, bedarf es eines übergeordneten Weltbildes, das alle Mitglieder einer Gesellschaft teilen. Dieses muß nicht alle Bereiche des Lebens ausfüllen, und je nach Gesellschaft kann es sehr rigide sein oder viele Freiheiten lassen. Es wird immer Menschen geben, die dieses Weltbild nicht teilen, sollten es aber zu viele sein, besteht die Gefahr, daß die Gesellschaft auseinanderbricht.

Normalerweise sind die meisten Menschen unpolitisch. Sie adaptieren das vorherrschende Weltbild, sei es aus Unfähigkeit, ein eigenes zu entwickeln, oder aus Trägheit. Sollte sich das vorherrschende Weltbild wandeln, erkennen diese Menschen es schnell und ändern so, ohne groß nachzudenken, ihr eigenes. Nach großen gesellschaftlichen Umbrüchen ist dies oft zu erkennen: Nach 1989 oder 1945 waren die meisten ganz selbstverständlich schon immer gegen das alte Regime.

Das vorherrschende Weltbild zu teilen, bringt verständlicherweise große Vorteile, da man so einfacher eine angenehme soziale Stellung erreichen kann. Daher ist es wichtig, es zu kennen und sich immer wieder zu versichern, welche Inhalte es hat. Die meisten politischen Gespräche im Alltag dienen eigentlich nicht dem Zweck ernsthafter Debatten, sondern dazu herauszufinden, was gemäß dem vorherrschenden Weltbild sag-

»Für mich war es eine Befreiung: Endlich die Erkenntnisblockaden, an denen ich mich jahrelang erfolglos abgearbeitet hatte, fallen sehen wie die Dominosteine. Endlich *verstehen*, statt gekünstelt zu interpretieren, endlich die Wirklichkeit gelten lassen, statt sie wegzuerklären [...].

Man stellt fest, daß man nicht vom Blitz erschlagen wird, wenn man die linke Ideologie aufgibt, und man fühlt sich nicht nur gut dabei, man kann, wenn man einmal damit angefangen hat, gar nicht genug davon bekommen. Und es wird immer leichter, je weiter man voranschreitet. Wie man sich als Rechter fühlt?

Wie ein König!«

Manfred Kleine-Hartlage:
Warum ich kein Linker mehr bin,
Schnellroda 2012, S. 89.

bar ist und was nicht. Wie sieht nun die aktuelle Situation in Deutschland aus? Bisher war es Teil des vorherrschenden Weltbildes, daß das, was Deutschland erst deutsch mache, in erster Linie die Verfassung sei. Das Grundgesetz erfährt manchmal eine an Religionen erinnernde Verehrung, und die »Werte«, die dahinter stehen, werden mit großem Machtanspruch durchgesetzt. Solange in Deutschland Menschen leben, die ebenso an das Grundgesetz glauben, ist Deutschland gemäß diesem Weltbild gerettet und das Ziel des politischen Daseins erfüllt. Friedrich Eberts Bonmot dürfte man heute umkehren: »Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir die Verfassung nicht wegen Deutschland zugrunde gehen lassen.«

Nach diesem Weltbild ist die Masseneinwanderung auch kein Problem, schließlich kann jeder lernen, Deutscher zu sein. Biologische Differenzen der Menschen werden nicht wahrgenommen, da rassistisch, und das eigene Modell von Bindungslosigkeit und Konsum wird als derart attraktiv empfunden, daß es die Einwanderer aufnehmen werden. Die Menschen unterscheiden sich bestenfalls in der Sprache und den Eßgewohnheiten. Ersteres kann man ändern, Zweiteres wird als Bereicherung empfunden. Daß Religion derart mächtig sein kann wie in den Herkunftsländern der Einwanderer, wird nicht verstanden, da man nur die Seichtigkeit vieler deutscher Christen kennt.

Die andere Seite ist der Meinung, daß sich Deutschland primär über das deutsche Volk definiere und die Verfassung dabei bestenfalls eine Nebenfrage spiele. Das heißt nicht, daß diese Fraktion das Grundgesetz ablehnt, und schließlich finden sich auch im Grundgesetz Ansatzpunkte für diese Haltung, denn gemäß der Präambel hat sich »das deutsche Volk [...] dieses Grundgesetz gegeben«, ohne das deutsche Volk verliert somit auch das Grundgesetz seine Daseinsberechtigung.

Mit der Masseneinwanderung des Jahres 2015, der Silvesternacht von Köln und den Terroranschlägen in Paris ändert sich diese Situation. Das vorherrschende Weltbild scheint die Wirklichkeit schlechter zu beschreiben, und plötzlich werden mehr Menschen empfänglich für einen Paradigmenwechsel. Die unpolitische Masse, die das vorherrschende Weltbild aus Bequemlichkeit übernahm, ist gezwungen, eine Entscheidung zu treffen. Niemand kann mehr ignorieren, daß das deutsche Volk ausgetauscht wird. In den Leitmedien werden nun auch immer wieder die negativen Folgen der Einwanderung diskutiert, und es gibt Ansätze einer Debatte über deutsche Identität. Die Menschen stellen sich Fragen, die sie vorher nicht gestellt hätten, und es ist wichtig, ihnen jetzt Antworten zu liefern.

Dabei ist behutsam vorzugehen, um auch aus dem vorherrschenden Weltbild heraus einigermaßen verstanden werden zu können. Argumente der Funktionalität sind dabei immer besonders wirksam, denn eine Einwanderung bevorzugt aus dem arabisch-afrikanischen Raum wird nicht dazu beitragen, daß in Zukunft noch jemand das Grundgesetz hochhalten wird. Auch sind Maximalforderungen unnötig, da es nicht darum gehen kann, Einwanderung gänzlich zu unterbinden – es wäre ahistorisch. Die Berufung auf auch in der Bundesrepublik anerkannte Autoritäten ist ebenso von Vorteil, sei es durch das Böckenförde-Diktum oder einzelne Aussagen von Personen wie Helmut Schmidt. Die Zielgruppe sind dabei primär die eigentlich Unpolitischen, die es nun zu politisieren gilt. Sie müssen den Eindruck gewinnen, daß unser Weltbild schon bald das vorherrschende sein könnte. Überzeugungstäter, die die Masseneinwanderung befürworten, werden wohl erst bereit sein, ihr Weltbild zu ändern, wenn sie wirklich den Eindruck haben, es gehe nicht mehr anders, und selbst dann wird es immer noch jene geben, die an ihren Auffassungen festhalten wie jene Linkspartei-Politikerin, die von Einwanderern vergewaltigt wurde und zum Schutz der Täter von einer Anzeige absah.

Zu guter Letzt soll noch festgehalten werden, daß all diese Beobachtungen selbstverständlich auch auf diesen Text und seine Aussagen zutreffen. Auch hier wurden aufgrund des Weltbildes des Verfassers Aspekte simplifiziert und Widersprüche ausgeblendet. In der Tat könnte vieles auch unter umgekehrten Vorzeichen von der Gegenseite geschrieben worden sein. Jedoch sei noch einmal auf den Aspekt der Selbstbehauptung verwiesen. Es ist davon auszugehen, daß Befürworter der Masseneinwanderung ein untaugliches Weltbild haben, mit dem sie die Grundlagen dessen, was in ihrem Weltbild eigentlich wichtig ist, beseitigen. ■

»Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden. [...] Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem [der Überalterung] nicht, schafft nur ein zusätzliches dickes Problem.«

Helmut Schmidt: »Weitere Zuwanderung unterbinden«, focus.de vom 11. Juni 2005.

Literaturhinweise:

Panajotis Kondylis: *Macht und Entscheidung. Die Herausbildung der Weltbilder und die Wertfrage*, Stuttgart 1984;

Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt a.M. 2012;

Elisabeth Noelle-Neumann: *Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale*, Frankfurt a.M. 1989.

Abstiegsangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus

von Benedikt Kaiser

Die Bundesrepublik Deutschland geht in einen konstanten Krisenmodus über. Zog die multiple Krise der Europäischen Union, die zunächst als »Banken-«, dann als »Euro-Krise« firmierte, aber eigentlich eine umfassende Krise des Finanzmarktkapitalismus als solchem war, noch annähernd spurlos am Alltag der Deutschen vorbei, prägt die Flüchtlings- bzw. Zuwanderungskrise mit unterschiedlichen Konsequenzen die Lebenswirklichkeit der Bürger. Hinter den unappetitlichen bis barbarischen Symptomen wie »Brüssel« und »Paris« und hierzulande »Köln« und »Chemnitz« verbirgt sich aber Gewaltigeres, stehen dem westeuropäischen Kapitalismus noch größere Herausforderungen bevor: Er erlebt eine Legitimationskrise in einem Ausmaß, das noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien.

Alain de Benoist hat deshalb bereits – zugespitzt – das »Ende des Kapitalismus« angekündigt. Der französische Philosoph sieht die drei Grundpfeiler der Kapitalismusakzeptanz der (westeuropäischen) Bürger bedroht: Das allseitige Wachstumsversprechen könne nicht mehr eingehalten werden, weshalb der Kapitalismus sein positives Alleinstellungsmerkmal verliere; das Lebensniveau der breiten Massen werde nicht mehr konstant gehoben, und sei der spürbare Zuwachs noch so gering; der Konsum bzw. die materielle Bedürfnisbefriedigung – und dies ist immerhin das Faustpfand der kapitalistischen Heilslehre – stagniere auf einem bereits erreichten Niveau.

Nun kann freilich entgegnet werden, daß der Kapitalismus, zumal der westliche, höchst flexibel auf unterschiedliche Krisensituationen reagiere, und es wäre eine ausufernde Diskussion, wie weit seine Flexibilität noch reichen werde. Man kann mit Slavoj Žižek von einer weitreichenden Kompetenz der Krisenbeherrschung des Kapitals im Zeichen diverser systemimmanenter Verteidigungsmechanismen ausgehen, man kann aber auch mit Paul Mason annehmen, daß das komplexe System des zeitgenössischen Kapitalismus angesichts der Herausforderungen der digitalen Revolution der Informationstechnologie an die Grenzen der Anpassungsfähigkeit gestoßen sei.

Oliver Nachtwey hat jüngst festgestellt, daß – nun auch in Deutschland – die »kollektive Angst vor dem sozialen Abstieg« die Psyche der Gesellschaft dominiere. Der Soziologe verweist auf die neue Situation der Bundesrepublik, in der der Wandel von einer Wohlstandsgesellschaft hin zu einer »Abstiegsgesellschaft« eingeleitet worden sei – ein Prozeß, der von zunehmender Armut und sozialer Ungleichheit geprägt werde. Nachtwey sieht – wie Benoist – ähnliche Muster für die bisherige allseitige Akzeptanz des Kapitalismus greifen: Breiten Schichten wurde durch steigende Löhne die Teilhabe am Massenkonsum ermöglicht, auch Arbeiterfamilien und die »untere Mittelschicht« konnten in (materiell) gesicherten Verhältnissen in die Zukunft schauen; der »Fahrstuhleffekt« (Ulrich

»In der Abstiegsgesellschaft sehen sich viele Menschen dauerhaft auf einer nach unten fahrenden Rolltreppe. Sie müssen nach oben laufen, um ihre Position überhaupt halten zu können.«

Oliver Nachtwey: *Abstiegsgesellschaft*, S. 165.

»Der Begriff ›Neoliberalismus‹ charakterisiert nicht einen Zustand, sondern einen Prozeß; die Beseitigung staatlichen und kommunalen Eigentums sowie von öffentlich-rechtlichen Regulierungen.«

Georg Fülberth: *Kapitalismus*, S. 110.

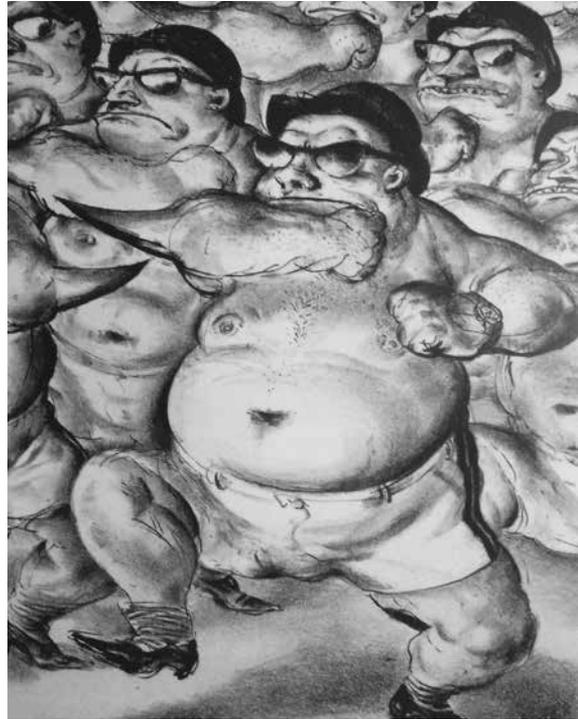
Beck) der Wachstumsgesellschaft brachte alle Typen – ob Arbeiter oder Unternehmer – zusammen nach oben. Die Klassenstruktur verschwand in der Folge nicht, aber sie wurde durch gemeinsamen Erfolg, durch gemeinsames Wachstum verdeckt und in ihrer Bedeutung geschmälert. Ab den 1970er Jahren kam es jedoch zur von Wolfgang Streeck als »Revolte des Kapitals« bezeichneten Gegenbewegung, deren Ziel es war, die soziale und demokratische Ummantelung des Kapitalismus – allgemein: die *Mixed economy* (»gelenkte Volkswirtschaft«) – von sich zu weisen. Es begann die »lange Wende zum Neoliberalismus« (Streeck), die heute – nach dem neoliberalen Umbau des (gewiß bürokratisch aufgeblähten) Sozialstaats – vollzogen ist und andauert: Nachtwey verweist darauf, daß Rudolf Hilferdings Vorhersagen aus dem Jahre 1910, wonach das Finanzkapital die Wirtschaft zunehmend dominieren und schließlich auch die Politik bestimmen werde, heute fröhliche Urständ feiert.

Mit der Entwicklung hin zu einer finanzmarktkapitalistischen Ordnung geht die Entdemokratisierung einher, die seit Colin Crouchs *Postdemokratie* (2008) als Entkernung des demokratischen Wesens verstanden werden muß: Die Menschen verlieren Einfluß auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse, während Konzerne und politische wie wirtschaftliche Eliten ihre hegemoniale Stellung ausbauen können. Neben der »Postdemokratie« kann indes auch »marktkonforme Demokratie« zur Beschreibung verwandt werden. Wahlen sind nicht abgeschafft, aber in ihrer Bedeutung stark eingeschränkt, da Lobbyisten (in Berlin kommen acht von ihnen auf einen Bundestagsabgeordneten) und andere Interessengruppen unmittelbaren Einfluß auf die politischen Entscheidungsträger gewonnen haben und über sie direkten Zugang zu den Zentralen der Macht erhalten.

Diese Entwicklung wäre für die kapitalistische Gesellschaft zu verkraften, wenn sie nicht mit einer anderen korrelierte, die die Abstiegsgesellschaft prägt: die wachsende monetäre Kluft zwischen »oben« und »unten« sowie der Überhang von spekulationsbedingten Gewinnen und Kapitalrenten. Während Reiche stetig ihren Wohlstand vermehren (zehn Prozent der Haushalte verfügen über 52 Prozent des deutschen Nettovermögens), stagniert die Entwicklung der breiten Mittelschichten, erodieren ihre Ränder und verlieren die Unterschichten an Perspektive.

Eines der tragenden Elemente der »alten« Bundesrepublik, die sogenannte untere Mittelschicht, hat – einer Bertelsmann-Studie von 2013 zufolge – seit 1997 um 15 Prozent abgenommen. Abstürze häufen sich, die Unsicherheit ist zum Normalzustand geworden. Diese Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg ist begründet, und sie ist auch darauf zurückzuführen, daß das »Normalarbeitsverhältnis« – die unbefristete, sozialversicherungspflichtige Anstellung – prozentual stetig abnimmt, während prekäre – zeitlich begrenzte, sozial schwächer abgesicherte – Beschäftigungsverhältnisse in vielen Bereichen der industriellen Dienstleistungsgesellschaft zur Normalität werden. Inzwischen arbeitet in Deutschland allein jeder Vierte im Niedriglohnsektor. Sebastian Dörfler und Julia Fritzsche weisen zudem darauf hin, daß eine halbe Million Menschen in Vollzeit arbeiten, aber dennoch die Grundversorgung wie Miete, Strom, Heizung und Krankenversicherung nicht mehr stemmen können und somit staatlicher Unterstützung bedürfen. Etwa 1,6 Millionen Kinder in Deutschland wachsen darüber hinaus in Familien auf, die über Hartz-IV-Leistungen abgesichert werden müssen.

Die Abstiegsgesellschaft reproduziert so (relative) Armut und Abhängigkeitsverhältnisse, die wiederum von Verächtern des Sozialstaats argumentativ ausgeschlachtet werden, obwohl ihre Ideologie des Neoliberalismus solche Strukturen erst geschaffen hat, indem einerseits alle potentiellen Sphären von Gewinn und Profit – u. a. die ehemals staatlich kontrollierten »Schlüsselindustrien« einer jeden Gesellschaft – privatisiert wurden, während man andererseits den Staat mit den Verwerfungen der kapitalistischen Konkurrenz- und Ellbogensgesellschaft allein läßt.



A. Paul Weber:
Ellenbogenstoßbrigade,
Lithographie, 1964

»Wenn aber große Unternehmen über unverhältnismäßige Macht verfügen – nicht nur darüber, was verkauft wird, sondern auch über die Regeln, die entscheiden, welche Verträge erlaubt und vor Gericht durchzusetzen sind –, dann haben die relativ Schwächeren schlicht keine Alternativen. Und in dem Augenblick, in dem der »freie Markt« keine realen Alternativen zuläßt, ist er nun mal nicht mehr frei.«

Robert B. Reich: »Land ohne Hoffnung?«, S. 60.

»Seinem Anspruch nach ist der Neoliberalismus jedoch totalitär, obwohl er stets Freiheit verspricht. Der Markt dient schließlich als Referenz für alle Lebensbereiche.«

Nachtwey: *Abstiegsgesellschaft*, S. 81.

»Mobilisierung erfordert Politisierung, aber Politisierung kann es nicht ohne konfliktvolle Darstellung der Welt mit gegnerischen Lagern geben, mit denen die Menschen sich identifizieren können.«

Chantal Mouffe: *Über das Politische*, S. 35.

»Während Marine Le Pen national und sozial sein möchte [...], gebärt sich die AfD national und konservativ-neoliberal.«

Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss!*, S. 296, Endnote 4.

»Natürlich gibt es ein Krisenbewußtsein – doch das ist heute seinem Wesen nach rechts.«

Klaus Lederer/Olaf Mielke: »Was kommt nach dem Protest?«, S. 100.

Das Grundübel dieser Ordnung ist freilich kein marktwirtschaftliches, sondern ein genuin kapitalistisches. Marx hatte in seiner Zeit zwar Marktwirtschaft und Kapitalismus sinngleich verstanden, aber die klügeren seiner heute lebenden Anhänger – darunter Sahra Wagenknecht – haben diese Ineinssetzung zum Ärger der letzten verbliebenen orthodoxen Linken revidiert: Denn dem Kapitalismus gelingt die Herausbildung von gefräßigen Monopolen und Oligopolen nur aufgrund einer Totaldurchdringung der Gesellschaft entlang seiner Rücksichtslosigkeit, während im Gegensatz dazu die Marktwirtschaft als eine zumindest potentiell soziale Wirtschaftsordnung auf Wettbewerb und offenen Markt nicht verzichten darf (beides sind ja Grundbedingungen der Marktwirtschaft), die Rendite aber mit den Rückwirkungen des Wirtschaftens auf den Mensch, den Raum und die Struktur auszupendeln hat, und zwar über eine wirtschaftsethische Erziehung ebenso wie durch gesetzliche Rahmensetzungen und eine drastische Beschneidung der rein finanzkapitalistischen Erträge. Denn die höchsten Einkommen, die derzeit bezogen werden, resultieren – worauf etwa Wagenknecht in *Reichtum ohne Gier* hinweist – aus ebendiesen leistungslosen Erträgen aus Kapitaleigentum. Das konzentriert sich indes in wenigen Händen.

Die Art kapitalistischer Gesellschaft, in der wir leben, ist schließlich dort erreicht (und somit verläßt man die rein marktwirtschaftlich-ökonomische Ebene), wo die kapitalistische Wirtschaftsweise kein Subsystem ist, »sondern das die gesamte Gesellschaft beherrschende Prinzip«, wie Georg Fülberth zusammenfaßt. Hier, in der kapitalistischen, nicht der marktwirtschaftlichen Gesellschaft, ist schlichtweg *alles* eine Ware, das gesamte Leben in den Bedeutungszusammenhang der kapitalistischen Logik gestellt – und »alles« schließt natürlich auch den Menschen ein, der sich als Arbeitskraft »anbietet«, mithin als Ware präsentiert, während noch die letzten Refugien seines Alltags »kommodifiziert« werden. Das Freiheitsversprechen des modernen Liberalismus als solches ist somit letztlich Betrug, und Freiheit, die den Zwängen der alles umfassenden neoliberalen Doktrin unterliegt, keine substantielle Freiheit.

Man unterliegt keinem optimistischen Fehlschluß, wenn man konstatiert, daß solcherlei Ansichten sich zunehmender Verbreitung erfreuen. Das Unbehagen ob der sozioökonomischen Zustände, der Arbeitsbedingungen immer größerer Kreise, der wirtschaftlichen Kluft: es wächst. Vor allem schwillt es an in Süd- und Westeuropa, wo relative ökonomische und institutionelle Stabilität, wie sie nach wie vor für Deutschland gilt, nur eine bloße Chimäre ist. Der Protest kam zuallererst – weil Antikapitalismus nach wie vor häufig eine linke Domäne ist – von linksorientierten Gruppen. In Griechenland reüssierten die »Koalition der radikalen Linken«, Syriza, und ihre Vorfeld-Strukturen, in Frankreich außerparlamentarische Initiativen, in Spanien zunächst die Bewegung der Indignados (»Empörte«), die dann wiederum die Partei Podemos (»Wir können«) formierten. Der linke Forscher Wolfgang Kraushaar sprach bei diesen Protesterscheinungen, die ihre Glanzzeit von 2011 bis 2015 erlebten, von einem »Aufruhr der Ausgebildeten«. An der urbanen, akademischen Herkunft dieser Revolte kann denn auch kein Zweifel bestehen. Bei Podemos sticht bis heute zudem der an Chantal Mouffe und Ernesto Laclau geschulte »progressive Populismus« durch, der die Rechts-Links-Dichotomie beiseite schiebt, um die Spaltung in »oben« und »unten« (respektive »Eliten« und »Volk«/»populäre Klassen«) fruchtbar zu machen.

All diesen politischen Krisenprodukten des europäischen Südens ist gemein, daß sie ihren Antrieb aus den Verwerfungen der kapitalistischen Ordnung bezogen und – wie auch kleinere, rechtsstehende Formationen in Südeuropa (ob Hogar Social in Spanien oder CasaPound in Italien) – überall dort aktiv und sogleich erfolgreich wurden, wo der klassische Sozialstaat sich zurückzog oder gar nicht erst zum Zuge kam. Die manifeste Legitimationskrise des Kapitalismus war also der Motor für die Revolte; eine Legitimationskrise, die erst nach und nach auch in Deutschland spürbar wird, wenn der Sozialstaat an den Grundzügen einer angemessenen Verteilungsgerechtigkeit scheitert. In Deutschland ist indessen mit einer Dynamik zu rechnen, die weder in Italien noch in Spanien denkbar war, wo die soziale Frage stets alles überlappte. Denn in der Bundesrepublik wird die an Bedeutung stark zunehmende soziale Frage auf die bereits vorhandene »nationale Frage« in Form von Massenzuwanderung und Migrationskrise

75 × Sezession – eine Chronik

2002 Ein Förderer des drei Jahre zuvor gegründeten Instituts für Staatspolitik (IfS) stellt Ende des Jahres einen Betrag zur Verfügung, Ziel: Aufbau einer metapolitischen Theoriezeitschrift; Titelvorschläge: Zitadelle, Räson, Sezession. Redaktion: Karlheinz Weißmann, Götz Kubitschek, Wolfgang Dvorak-Stocker, später ergänzt um Ellen Kositzka und Erik Lehnert.



2003 Heft 1 (April) zum Thema »Krieg« geht als »Probeheft« an 3500 potentielle Leser, der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld ist mit einem Grundlagenbeitrag und einem Interview vertreten, ferner auch Brigadegeneral a.D. Erich Vad; bis zur zweiten Ausgabe (Juli) abonnieren 800 Leser und sichern so das Erscheinen des inoffiziellen *Criticón*-Nachfolgeorgans; »Die selbstgestellte Aufgabe der *Sezession* läßt sich auch als Entpudlung des Kerns definieren.« (*Criticón*-Gründer Caspar v. Schrenck-Notzing), »Wir wollen weg von Beliebigkeit und Zufall« (*Sezession*-Chefredakteur Kubitschek). – Das Themenheft »Rechts« (*Sezession* 3, Oktober) mit Beiträgen von Till Kinzel, Roger Scruton und Eberhard Straub ist rasch vergriffen; bereits hier setzt der offene »Diskurs« mit anderen Milieus ein: Ein abgedruckter Briefwechsel mit dem libertären Verleger André F. Lichtschlag steht hierfür sinnbildlich.

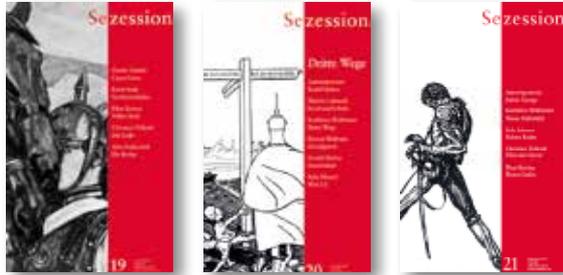


2004 Zu Jahresbeginn begrüßt man den 1000. Abonnenten. Vier Ausgaben der *Sezession* erscheinen, darunter die Themenhefte »Links« (*Sezession* 5) und »Identität« (*Sezession* 7); außerdem bereits in diesem Jahrgang (*Sezession* 4) ein Aufsatz über Angela Merkel als Totengräberin der Union (und potentiell ganz Deutschlands).

2005 Das IfS engagiert sich gegen die einseitige Propagierung des 8. Mai als Jahrestag der »Befreiung«; folgende Presseberichte führen zur Kündigung der Bankkonten auch bei der *Sezession*, ein durch Denunziationen verursachtes Problem, das bis heute wiederkehrt; außerdem: Themenhefte »1945« (*Sezession* 9, vergriffen, nachgedruckt, vergriffen) und »Religion« (*Sezession* 11); zudem: Sonderheft zum 125. Geburtstag Oswald Spenglers.



2009 Themenhefte »Konrad Lorenz« (*Sezession* 28), »Elite« (*Sezession* 30) und »Deutschland« (*Sezession* 32); im Februar endlich Start des Online-Tagebuchs sezession.de, das heute zu den meistbesuchten Internetseiten jenseits des politischen Mainstreams zählt.



2010 Themenhefte »Faschismus« (*Sezession* 34), »Sexpolitik« (*Sezession* 36), »Konservativ« (*Sezession* 38); ferner im Oktober das rasch ausverkaufte Sonderheft »Sarrazin lesen« (Auflage: 3000 Stück), das den Bestseller *Deutschland schafft sich ab* bewertet und einordnet und die Fragen einer Tendenzwende eruiert: Was ist machbar? – Was ist sagbar? – Wo stehen wir? – Wohin wollen wir? – Im Herbst erscheint *Sezession* 38 mit den Vorträgen des ersten Staatspolitischen Kongresses aus Anlaß des zehnjährigen IfS-Jubiläums, zusätzlich beschreibt Martin Lichtmesz die wegweisenden rechten Zeitschriften *Criticón* und *Staatsbriefe* sowie die frühe *Junge Freiheit*, deren Vorzüge die *Sezession* mittlerweile in sich vereint. – Der 2000. Abonnent ist an Bord.



2006 Kubitscheks Schlüsseltext der deutschsprachigen Neuen Rechten erscheint in der zwölften *Sezession* (»Provokation!«); die Themenhefte »Multikulturalismus« (*Sezession* 13) und »Jugend« (*Sezession* 15) sorgen für den 1500. Abonnenten.

2007 Mit der 16. *Sezession* wird von der vierteljährlichen auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise umgestellt: drei Themen-, drei offene Hefte jährlich. Steigende Abozahlen bestätigen den neuen Turnus. – Themenhefte: »Mircea Eliade« (*Sezession* 16), »Christentum« (*Sezession* 18) und »Dritte Wege« (*Sezession* 20); Beginn der Analyse des tagespolitisch dramatisch an Bedeutung zunehmenden Themas »Rassismus gegen Deutsche« und »Ausländergewalt«.

2008 Themenhefte »Ernst Jünger« (*Sezession* 22), »Masse« (*Sezession* 24) und »Europa« (*Sezession* 26); im März Präsentation der Zeitschrift und des herausgebenden Instituts auf der Leipziger Buchmesse.



2011 *Sezession* 40 beleuchtet den Islam als Religion, politisches Modell und »Dschihad-System« sowie sein Spannungsverhältnis zum Christentum. – *Sezession* 42 widmet sich ganz dem Leben und Werk Carl Schmitts; u.a. Thor v. Waldstein, Alain de Benoist und Günter Maschke analysieren die Aktualität des politischen Philosophen und Vordenkers des deut-



2012 Zum Erscheinen der 50. *Sezession* (»Stil und Form«) findet erstmals die konservative Messe »zwischentag« in Berlin statt; *Junge-Freiheit*-Herausgeber Dieter Stein unterstreicht: »Eigenwillig und in ihrer kühlen, schlichten Ästhetik herausfordernd, ragt *Sezession* aus der publizistischen Einöde der Nation wie ein eiserner Monolith empor.« – In seinem Beitrag »Identitär« (*Sezession* 51) beleuchtet Martin Lichtmesz erstmals in Deutschland das allmählich aufkommende Phänomen der Identitären Bewegung.



schen Konservatismus. – Vortragstexte der IfS-Sommerakademie »Konservative Revolution« erscheinen in *Sezession* 44, u.a. von den Professoren Steffen Dietzsch, Michael Stahl und Harald Seubert. – Über die Ausgaben 45 bis 47 der *Sezession* hinweg führen Siegfried Gerlich, Thorsten Hinz, Stefan Scheil und Thor v. Waldstein eine intensive Debatte über Leben und Werk des Historikers Ernst Nolte; Anlaß sind dessen letzte Veröffentlichungen *Italienische Schriften* und *Späte Reflexionen*, in denen er seinen Ansatz einer Relativierung deutscher Schuld-Singularität mittels historischer Einordnung vorantreibt.

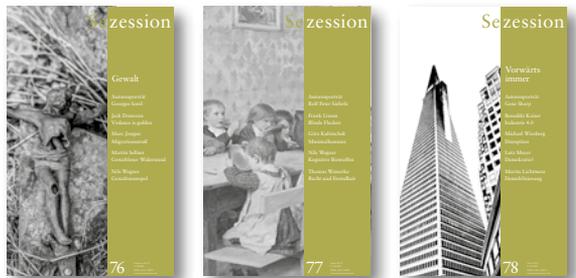
2013 Der renommierte französische Schriftsteller Richard Millet schreibt für *Sezession* 52, nachdem er wegen einer medial bewußt falsch gedeuteten Auseinandersetzung mit dem norwegischen Massenmörder Anders Breivik geächtet worden ist. – Götz Kubitschek eröffnet mit »Wir selbst, das Wesentliche und das Magnetische« eine Auseinandersetzung über Perspektiven und Möglichkeiten eines rechten

Standpunkts, in die bis Ausgabe 55 Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann einsteigen – sie markiert den Anfang vom Ende der Mitarbeit Weißmanns an IfS und *Sezession*, das mit seinem Austritt aus Institut und Redaktion am 24. April 2014 besiegelt wird. – Der französische Historiker und Rechtsintellektuelle Dominique Venner erschießt sich am 21. Mai in der Kathedrale Notre-Dame de Paris; das letzte Interview seines Lebens hat er eine Woche zuvor der *Sezession* gegeben, es erscheint in Heft 54.



scheint das Sonderheft »PEGIDA« mit Rückblicken, Prognosen und Analysen zum deutschen Bürgerprotest. – Inzwischen wissen 2500 Abonnenten die *Sezession* zu schätzen.

2016 Das Themenheft »Widerstand« (*Sezession* 70) mit den Vortragstexten der IfS-Winterakademie ist binnen dreier Wochen ausverkauft; das auratische Titelbild (Kämpferin des ungarischen Volksaufstands 1956) sorgt bis heute für interessierte Nachfragen, und zwar nicht nur unter den mittlerweile 3000 Abonnenten. – Das Jahr 2016 ist auch eines intensiver Medienpräsenz: Über die *Sezession* und ihren Ein-



2014 Hundert Jahre nach 1914 widmet sich *Sezession* 58 eingehend dem Ersten Weltkrieg sowie seiner aktuellen Bedeutung: Unmittelbar zuvor ist Christopher Clarks revolutionäre Neubetrachtung *Die Schlafwandler* im englischen Original erschienen.

2015 Das Themenheft »Heidegger« (*Sezession* 64) wird aufgrund der großen Nachfrage als erstes Heft seit der Ausgabe 9 (»1945«) in einer zweiten Auflage nachgedruckt; zeitgleich er-

fluß auf PEGIDA, AfD, Identitäre Bewegung und andere Widerstandsprojekte erscheinen dutzende fragende und ratlose Artikel. – Im Dezember erscheint die vorliegende 75. *Sezession*; aus diesem Anlaß findet bereits im November ein Kongreß mit dem ehemaligen litauischen Präsidentenberater Algis Klimaitis und 150 Autoren, Freunden und Lesern der Zeitschrift statt. ■

stoßen. Und genau hier versagt nun die Linke, die für beide Komplexe keine »plausiblen Visionen und mobilisierenden Utopien« (Nachtwey) mehr vorweisen kann. Dies ist die Stunde der politischen Rechten.

Zählt man die Alternative für Deutschland (AfD) nun zu dieser Rechten, dann liegt es wesentlich auch an ihr, ob die Gunst der Stunde genutzt werden kann. Zwar ist die »Partei des gesunden Menschenverstandes«, als die sie sich präsentiert, »von vornherein theorieschwach, nicht-ideell« und wirkt »als Anreicherungsbecken für den arbeitenden, staatstragenden, pragmatischen Bürger«, wie Götz Kubitschek formulierte. Doch diese Feststellung über ihre Mitgliedschaft muß um die Tatsache ihrer Wählerstruktur ergänzt werden, da die AfD mittlerweile die Wahlpartei der unteren und mittleren Schichten, der »populären Klassen« geworden ist. Zunächst ist dies sicherlich ein wahltechnischer Sachverhalt, der aus Protest und Unzufriedenheit mit dem Kartell der Etablierten erfolgte und solcherart weniger inhaltlich begründet war. Denn die Bundespartei ist unter Frauke Petry einstweilen im alles umfassenden Gedankengebäude des Neoliberalismus gefangen; Neumitglieder wie der liberalkapitalistische Transatlantiker Nicolaus Fest dürften diese Bindung verstärken.

Im AfD-Programm wird beispielsweise viel Freiheit für den Markt und möglichst wenig Spielraum für den Staat gewünscht. Man fordert die Abschaffung der Vermögensteuer und predigt Paul Kirchhofs Steuermodell, nach dem für Durchschnittsverdiener der Mittelschicht derselbe Spitzensteuersatz von 25 Prozent wie für Millionäre gelten würde. Dieses FDP-orientierte Wirtschafts- und Sozialprogramm widerspricht nachweislich den Intentionen breiter Wählerschichten, die der AfD aus Protest wie auch aufgrund ihrer sozialorientierten Wahlkampfeslogans ihre Stimmen geben. Will man sich nicht des Etikettenschwindels schuldig machen, muß daher eine fundamentale sozialpolitische Abwendung vom herrschenden Neoliberalismus erfolgen, und das heißt konkret: Die politische Rechte (mit der AfD als Wahlpartei) muß die soziale Frage wiederentdecken.

Dabei ist diese vor allem eine Frage der Solidarität, wobei letztere immer eine vorhandene (keine imaginierte) Gemeinschaft voraussetzt, die solidarisch handeln kann. Solidarität ist dabei anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten. Solidarität braucht daher gerade auch angesichts der kapitalistischen Verwerfungen Grenzen, und die bundesdeutsche Linke, die die soziale Frage bis dato als ihre Domäne verstehen durfte, begreift angesichts der Gesamtlage 2016 nicht, daß sie mit ihrer Forderung nach ebenjenen offenen Grenzen die Grundlage praktischer Solidarität untergräbt. Mit ihrer »Grenzen-auf-für-alle«-Rhetorik verläßt sie den realen Handlungsraum zugunsten einer bizarren Utopie der *Borderless world*. Die Ausblendung der Lebensrealität der Mehrzahl der Menschen zugunsten eines ideologischen Traums des »Ohne-Grenzismus« (Régis Debray) bietet sich wiederum an als Angriffspunkt für eine authentische Rechte, welche sich die soziale Frage aneignet. Da soziale Solidarität regionales, nationales oder europäisches Zusammenhörigkeitsgefühl erfordert, die Linke aber in der Dauerkrise Deutschlands und der Europäischen Union nichts davon aufweist, ist die historische Chance gekommen, die Herausforderung der sozialen Frage anzunehmen und der Linken neben der nationalen Frage – in Form realistischer Zuwanderungspolitik, gesunden Heimatempfindens usw. – auch noch diese endgültig zu nehmen. Dann bleibt links nichts als die Propagierung gesellschaftspolitischer Experimente im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Verpaßt die Linke also die Gelegenheit, die Legitimationskrise der »marktkonformen Demokratie« zu ihrer eigenen *Renovatio* zu nutzen, während eine erneuerte Rechte soziale Programmatik adaptiert und neue Resonanzräume schafft, werden noch mehr Menschen als bisher zeigen, daß es möglich ist, daß aus Linken Rechte werden.

Liest man nun Didier Eribons – 2009 geschriebenes, aber erst 2016 ins Deutsche übertragene – Dokumentarwerk *Rückkehr nach Reims* als Offenbarungseid über den linken Verlust der populären Klassen, interpretiert man im gleichen Zug die Hinwendung vieler Franzosen zum Front National »zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten« (Eribon), dann wächst die Hoffnung auf eine sozial aufgestellte deutsche Neue Rechte. So könnte Frankreich sich auch hier im Sinne Armin Mohlers als politisches Laboratorium erweisen, dessen Erfahrungen wenige Jahre später in anderen europäischen Ländern nacherlebt werden. ■

Literaturhinweise:

Alain de Benoist: »La fin du capitalisme«, in: *éléments* 162 (September/Oktober 2016), S. 3;

Régis Debray: *Lob der Grenzen*, Hamburg 2016;

Sebastian Dörfler/Julia Fritzsche: »Die Verachtung der Armen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2016, S. 73–80;

Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016;

Georg Fülberth: *Kapitalismus*, 3. Aufl., Köln 2015;

Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015;

Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Bonn 2016;

Götz Kubitschek: *Die Spurbreite des schmalen Grats*, Schnellroda 2016;

Klaus Lederer/Olaf Mimić: »Was kommt nach dem Protest?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2016, S. 97–104;

Paul Mason: *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*, Berlin 2016;

Chantal Mouffe: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2015;

Oliver Nachtwey: *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin 2016;

Robert B. Reich: »Land ohne Hoffnung?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2016, S. 51–62;

Sahra Wagenknecht: *Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten*, Frankfurt a.M. 2016.

Trump und die Zuspitzung der Lage

von Martin Lichtmesz

Am Abend des 9. November 2016 wurde ich gefragt, was ich über den Wahlsieg Donald Trumps dachte. Ich antwortete, daß ich seit »9/11« nicht mehr so gute Laune hatte wie heute. Ein makabrer, nur halb ernst gemeinter Witz, den ich mir nicht verbeißen konnte, und der im Grunde keiner war. Gewiß: Auch ich war zunächst schockiert vom Katastrophenkino-Anblick der einstürzenden Wolkenkratzer. Aber schon bald fühlte ich jene seltsame apokalyptische Heiterkeit in mir aufsteigen, von der Peter Sloterdijk in seinem Buch *Zorn und Zeit* spricht. Mir schien es, als ob an diesem Tag ein längst fälliger Scheck der »Weltbank des Zorns« eingelöst würde, als hätten die Vereinigten Staaten von Amerika, die ich als großen Schurken und globalen Brandstifter betrachtete, endlich zumindest einen Bruchteil dessen zurückgezahlt bekommen, was sie anderen Ländern angetan hatten. Die »babylonischen Türme des Globalismus« (Hans-Dietrich Sander) stürzten ein, der allmächtige, unbesiegbare Riese war also doch verwundbar. Die USA erschienen mir als die Verkörperung eines totalitären Kapitalismus, der Nationalstaaten und Kulturen vernichtet und nivelliert, der alle traditionellen Zügel und Bindungen zerstört, die sich seiner hemmungslosen, krebsartigen Ausbreitung in den Weg stellen.

Fünfzehn Jahre später haben sich meine Ansichten modifiziert; ich bin inzwischen überzeugt, daß »9/11« in Wahrheit ein *Inside job* war, und ich mache heute einen Unterschied zwischen dem US-amerikanischen Volk und seiner Nation einerseits und andererseits den globalistischen Mächten, die sie als Operationsbasis benutzen. Trump ist wie eine Rakete in ihre Türme gesaust, und sein überraschender Sieg hat gezeigt, daß auch sie verwundbar sind.

Einen empfindlichen Schlag hat insbesondere die Medienmacht erhalten: Etwa 90 Prozent der US-amerikanischen Medien, inklusive der »konservativen«, stellten sich auf beispiellose Weise gegen Trump und versuchten, einen Wahlsieg Hillary Clintons regelrecht zu erzwingen. Im nachhinein sieht es so aus, als sei es die Exzessivität dieser Parteilichkeit gewesen, die das Gegenteil dessen bewirkte, was sie eigentlich hätte bewirken sollen. Trump wurde *ad nauseam* mit »Hitler« verglichen, während die auch unter Linken eher unbeliebte, teilweise verhaßte Clinton vergleichsweise geschont wurde. Massiven Boykott gegen Trump gab es selbst seitens der Republikaner, womit sich das politische Establishment als ein Klüngel entlarvte, der zusammensteht, wenn Außenseiter seine Macht bedrohen. Daß Trump dazu imstande war, hatte zur Voraussetzung, daß er schwerreich und ein mit allen Wassern des Showbiz gewaschener Prominenter ist, in vielerlei Hinsicht eine perfekte Verkörperung der von Guy Debord beschriebenen »Gesellschaft des Spektakels«.

Bereits eine Woche vor der Wahl schrieb der linke Journalist Ken Silverstein, ein ausgesprochener Verächter beider Präsidentschaftskandidaten (er betrachtet die USA als Oligarchie, in der der Begriff Demokratie so gut wie sinnlos geworden sei), im *New York Observer*, daß die Journali-

»Sie mögen mittellos, sie mögen obdachlos sein, sie mögen sich verarscht vorkommen und abgefickt sein, das ist alles egal, denn an diesem Tag sind alle gleich – die Stimme eines Millionärs zählt genauso viel wie die eines Menschen ohne Job: als eine einzige. [...] Sie sehen, daß die Eliten, die ihr Leben ruiniert haben, Trump hassen. Das Amerika der Konzerne haßt Trump. Die Wall Street haßt Trump. Die Karrierepolitiker hassen Trump. Die Medien hassen Trump, nachdem sie ihn geliebt und geschaffen haben und nun hassen. Danke, Medien: Der Feind meines Feindes ist derjenige, den ich am 8. November wählen werde.

[...] Die Wahl Trumps wird zum größten »Fuck You!« in den Annalen der Menschheitsgeschichte werden, und es wird sich gut anfühlen.«

Michael Moore:
Trumpland.

sten des Landes die »größten Verlierer« der Wahlen seien. Sie hätten durch ihre unkritische Unterstützung Clintons ihren gesamten Berufsstand diskreditiert: »Wir brauchen dringend bessere Medien, denn in diesem Wahlkampf wurden Trumps Wähler nicht verstanden und die Themen, für die er eintrat, pauschal als abwegig verworfen, sogar in Fällen, in denen ihm viele – in der Tat die meisten – Amerikaner wahrscheinlich beipflichten würden.« Nach der Wahl brachte es der britische Satiriker Tom Walker alias »Jonathan Pie« in einem weit verbreiteten Video auf den Punkt: »Die Linke ist an diesem Resultat schuld, denn die Linke hat entschieden, daß jede abweichende Meinung oder jede abweichende Weltanschauung inakzeptabel ist. Wir debattieren nicht mehr, denn wir haben den Kulturkampf gewonnen. Wer rechts steht, gilt als Freak, als Rassist, als Dummkopf, gehört in den ›Korb der Erbärmlichen‹. Glaubt ihr ernsthaft, die Leute werden euch wählen, wenn ihr so mit ihnen redet?« Walker spielte hier auf Clintons Ausspruch an, die Hälfte der Anhänger Trumps sitze in eben diesem *Basket of deplorables* und sei »rassistisch, sexistisch, homophob, fremdenfeindlich, islamophob«. Trumps wachsende Popularität basierte nicht zuletzt darauf, daß er diese Litanei hartnäckig ignorierte oder schlagfertig der Lächerlichkeit preisgab. Im Amerika der von George Soros gesponserten »Black-Lives-Matter«-Bewegung, die die schwarze gegen die weiße Bevölkerung aufhetzt, und der immer schriller werdenden Aktivitäten der »Social Justice Warriors« ist die politische Korrektheit allerdings auch bis zu einem Grad strapaziert worden, der für viele Amerikaner unerträglich geworden ist. In einer per Ideologie auf den Kopf gestellten, »postfaktischen« Welt voller Narren ist Trump der Clown, der die Wahrheit sagt.

Auf den nationalen Zornbanken hatte sich also einiges Kapital angesammelt. »Political Correctness hat nichts mit dem Versuch zu tun, Minderheiten zu schützen, es sei denn in ihrer Eigenschaft als Rammbock gegen die Interessen der Mehrheit«, schrieb Manfred Kleine-Hartlage auf seinem Blog *korrektheiten.com*. »Sie dient dazu, die ideologische Konformität der Eliten zu wahren und oppositionellen Sichtweisen und Interessen von vornherein die Artikulations- und Wirkungsmöglichkeiten zu verbauen. Sie ist eine Waffe, die sich gegen das Volk richtet, und genau dies hat das amerikanische Volk verstanden und die Konsequenzen gezogen. Auf diesen Effekt hat Trump gesetzt. Sein Kalkül war riskant, aber dank der unfreiwilligen Mithilfe der Medien erfolgreich.« Der Widerstand kam überwiegend aus dem ebenso großen wie von den Eliten ignorierten Territorium des *Flyover America* zwischen Ost- und Westküste, während Clinton vor allem in den urbanen Ballungszentren punktete. Auch linke Seiten wie *jacobinmag.com* gaben zu, daß die wahlentscheidende weiße Arbeiterklasse von den Demokraten schon lange im Stich gelassen worden sei, eine Frustration, die durch deren offensives Werben um die Stimmen ethnischer und sexueller Minderheiten noch verschärft wird. Trumps Attacken gegen Globalismus und Freihandel und sein Versprechen, die nationale Wirtschaft wieder anzukurbeln und das *Outsourcing* der Industrie zu stoppen und rückgängig zu machen, fiel hier verständlicherweise auf fruchtbaren Boden. Damit stand für die Linke nach der Wahl wieder einmal, per selbsterfüllender Prophezeiung der übliche Sündenbock fest: der »heterosexuelle, weiße Mann«, der als »Sexist« und »Rassist« diffamiert wird, sobald er sich nicht der politisch korrekten Identitätspolitik unterwirft.

Obwohl Trump auch eine beträchtliche Zahl von Schwarzen und Hispanics für sich gewinnen konnte, verdankt sich sein Erfolg zum Teil gewiß einem impliziten *Whitelash* wider die Politik der *Diversity*, die den demographischen Rückgang der weißen Bevölkerung noch zu beschleunigen versucht. Auch hier ist ein »Großer Austausch« im Gange, der den Auszutauschenden langsam unheimlich wird. Das erkannte auch Tobias Rapp, einer der wenigen halbwegs klugen Kommentatoren des *Spiegel* (46/2016): »Im Einwanderungsland USA zeichnet sich das Ende der weißen Vorherrschaft ab, in vielen Städten gibt es keine weiße Mehrheit mehr. Auch in Europa vollzieht sich dieser demographische Wandel. Daß dieser Abschied konfliktfrei ablaufen würde, davon war nicht auszugehen. Die Menschheitsgeschichte lief noch nie anders. Dummerweise stecken wir mittendrin.« In diese Richtung weisende Untertöne und Subtexte genügten bereits, daß linke und farbige Kommentatoren Trump jenseits jeglicher faktischen Evidenz und jedes vernünftigen Maßstabs als »weißen

»Die Leute wollen Veränderung und haben die Nase voll vom Establishment. [...] Wenn Trump gewinnt, wird das ein erstaunlicher Moment der Veränderung sein, denn es würde die Machtstruktur der republikanischen Partei, der demokratischen Partei und die Macht der Medien zerstören. Es wäre ein unglaublicher Ausbruch an Energie in einer Zeit internationaler Spannungen und Krisen.«

Camille Paglia auf dem Seminar »Battle of Ideas« in London, 22. Oktober 2016.

»Wer gegen TTIP ist, mußte Trump wählen. Wer gegen die weitere Entmachtung demokratisch legitimierter Politik zugunsten supranationaler Strukturen ist, mußte Trump wählen. Wer gegen Masseneinwanderung ist (weil er ihre Folgen zu spüren bekommt), mußte Trump wählen. Wer gegen die weitere Eskalation des Konflikts mit Rußland ist, mußte Trump wählen. Wer gegen die systematische Destabilisierung islamischer Länder, etwa Syriens, ist, mußte Trump wählen. Und wer gegen ein Establishment ist, das diesen seinen wahnwitzigen weltweiten Destabilisierungs- und Destruktionskurs gegen jede Kritik abschottet und daher zu einer Selbstkorrektur offensichtlich außerstande ist, mußte erst recht Trump wählen.«

Manfred Kleine-Hartlage: »Trump's Triumph – Das Waterloo des Machtkartells«, *korrektheiten.com* vom 14. November 2016.

Nationalisten« titulierten, was echte *White nationalists* wie Jared Taylor oder Greg Johnson entschieden zurückweisen. Weiße, die für ihre Interessen stimmen, gelten eben schon per se als »Rassisten«, im Gegensatz zu Schwarzen, die dasselbe tun.

Der demographische Abstieg der Noch-Mehrheitsbevölkerung ist nicht die einzige Parallele zwischen den USA und Europa. Was dort die *Deplorables* sind, die »Erbärmlichen«, ist in Deutschland das »Pack«, und auch die hiesige Presse steht mitsamt den politischen Eliten, die sie stützt, der amerikanischen an Arroganz, Bevormundungseifer und Hohn über die »Abgehängten« nicht nach. Dementsprechend fielen ihre Reaktionen auf Trumps Sieg aus. Der *Spiegel* zeigte auf seinem Titel nach der Wahl Trump als riesigen Kometen, der auf einen winzigen Erdball zurast: »Das Ende der Welt (wie wir sie kennen)«. Kommentatoren überboten sich im kopflosen Fabulieren und riefen hysterisch das Ende des »Westens«, der »Aufklärung«, der »liberalen, amerikanischen Moderne«, der »Demokratie« oder des »Feminismus« aus und sahen einen neuen Faschismus heraufziehen. An derartigem Heulen und Zähneknirschen konnte man sich noch Tage nach der Wahl ergötzen.

YouTube füllte sich mit Video-Kompilationen von weinenden und ausrastenden *Liberals*, die sich hemmungslos der infantilen Regression hingaben. Um so größer war die Freude auf der anderen Seite des Ufers: »Eure Welt stürzt ein, unsere entsteht«, twitterte etwa Florian Phillipot, Vizevorsitzender des Front National, und Roger Köppel bejubelte das Wahlergebnis in der *Weltwoche* als »politisches Wunder«, »demokratische Revolution« und »Befreiungsschlag, noch unwahrscheinlicher und daher größer als der Brexit«. Das »hochmütige Kartell«, das Trump bekämpfte, »erlebt seine schwerste Niederlage.« Es bestehen gute Chancen, daß dieser Sieg auf Europa ausstrahlen und auch hier vergleichbare Umwälzungen vorantreiben wird. Das österreichische *Profil* sprach gar von einer »Rechtsrevolution«, und in der Tat läßt sich Trumps Präsidentschaft durchaus als populistischer Rechtsruck über die bisher in den USA üblichen Grenzen hinaus deuten. Nicht nur hat Trump Steve Bannon, den ehemaligen Geschäftsführer des rechten Netzmagazins *Breitbart*, zu seinem ranghöchsten Berater ernannt, im Zuge des Wahlkampftrubels wurden auch Publikum und Bekanntheitsgrad der sogenannten »AltRight«-Szene und verwandter »Stars« wie Stefan Molyneux, Milo Yiannopoulos oder Gavin McInnes erheblich erweitert. Das von Köppel angesprochene »Kartell« entspricht im wesentlichen jenen kosmopolitisch orientierten Eliten, denen der Historiker Christopher Lasch in den neunziger Jahren vorwarf, sich immer weiter von der Lebenswelt der »gewöhnlichen Menschen«, der Arbeiter, Landwirte und der Mittelschicht zu entfernen. Am 31. Oktober bemerkte Thomas Frank im britischen *Guardian*, daß die von Wikileaks gehackten E-Mails von Clintons Wahlkampfleiter John Podesta die ganze Abgehobenheit und Überheblichkeit dieser Schicht deutlich entlarven würden: »Sie sind die bequeme und gut ausgebildete Stütze unserer modernen Demokratischen Partei. Sie sind auch die Granden unserer nationalen Medien; die Architekten unserer Software; die Designer unserer Straßen; die hohen Funktionäre unseres Bankensystems; kein Plan, der nicht auf ihr Konto geht, sei es, um das Sozialversicherungssystem in Ordnung zu bringen oder um für die Feinabstimmung von ferngesteuerten Präzisionsbombardements im Nahen Osten zu sorgen. Sie halten sich weniger für eine Klasse als für Erleuchtete, für Leute, vor denen man sich rechtfertigen muß, die selbst aber niemandem eine Rechenschaft schuldig sind.« Diese Leute, ein nepotistisches, mafioses Netzwerk aus Reichen und Superreichen, aus Elite-Akademikern, -Managern, -Lobbyisten, -Karrieristen und -Bänkern, »leben wahrhaftig in einer sehr anderen Welt als der Rest von uns.«

Man erkennt hier auch unschwer die postdemokratische »Herrschaft der Manager« wieder, die James Burnham bereits in den vierziger Jahren voraussah. Der amerikanische Blogger The Cercle Rouge sieht im Zusammenbruch und der Infragestellung dieser Managerherrschaft das wesentliche Thema von Trumps Aufstieg. Zu ihr gehört der Glaube, daß sich die Übel der Welt durch ein entsprechendes Regierungsmanagement und passende Gesetzgebung beheben lassen. Wirtschaftliche Probleme werden durch Geldschöpfung, soziale wie »Rassismus, Homophobie und Sexismus« durch die Flutung der Kultur mit positiven Botschaften über Vielfalt

»Es riecht nach Revolution, es riecht nach Bürgerkriegen allüberall ... Das Pendel schlägt zurück. Wir gehen rechten Zeiten entgegen. [...] Wenn Globalisierung heißt, daß die Staaten zerfallen, daß die Völker entwurzelt und aufgelöst und die Kulturen verramscht werden, dann spucken wir auf sie. Wenn Globalisierung heißt, daß der Planet in die graue Tristesse der Diversity getaucht wird, dann pfeifen wir auf sie. *Let's make the people, let's make the nations great again!*«

Michael Klonovsky:
Acta diurna vom
8. November 2016.

»Die Denationalisierung von wirtschaftlichen Unternehmungen geht mit der Herausbildung einer Klasse von Kosmopoliten einher, die sich selbst als »Weltbürger verstehen, ohne jedoch auch nur einen geringen Teil der Verpflichtungen zu übernehmen, die normalerweise mit der Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen verbunden sind.«

[...]

»Wenn sie mit Widerstand gegen diese Initiativen konfrontiert sind, legen sie den giftigsprühenden Haß an den Tag, der unter der Oberfläche der wohlwollenden Obere-Mittelschicht-Einstellung liegt. Angesichts von Opposition vergessen Streiter für die humanitäre Sache die liberalen Tugenden, die sie zu verfechten glauben. Sie werden gereizt, selbstgerecht und intolerant.«

Christopher Lasch:
Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung,
Hamburg 1995.

und Toleranz beseitigt; Nationen, die sich nicht der amerikanischen Hegemonie unterwerfen wollen, werden durch wirtschaftliche Sanktionen und militärische Interventionen gefügig gemacht. Aber »eine Wirtschaft, die auf schrankenlosem Kredit und gedrucktem Geld basiert, kann nicht überleben. Eine Gesellschaft, die keine gemeinsame Kultur und Sprache, keine gemeinsamen Werte und Traditionen hat, ist eine Gesellschaft, die überhaupt keine Kultur hat. Ein Land, das sich mit allen anlegt, die sich seiner unangefochtenen Hegemonie nicht beugen wollen, wird sich irgendwann mit dem Falschen anlegen.«



Gewalttätige Anti-Trump-Ausschreitungen in Portland, November 2016

Inwiefern Trump seine Versprechungen wahr machen wird, kann zu diesem Zeitpunkt niemand sagen. Seine angekündigten Deregulationspläne etwa, die der Wall Street zugute kommen sollen, widersprechen seiner Wahlkampfrhetorik und verheißen nichts Gutes. Es kann durchaus sein, daß er sich als Demagoge herausstellen wird, der lediglich eine bislang ungerittene Welle genutzt hat. Anlaß zur Hoffnung ist indes seine erklärte Absicht, den Kollisionskurs mit Rußland abzuwenden, zusammen mit Putin den IS zu bekämpfen und Assad als legitimes Staatsoberhaupt Syriens anzuerkennen. Schon wird ausgerechnet Angela Merkel, nun bald gleich dem Reichskanzler Adolf Hitler von Rußland und den USA in die Zange genommen, von der Systempresse absurderweise zum »Anführer des Westens« (*Spiegel*), zum »mächtigsten Menschen auf der Erde, der weder autoritär ist noch einen an der Waffel hat« (*Die Zeit*) emporgeharkt, und das »Europa« der EU zur einzigen »großen Macht« ernannt, die »auf dieser Erde Demokratie und Vernunft verkörpern kann«. Das hört sich auf der oppositionellen Seite natürlich wie eine groteske Verkehrung der wahren Sachverhalte an.

Bis zum Amtsantritt Trumps und darüber hinaus wird das Imperium jedenfalls gewiß aufs Heftigste zurückschlagen. Schon jetzt laufen Hetze, Panikmache, Verzerrung und Desinformation auf Hochtouren. Die Presse hat nichts aus ihren Fehlern gelernt. Nachrichten machen die Runde, daß es zu zahlreichen Übergriffen auf Minderheiten durch Trump-Anhänger kommen werde. Verschwiegen wird, daß sich eine beträchtliche Anzahl dieser Meldungen als Fabrikation (*Hate-crime hoax*) herausgestellt hat, und verschwiegen werden auch die tatsächlichen, landesweiten Ausschreitungen gegen Menschen, die sich als Trump-Wähler zu erkennen geben. Wie die wuchernden Haßausbrüche und Gewalt- und Mordaufrufe in den sozialen Medien zeigen, ist es die enttäuschte und von den Medien aufgeputschte Linke, die sich gerade in massiver Bürgerkriegsstimmung befindet und zum Rassen- wie Klassenkampf aufruft. Die »toleranten« Liberalen und Gutmenschen sind binnen kürzester Zeit zur zähnefletschenden Hetzmeute mutiert. Trump selbst hat sich indessen gemäßigt und konsenswillig gezeigt und erneut seine geniale Fähigkeit zum *Reframing* unter Beweis gestellt. Die nach der Wahl einsetzenden linksradikalen Krawalle kommentierte er per Twitter so: »Ich liebe die Tatsache, daß die kleinen Gruppen von Protestlern eine solche Leidenschaft für unser großartiges Land empfinden. Wir werden alle zusammenkommen und stolz sein!« Zu erwarten ist allerdings eher, daß sich die Spannungen noch verschärfen werden, auch in Europa. Das wird riskant, aber: Keine Revolution ohne Zuspitzung der Lage! ■

»Wer die Wähler Trumps als vermutlich Unschuldige behandelt, obwohl sie einer demagogischen Bewegung der Ignoranz und des Rassismus die Macht in die Hände gegeben haben, spricht sie von jeder moralischen Verantwortung für alles, was weiter passieren wird, frei, selbst wenn es sich um Gewalt gegen farbige Gemeinschaften handelt. [...] Es gibt keine guten Trump-Wähler. Sie haben einen Rassisten gewählt, der rassistische Folgen versprach. Sie verdienen keine Empathie.«

Jamelle Bouie: »There's No Such Thing as a Good Trump Voter«, slate.com vom 15. November 2016.

Nemesis des Establishments – Das Modell »Breitbart News«

von Nils Wegner

»Stephen Bannon zum ›chief of staff‹ zu ernennen, wäre wie Götz Kubitschek oder Jürgen Elsässer zum Kanzleramtsminister zu machen #Trump«, tweetete der *Spiegel*-Deutschlandredakteur Wolf Wiedmann-Schmidt am 12. November, pünktlich zu Beginn des Ringens um die Besetzung des neuen US-Kabinetts unter dem designierten Präsidenten Donald J. Trump. Woher aber kommt dieser Stephen Bannon, der tags darauf zum Counselor to the President und damit Chefstrategen und obersten Berater im Weißen Haus ernannt wurde; dieser Stephen Bannon, über dessen Einfluß auf die neue Regierung seit seiner Berufung zum Leiter von Trumps Wahlkampfkampagne die etablierten US-Medien und inzwischen auch ihre deutschen Gegenstücke in heilloser Aufregung geraten sind – und was macht Wiedmann-Schmidt so nervös?

Wenn überhaupt etwas, dann ist der Mann eine schillernde Persönlichkeit: Bannon ist Jahrgang 1953, ein *Baby boomer* also, und Sohn einer irischstämmigen Norfolker Arbeiterfamilie, in der John F. Kennedy und die Gewerkschaftsbewegung idolisiert und ganz selbstverständlich die Demokraten gewählt wurden. Nach seinem politikwissenschaftlichen Abschluß mit Schwerpunkt auf Nationaler Sicherheit an der elitären, von Jesuiten geführten Washingtoner Privatuniversität Georgetown 1976 ging »Steve« zur Marine und diente sieben Jahre lang zuerst als Offizier für Überwasserkampfführung auf dem Eskortzerstörer »USS Paul F. Foster« sowie anschließend als Assistent des Admiralstabschefs im Pentagon. Parallel erwarb er einen postgradualen *cum-laude*-Abschluß als Master of Business Administration in Harvard und wechselte nach Ausscheiden aus dem Militär zuerst zu Goldman Sachs, um sich 1990 gemeinsam mit einigen Kollegen als »Bannon & Co.« im Investmentbereich selbständig zu machen. 1993 wurde er zusätzlich für zwei Jahre geschäftsführender Direktor des (inzwischen gescheiterten) Ökologieprojekts »Biosphere 2«, dessen Fokus er von Möglichkeiten der Weltraumkolonisation hin zu Umweltverschmutzung und Klimafragen verschob. 1998 wurde »Bannon & Co.« von der französischen Société Générale aufgekauft, und Bannon begann mit dem Erlös eine neue Karriere als Hollywoodproduzent. Während der Ar-

beit an einem Dokumentarfilm zu Ronald Reagans Rolle im Kalten Krieg (*In the Face of Evil*, 2004) begegnete er einem 16 Jahre jüngeren Mann, der – postum – entscheidend für die US-Präsidentenwahl 2016 werden sollte: Andrew Breitbart.

Der 2012 unerwartet verstorbene, ursprünglich von links kommende jüdische Publizist Breitbart hatte sein politisches Damaskuserlebnis infolge der Auseinandersetzungen um die Nominierung Clarence Thomas' für den Obersten Gerichtshof 1991 und orientierte sich unter maßgeblichem Einfluß konservativer Medienmacher wie Rush Limbaugh um zu einer dezidiert rechten Medien- und Kulturkritik. Vom US-Mainstream enttäuscht, wurde er selbst aktiv: Bereits Mitte der neunziger Jahre Redakteur des Prototyps konservativer Online-Nachrichtendienste, *The Drudge Report*, beteiligte sich der streitbare Vollblutaktivist (Motto: »Schlag immer doppelt so hart zurück!«) 2005 an der Gründung der ursprünglich konservativen *Huffington Post* und schuf zeitgleich seine eigene Präsenz *breitbart.com*, die dank Unterstützung durch *Drudge Report* umgehend immense Zugriffszahlen erreichte. 2010 unterzog Breitbart seinen Nachrichtendienst einer Generalüberholung und ging mit etlichen Unterseiten und nunmehr selbst recherchierten Geschichten zum Angriff über – der Associated Press sagte er, er sehe sich »der Zerstörung der alten Mediengarde verpflichtet«. Seither führten *Breitbart*-Enthüllungen unter anderem zu Bankrott und Liquidation der linken Nichtregierungsorganisation ACORN wegen scheinbarer Unterstützung von Menschenhandel und Kinderprostitution (2009), zum – vorschnell – erzwungenen Rücktritt der Direktorin für landwirtschaftliche Entwicklung des Bundesstaats Georgia wegen »antiweißen Rassismus« (2010) sowie zum Sturz des New Yorker Kongreßabgeordneten Anthony Weiner über einen *Sexting*-Skandal (2011, »Weiner-gate«).

Nach Breitbarts Tod wurde Bannon neuer Vorstandsvorsitzender des *Breitbart News Network*, formte es endgültig zu einer boulevardzeitungsartigen Netzpräsenz um und vertiefte seinen aggressiven Kurs gegenüber US-Politik und -Medien – »Wir sehen uns selbst als sehr scharf



Polemik 2.0 – Breitbart, Bannon, Yiannopoulos

gegen das Establishment gerichtet, insbesondere gegen die beständige politische Klasse.« – durch eine Annäherung an die wildwüchsigen rechten Internetzirkel der »AltRight« (vgl. *Sezession* 69). Als 2014 die sogenannte »Gamergate«-Affäre um die Einflußnahme von Feminismusaktivistinnen auf die Computerspielbranche und den Widerstand dagegen losbrach, bewies Bannon (von 2007 bis 2011 selbst Geschäftsführer des Onlinespiele-Unternehmens Affinity Media) strategisches Geschick: Er engagierte einen jungen Briten für die neue »Meinungsfreiheitszentrale« *Breitbart Tech*, der sich im »Gamergate«-Verlauf zur tabu- und respektlosen journalistischen Stimme der politisch Inkorrekten aufgeschwungen hatte – Milo Yiannopoulos.

Gegenüber Yiannopoulos, Sohn eines Griechen und Enkel einer Jüdin sowie offen Homosexueller mit Vorliebe für grelle Kostümierungen und muskulöse schwarze Männer, liefen liberale Feindmarkierungen ins Leere, so daß sich seine Lust an größtmöglicher Provokation und das Bannonsche Selbstverständnis als Dampfzylinder rechter Dissidenz ergänzten. Yiannopoulos machte insbesondere als rabiater Kritiker von Feminismus und »Black-Lives-Matter«-Bewegung von sich reden. Es waren Überschriften wie »Wovon würden Sie Ihr Kind lieber befallen sehen, Feminismus oder Krebs?«, die zu seiner namentlichen Erwähnung in Hillary Clintons bereits legendär gewordener öffentlichen Klage über die »AltRight« am 25. August 2016 führten und die amerikanische Gegenöffentlichkeit so in jeden Haushalt hineintrugen. Eine Woche vor Clintons Rede war Bannon vom Vorstandsvorsitz zurückgetreten, um Trumps Kampagne zu leiten.

Was also läßt sich vom Modell *Breitbart News* lernen und von der politischen Eskalationsspirale, die seinen ehemaligen CEO innerhalb von knapp 13 Wochen auf eine weltgeschichtlich bedeutsame Position katapultiert hat? Die Erfolgsgeschichte ist auf drei zentrale Faktoren zurückzuführen:

Aktualität: Das *Breitbart*-Netzwerk verfügt seit 2014 neben der Zentrale in Los Angeles über Regionalbüros für Texas, Florida, Kalifornien, London/Europa, Kairo/Nahost sowie Jerusalem, die rund um die Uhr jeweils bedeut-

same tagesaktuelle Themen aufgreifen und besetzen. Eine weitere europäische Ausdehnung ist geplant; *Süddeutsche*, *Welt*, *Spiegel* etc. warnen bereits panisch vor einem möglichen *Breitbart News Germany*, das den massenmedialen Meinungskonsens aufbrechen könnte.

Zeitgemäßheit: Die Mitarbeiter von *Breitbart News* bedienen sich virtuos der sozialen Medien, um einerseits im Trend liegende Themen und Geschichten aufzuspüren, andererseits ihre eigenen Inhalte viral zu verbreiten. Zu dieser Netzkompetenz, die die etablierten Nachrichtendienste und Zeitungen fast ausnahmslos missen lassen, trägt massiv bei, daß der Altersdurchschnitt der Redaktionsmitarbeiter verhältnismäßig niedrig ist und anstelle jahrzehntelang geschulter Berufsjournalisten bevorzugt Fachleute gerade aus Medienbereichen angeworben werden.

Intransigenz: Bei *Breitbart News* wird sich nicht entschuldigt, und es werden keine Konzessionen gemacht. Das gilt insbesondere für die *Conditio sine qua non* der Anti-Establishment-Haltung: Das Netzwerk macht die übliche Liebedienerei der Leitmedien gegenüber der Politik nicht mit (wiewohl die News-Konkurrenz dies während des US-Wahlkampfes behauptete), sondern hat vielmehr den Anspruch, die Politik vor sich herzutreiben. Das galt für Bannon zu seiner Zeit als Vorstandsvorsitzender genauso wie zuletzt für Raheem Kassam, Chefredakteur von *Breitbart News London*, der Nigel Farage bis zu dessen Rückzug vom UKIP-Parteivorsitz als oberster Berater diente und im Anschluß vorübergehend selbst für das Amt kandidierte.

Die deutsche Medienlandschaft fürchtet das Modell *Breitbart News*, weil es ihre Abwehrmechanismen unterläuft. Das US-Portal hat alle Anfeindungen überstanden; Bannons neuer Posten bezeugt die Wirksamkeit der Strategie. Die ratlosen Reaktionen auf erste deutsche *Spin doctors* außerhalb des politisch-medialen Komplexes, wie Michael Klonovsky und Günther Lachmann, zeugt von dem revolutionären Potential eines deutschen *Breitbart*-Ablegers: Der erstarrte Konsens der veröffentlichten Meinung würde zertrümmert, die politischen Karten neu gemischt. Es gibt keinen Anlaß, dem nicht gespannt entgegenzusehen. ■

Dugin in Ankara

von Benedikt Kaiser

Der Krieg in und um Syrien ist seit seiner Eskalation 2011 reich an Wendungen. Zwei der wichtigsten Akteure auf diesem strategisch bedeutsamen Schlachtfeld sind Rußland und die Türkei. Da Moskau die legitime syrische Regierung unter Präsident Baschar al-Assad entscheidend stützt, während Ankara unterschiedlichste islamistische Milizen auf türkischem Gebiet organisierte und in Nordsyrien einfallen ließ, war (und ist) der syrische Konflikt stets auch ein russisch-türkischer. Der Ton zwischen Putin und Erdoğan wurde stetig rauher bis zu einer Zäsur, deren Folgen nach wie vor wirken und weiterhin für Veränderungen im geopolitischen Ringen sorgen: dem Putschversuch in der Türkei im Juli 2016. Dieser, vermutlich arrangiert durch eine der islamistischen »Hizmet«-Struktur nahestehende Militärclique, scheiterte an einer raschen Volksmobilisierung Erdoğan's.

Die weltanschaulichen Unterschiede zwischen der regierenden Gerechtigkeits- und Aufschwungspartei (AKP) und der putschenden »Dienst«-Bewegung Fethullah Gülen's sind marginal; es handelt sich um Interessenkonflikte innerhalb der herrschenden Klasse, die bis 2014 verschleierte und bis 2016 unterdrückt werden konnten. Daß Präsident Erdoğan dieses Ereignis nutzte, um das türkische System weiter auf seine Person und Partei zuzuschneiden und die Fundamentalopposition – zumal deren Medien – zu zerschlagen, kann an dieser Stelle vernachlässigt werden. Entscheidend ist, daß die AKP (mit guten Gründen) davon ausging, daß der Plan der Gülen-Anhänger US-amerikanisches Wohlwollen fand, ja daß Gülen offenbar den westlichen Instruktoren zunehmend als der geeignetere Partner erschien, das geographisch bedeutsam gelegene NATO-Mitgliedsland Türkei zu führen. So überraschte es nicht, daß der erste »Gratulant« Erdoğan's zum Überstehen des Coup d'États Rußlands Präsident Putin gewesen ist, der mit seinem Gespür für unverhoffte Weichenstellungen die Gunst der Stunde nutzte und gegen die »Putschisten« und für eine Neuausrichtung der bilateralen Beziehungen beider Länder argumentierte. Seitdem ist das Verhältnis zwischen Moskau und Ankara tatsächlich sukzessive besser geworden (mit unmittelbaren Folgen an den syrischen Fronten), während sich

das Verhältnis zwischen Brüssel/Washington und Ankara deutlich abkühlte.

Mit dem Philosophen und Publizisten Alexander Dugin begrüßte unmittelbar nach Putins Putsch-Statement ein Akteur diese sich anbahnende Entwicklung, der mit Recht als Kopf der wachsenden »neoeurasischen Bewegung« gilt und die Türkei als Partner Rußlands im Rahmen einer eurasischen Allianz umwirbt. Es ist umstritten, inwieweit der ehemalige Professor der Moskauer Lomonossow-Universität tatsächlich als direkter »Berater« Putins gelten kann. Freund und Feind des intellektuellen Rauschbarts proklamieren ein solch enges Verhältnis seit Jahren, wobei dieses scheinbare Faktum mindestens ebenso häufig und intensiv bestritten wird. Unstrittig ist indes, daß der Begriff »Eurasien« – maßgeblich bewirkt durch Dugin's Publikationen und die Verbreitung durch seine Anhänger – heute wieder eine bedeutende Rolle in Rußlands politischer Theorie und Praxis spielt; auch Putin selbst verwendet ihn in Reden und Texten.

Dugin hat den Putsch – was in staatstragenden türkischen Medien durchaus wohlwollend wahrgenommen wurde – als »US-Komplott« verächtlich gemacht und in den letzten Monaten immer wieder von einer »eurasischen Wende« der Türkei gesprochen. Sie würde für Ankara umfassen: Abwendung vom westlichen Universalismus (und implizit: von der NATO), endgültiger Abschied von der liberaldemokratischen Agenda, Abstand zur Europäischen Union; Hinwendung zu Rußland und dem eurasischen Raum, Akzeptanz des Konzepts der multipolaren Welt mit regionalen Kraftzentren, Annäherung an einen Block der nationalen (und religiösen) Souveränisten gegen die Globalisierungs-idee des liberalen Westens und, in bezug auf Syrien: Aussöhnung mit der Regierung Assad.

Für dieses Programm steht in der Türkei die ehemals maoistische, mittlerweile linksnationalistische Vaterlandspartei (Vatan Partisi), mit der Dugin's Umfeld seit Jahren engsten Kontakt pflegt. Die Partei spielt bei Wahlen keine große Rolle; etwa 100000 Stammwähler sind nicht viel in einem 75-Millionen-Volk. Vatan Partisi hat ihre Bedeutung als intellektuelle Kaderpartei, deren Ideen weit über das eigene Mi-



Der russische Philosoph Alexander Dugin als Gast der AKP-Fraktion neben dem türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım – Zeichen für eurasische Tendenzwenden?

lieu hinaus verbreitet werden. Denn der TV-Sender Ulusal Kanal wie auch die parteieigene Tageszeitung *Aydınlık* sind nicht von den aktuellen Medienerschlagungen durch Erdoğan's Apparat betroffen, werden aber, worin sich Anhänger und Kritiker der Partei einig sind, von nichtwestlich orientierten Teilen des türkischen Heeres, von AKP-Sympathisanten sowie von Strömungen innerhalb der oppositionellen kemalistisch-republikanischen Partei (CHP) rezipiert. Hinzu kommt, daß Parteichef Doğu Perinçek über Parteigrenzen hinweg anerkannt wird. Der langjährige Freund Dugin's war 2008 ins Visier der Gülen-Bewegung geraten, deren Einfluß im Justiz-Apparat dazu führte, daß Perinçek zu lebenslanger Haft wegen »Terrorismus« verurteilt wurde. 2014 begann Erdoğan, die türkischen Sicherheitsbehörden von Gülen-Anhängern zu säubern; Perinçek wurde freigelassen und knüpfte rasch informelle Netzwerke zwischen Damaskus, Ankara und Moskau. Im Juli dieses Jahres holte Erdoğan zum großen Schlag gegen die Anhänger Gülen's aus, besonders im Militär erfolgte ein außerordentlicher personeller Aderlaß: Fast jeder zweite General und Admiral wurde entlassen oder verhaftet.

Erdoğan zeigte sich flexibel und ließ demgegenüber Perinçek's Vatan-Aktivisten in Militär und Gesellschaft als (systemstabilisierende?) Alternative gewähren, obwohl ihm naturgemäß sowohl der rigide Laizismus als auch der »klassische« Antiimperialismus der »Ulusalçılar« mißfallen. Dies ermöglichte einen erheblichen Popularitätsschub und Einflußgewinn für die Vaterlandspartei. Nun gelang ihr – zumindest gehen Beobachter der türkischen Situation davon aus – ein besonderer Coup, indem sie einen Besuch ihres weltanschaulichen Kompagnons Alexander Dugin in Ankara vermittelte. Und tatsächlich nahm Dugin am 8. November an der Fraktions-sitzung der regierenden AKP an der Seite des türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım teil. Einzelne Medien bezeichneten Dugin's Auftritt als Besuch eines »Sonderbeauftragten« Putins, und Dugin wollte entsprechende Erwartungen nicht enttäuschen. Er verkündete vor den Köpfen der türkischen Regierungspartei, daß Putin der

Türkei eine »strategische Partnerschaft« anböte: »Er streckt ihr seine Hand in Freundschaft entgegen.« Die Türkei müsse nur zugreifen und ein neues Zeitalter der Zusammenarbeit beginnen.

In der bundesdeutschen Presse wurde dieser bemerkenswerte Besuch Dugin's beim *Inner circle* der Erdoğan-Partei kaum kommentiert. Lediglich die marxistische Tageszeitung *junge Welt*, die befürchtet, daß Dugin's wachsender Einfluß in der russischen Außenpolitik auch mit ihm vernetzte »Neofaschisten« in Europa stärken würde, berichtete deutlich verstimmt über den reaktionären »Ideologienlieferanten« Putins und seine neoeurasische Moskau-Ankara-Connection.

In der Tat muß es Gegnern Dugin's beängstigend erscheinen, wie rasant sein Aufstieg vorstatten ging. Jahrzehntelang war er Vordenker und Publizist eines radikalen Nischenmilieus, verkehrte in der Nationalbolschewistischen Partei Rußlands, versuchte sich an einer Ideensynthese aus westeuropäischer Konservativer Revolution, russisch-orthodoxer Mystik und imperial-russischer Tradition, sprach vor kleinen Zirkeln neoeurasisch gesinnter junger Russen oder in Westeuropa – an der Seite seines Freundes Alain de Benoist – vor ebensokleinen Zirkeln »neurechter« Provenienz. Nun, nach Jahren internationalen Netzwerkens und metapolitischer Graswurzelarbeit, eröffnen sich plötzlich geopolitische Chancen, und Dugin ist zu einem gefragten Berater realpolitischer Akteure auf der Weltbühne geworden.

Dugin in Ankara – das war kein Kurztrip eines Exzentrikers, sondern ein Indiz für eine türkisch-eurasische Tendenzwende. Inwiefern diese fortgeführt wird oder im Stadium wohlmeinender Sondierungen steckenbleibt, ist offen. Zu viele divergierende Interessen in Syrien können die pragmatisch-strategische Annäherung Moskaus und Ankaras noch verhindern. Doch die jüngsten Entwicklungen – von Trump in Washington bis Dugin in Ankara –, so unterschiedlich sie auch zu gewichten sind, beweisen in jedem Falle, daß die Weltgeschichte im frühen 21. Jahrhundert kein Ende finden wird, sondern soeben neu beginnt. ■

Mißbrauchter Demokratieschutz

von Michael Wiesberg

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) steht seit einiger Zeit im Visier der Verfassungsschützer. Nach mehreren Landesämtern hat im August auch das Bundesamt für Verfassungsschutz die IBD mit der in diesen Fällen üblichen Auskunft, »Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung« ausgemacht zu haben, unter Beobachtung gestellt. Am unverhohlenen indes sind die Drohungen, die das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz hinsichtlich eines Engagements in der IBD, der eine »völkisch-rassistische Weltanschauung« unterstellt wird, auf seinen Netzseiten verbreitet. Diejenigen, die sich für diese angeblich »rechtsextremistische Gruppierung« – was erst noch zu beweisen wäre – engagierten, würden in den »Fokus des Nachrichtendienstes« geraten und als »Extremisten« gespeichert. Das könne für die Dauer der Betätigung in der IBD »das Aus für bestimmte berufliche Perspektiven bedeuten«. Begleitet wird diese »staatliche Feinderklärung«, wie es Josef Schußlburner in Studie 30 des Instituts für Staatspolitik ausdrückt, mit einem Appell an das »soziale Umfeld junger Leute«, die mit dem Gedanken spielen, sich in der IB zu engagieren: »Jeder sollte sich so früh wie möglich an Behörden oder soziale Einrichtungen wenden, wenn rechtsextremistisches Engagement wahrgenommen wird.« Alles das, so wird als Begründung »klar und deutlich« nachgeschoben, wolle unser Grundgesetz so, »damit unsere freiheitliche, pluralistische und auf Gleichberechtigung angelegte Demokratie nicht von Verfassungsfeinden beschädigt werden kann«.

Wer der Frage nachgeht, ob »unser Grundgesetz« das wirklich so will, wird sehr schnell darauf stoßen, daß es in Deutschland mit der »demokratischen Wehrhaftigkeit« eine ganz eigene Bewandnis hat. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß der Artikel 18 des deutschen Grundgesetzes, das Maximilian Zech in der *Neuen Zürcher Zeitung* (»Kann der Rechtsstaat vor seinen Feinden geschützt werden?«, *NZZ* vom 12. September 2016) als die »wohl »militanteste« demokratische Verfassung der Welt« gekennzeichnet hat, die Möglichkeit eröffnet, Deutschen die Grundrechte zu entziehen, wenn sie diese »mißbräuchlich anwenden«.

In einer »dysfunktionalen Demokratie« sei dies, so Zech, der »Traum aller Diktatoren«. Eine Demokratie, so argumentiert Zech weiter, zeichne sich vor allem durch den in der Verfassung garantierten Schutz der Freiheit aus – worunter auch die Freiheit falle, sich gegen die politische Ordnung zu wenden. Wo dieser Schutz nicht gegeben sei, könne »von einem demokratischen Rechtsstaat keine Rede mehr sein«.

Demgegenüber steht zweifelsohne die Gefahr, daß ein Maximum an Freiheit – Stichwort »Erfahrungen der Weimarer Republik« – die Gefahr mit sich bringt, daß diese Freiheit verloren gehen könnte. Die Schutzmechanismen gegen Verfassungsfeinde, die aufgrund dieser Überlegung in einige Verfassungen implementiert wurden, haben allerdings im deutschen Fall einen ganz eigenen Hintergrund. Zechs Kennzeichnung des Grundgesetzes als »wohl »militanteste« demokratische Verfassung« transportiert bereits das richtige Stichwort, nämlich Militanz. *Militant democracy* heißt nämlich die Antwort, die die deutsch-jüdischen Emigranten Karl Löwenstein und Karl Mannheim unabhängig voneinander auf die von ihnen identifizierten Defizite der Weimarer Reichsverfassung gaben, die es ihren politischen Gegnern – allen voran natürlich den Nationalsozialisten – ermöglicht haben sollten, deren Abschaffung mit ihren eigenen Mitteln zu betreiben. Zu diesen Defiziten zählte der frühere sozialdemokratische Münchner Rechtsanwalt Löwenstein den »Werterelativismus« oder die »Werteneutralität« der Weimarer Reichsverfassung, die maßgeblich zu deren Untergang beigetragen habe (»*Militant Democracy and Fundamental Rights*«, 1937). Grundlegende Werte wie »Brüderlichkeit, gegenseitige Hilfe, soziale Gerechtigkeit, Anständigkeit, Menschenwürde usw.«, so Karl Mannheim (*Diagnosis of Our Time*, 1943), könnten nur in einer »militanten Demokratie« geschützt werden und seien der Ausgangspunkt für das Funktionieren einer gesellschaftlichen Ordnung. Sowohl Löwensteins als auch Mannheims »demokratischer Fundamentalismus« (Zech) fokussiert allerdings einseitig verfassungsrechtliche Aspekte; die allgemeine Katastrophenstimmung in der Endphase der Weimarer Republik, die unter anderem durch die Einstellung der US-ame-

rikanischen Kredite für die deutsche Wirtschaft ausgelöst wurde, versetzte Deutschland in eine Existenzkrise. Der versiegende Kapitalstrom und die um sich greifende soziale Not eröffneten den Gegnern der Republik ein großes Agitationsfeld gegen die demokratische Ordnung, was die politischen Rahmenbedingungen rasch veränderte bis hin zur »Machtübernahme« der Nationalsozialisten.

Es setzte sich in der Folge als bis heute herrschende Lehrmeinung indes die These durch, die Weimarer Republik habe keine hinreichenden institutionellen Vorkehrungen getroffen, um den Feinden der Republik die Stirn zu bieten. Diese Sichtweise hat auch im Grundgesetz, in das wichtige normative Grundlagen einer »wehrhaften Demokratie« implementiert wurden, ihren Niederschlag gefunden. Die drei grundlegenden Prinzipien der »wehrhaften Demokratie« lauten: Wertgebundenheit, Abwehrbereitschaft und Vorverlagerung des Verfassungsschutzes. Die Verfassungsväter hatten dabei ausschließlich totalitäre Strömungen von links und rechts im Auge, mit denen auch eine »geistig-politische Auseinandersetzung« zu führen sei. Hierzu sollten die Verfassungsschutzberichte, aber auch das Informationsmaterial der Landeszentralen oder der Bundeszentrale für politische Bildung einen Beitrag liefern. Der Zusatz »geistig«, so Christiane Hubo bereits vor knapp 20 Jahren in ihrer Dissertation *Verfassungsschutz des Staates als geistig-politische Auseinandersetzung* (Göttingen 1998), ziele auf den »Kampf um die Köpfe«, also auf das Bewußtsein und das Denken. Allerdings dürfe der Staat der »heterogen denkenden und fühlenden Bürgerschaft keine Werthomogenität aufzwingen, wenn er etwa die Verweigerung einer Überfremdung der eigenen Heimat als »Fremdenfeindlichkeit« brandmarken würde, um eine multikulturelle Gesellschaft als Wert zu installieren«.

Die Art und Weise der Wertevermittlung (Stichwort »Erziehung zur Toleranz«), die zum Beispiel im Informationsmaterial der Zentralen für politische Bildung zum Ausdruck kommt, läuft aber genau darauf hinaus, weil sie den geistigen Boden, der aus ihrer Sicht für die Gewalt an Fremden verantwortlich sein soll, mit zu inkriminieren trachtet. Bei dem Versuch, die »rechtsextreme Substanz« freizulegen, die als »rassistische und völkisch-nationalistische Denk- und Verhaltensweise« identifiziert wird, gerät nach Hubo der »Bezug zum Nationalen, soweit es sich um die deutsche Nation handelt« bzw. »die Artikulation nationaler Interessen« »unter das Verdikt der Verfassungsfeindlichkeit«. Durch die »tabuisierende Wirkung« der Etikettierung als »verfassungsfeindlich« indes wird aber das Verfahren der demokratischen Willensbildung im Hinblick auf die Umwandlung Deutschlands in einen multiethnischen Staat behindert. Dafür sind die »hoheitlichen Verrufserklärungen« (Hubo) im Hinblick auf PEGIDA-Bewegung und IBD nur die aktuellsten Beispiele.

Diese Umwandlung hat im letzten Jahr erheblich an Fahrt gewonnen. Betonte noch 1991

Eckart Schiffer, im *Spiegel* als »Chefdenker für Ausländerpolitik« des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble vorgestellt, daß Heimat im »Sinne vertrauter Umwelt« so etwas »wie ein kollektives Menschenrecht« und die Brandmarkung der Verweigerung einer »Über-



Josef Schußlburner: »Verfassungsschutz«: Der Extremismus der politischen Mitte, *IfS*, Wissenschaftliche Reihe, Heft 30, Schnellroda 2016

fremdung der eigenen Heimat« als »Fremdenfeindlichkeit« »zum Scheitern verurteilt« sei, hat sich die Regierung Merkel spätestens mit ihrer Grenzöffnung im Jahre 2015 über derartige Kautelen hinweggesetzt. Es sei hier nur daran erinnert, daß zwei ehemalige deutsche Verfassungsrichter, nämlich Udo Di Fabio und Hans-Jürgen Papier, die Bundesregierung aufgefordert haben, zum deutschen Recht zurückzukehren. Das ist bis heute nicht eingelöst. Anfang November lamentierte Reinhard Müller in einem Kommentar für die *FAZ* darüber, daß im »offenen Deutschland ohnehin jeder bleiben« dürfe, daher seien sowohl »Asyl für Verfolgte als auch eine Einwanderungsregelung überflüssig«. Es gehe »allenfalls noch um Schutz«, und zwar »für Deutsche« (»Wenn jeder bleibt«, *FAZ* vom 7. November 2016).

Die unzureichende öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Vorgängen dürfte auch mit der in Deutschland verbreiteten »ethnonegativen Einstellung zur eigenen Großgruppe Volk« zusammenhängen, die es, so Hubo, gestatte, »den Begriff Volk und seine Verwendung als ein Anzeichen von Rechtsextremismus zu klassifizieren«, womit eine wichtige Rahmenbedingung von »Gemeinsinn, Stabilität des Staates und demokratischer Ordnung« »nachhaltig gestört« werde.

Aus all dem kann nur eine Schlußfolgerung gezogen werden: Nicht die IBD oder die AfD, die der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) bezeichnenderweise gern in den VS-Berichten sähe, erodieren die Demokratie in Deutschland, sondern diejenigen »Extremisten der Mitte« (Schußlburner), die unter dem Deckmantel der »Wehrhaftigkeit der Demokratie« eine freie »geistig-politische Auseinandersetzung« mit unbequemen politischen Opponenten über die Gestaltung Deutschlands unter mißbräuchlicher Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes zu unterbinden versuchen. ■

»Es gibt keine Pflicht zur Selbstaufgabe«

Benedikt Kaiser im Gespräch mit Prof. Dr. Lothar Fritze

SEZESSION: Im Vorwort zu Ihrem neuen Buch *Der böse gute Wille. Weltrettung und Selbstaufgabe in der Migrationskrise* schreiben Sie, daß die Migrationskrise die größte Herausforderung für Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs darstelle. Die politische Linke nutze diese Krise, um die Auflösung der Nation zu erreichen. Nun wird die Bundesrepublik aber einerseits nicht von der politischen Linken, sondern von der »Mitte« in Form der Großen Koalition regiert, und diese Koalition wäre – andererseits – objektiv doch verrückt, ihren eigenen Gestaltungsraum »aufzulösen«. Was vollzieht sich also vor unseren Augen, und: Wer ist treibende Kraft, wer Zaungast?

FRITZE: Diese Fragen stellen sich in der Tat. Erstens ist wohl zu bemerken, daß die CDU unter ihrer gegenwärtigen Parteivorsitzenden nach links gerückt ist – freilich ohne deshalb selbst zur politischen Linken zu gehören. Gleichwohl: Angela Merkel sagt und tut Dinge, die von Linken voll und ganz gutgeheißen werden. Sie hat durch ihre Entscheidungen in der Flüchtlingskrise im Spätsommer und Herbst 2015 und vielleicht ebenso durch die Art der Kommunikation dieser Entscheidungen die nachfolgende Wanderungsbewegung zumindest forciert. Daraus folgt nicht, daß sie selbst die Auflösung der Nation beabsichtigte. Aber welche längerfristigen Ziele hat eigentlich Frau Merkel? Dies entzieht sich weitgehend unserer Kenntnis. Immerhin gibt es in der CDU führende Politiker, die die Idee der Vereinigten Staaten von Europa verfolgen. Und auch dies ist letztlich ein linkes Projekt. Wolfgang Schäuble glaubt sogar, daß ein Verzicht auf Einwanderung uns »in Inzucht degenerieren ließe«. Jedenfalls: Denkt man ein paar Jahrzehnte voraus, würde eine Politik der ungesteuerten Zuwanderung aus Westasien und Afrika zu Ergebnissen führen, die von einem Großteil der heutigen Deutschen als eine Art Auflösung der Nation betrachtet würden.

Zweitens ist zu bemerken, daß verrückte Dinge tatsächlich geschehen. Ein zentrales Motiv des Handelns von Politikern ist der Machterwerb bzw. die Machterhaltung. Zu diesem Zweck werden mitunter längerfristige Folgen in Kauf genommen oder allzugerne übersehen, die den

eigenen Wünschen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen zuwiderlaufen. Die nominelle Opposition klatscht heute der Regierung Beifall, weil sie ihre Utopie einer weltumspannenden Gesellschaft der Gleichen und Gleichgestellten auf dem Weg der Verwirklichung sieht. Ja, und was die treibenden Kräfte anlangt – darüber möchte ich eigentlich nicht spekulieren. Zaungast dieser Entwicklungen ist der vornehmlich kopfschüttelnde und ratlos dreinblickende Wähler; die Anhänger der »Willkommenskultur« jedenfalls scheinen mir keine legitimen Repräsentanten des Volkes zu sein.

SEZESSION: Bei aller Kritik an der »Willkommenskultur« betonen Sie ja durchaus die moralische Pflicht, Notleidenden zu helfen, weisen aber zugleich darauf hin, daß diese Hilfspflicht auch Grenzen hat. Wie kann diese Grenze bestimmt werden?

FRITZE: Wir haben die moralische Pflicht, Menschen in Not zu helfen – und zwar (dies gilt zumindest *prima facie*) unabhängig davon, warum sie in Not geraten sind. Dabei sind zwei Präzisierungen notwendig: Wer sich selbst helfen kann, befindet sich nicht in Not. Und: In Not sein heißt, um das Überleben kämpfen. Unter welchen Voraussetzungen ein Überleben gesichert ist, bedarf freilich weiterer Präzisierungen. In Not ist beispielsweise der Verhungerte oder der Verfolgte, dem man nach dem Leben trachtet, nicht aber der, der seine Vorstellungen hinsichtlich eines guten Lebens nicht realisieren kann. Insofern sind Migrationswillige, die sich nicht in Not befinden, grundsätzlich anders zu behandeln.

SEZESSION: Also gibt es in der Konsequenz dieser Prämissen eine universale Pflicht zur Hilfe?

FRITZE: Diese Hilfspflicht gilt universal, also für alle Menschen auf der Welt. Sie läßt sich meines Erachtens rational begründen und sollte deshalb allgemein anerkannt werden. Dies ist eine moralphilosophische und keine verfassungs- oder völkerrechtliche Aussage. Wenn wir von Formen der weltweiten Entwicklungshilfe absehen, werden darüber hinausgehende Hilfspflichten gegenwärtig nur innerhalb von Staaten oder

Staatengemeinschaften (wie etwa der EU), also nicht universal akzeptiert. Innerhalb dieser begrenzten Gemeinschaften sorgt der Sozialstaatsgedanke für eine Umverteilung, die das Ziel der bloßen Existenzsicherung übersteigt.

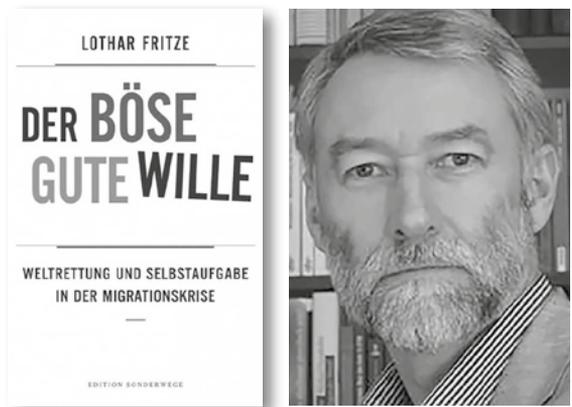
Der Flüchtling aus Syrien, der zunächst in der Türkei Unterschlupf gefunden hat und sich danach auf den Weg nach Europa begibt, ist in diesem moralischen Sinne kein Hilfsbedürftiger; sein Leben ist in der Türkei bereits gesichert. Wenn der deutsche Staat ihn trotzdem aufnimmt, erfüllt er im strengen Sinne nicht die moralische Hilfespflicht, von der ich gesprochen habe; es handelt sich eher um eine Art Arbeitsteilung bei der Erfüllung von Hilfespflichten. Und dies kann, wenn es in geordneten Bahnen verläuft, selbstverständlich vernünftig und im Sinne einer Lastenverteilung auch geboten sein.

SEZESSION: Nun gibt es aber keine adäquate Lastenverteilung, und die »universale Hilfespflicht« wird offenbar nur in Deutschland verabsolutiert. Also: Ein neuer deutscher »Sonderweg«, ein folgenschwerer wiederum?

FRITZE: Moralische Hilfespflichten werden sicherlich nicht nur in Deutschland anerkannt und wahrgenommen. Im Herbst 2015 war aber schnell klar, daß der »Flüchtlingsstrom« nicht nur aus Hilfsbedürftigen bestand. Auf diese Erkenntnis hat man in anderen Ländern früher reagiert als in Deutschland.

SEZESSION: Deutschland wurde aber auch – nach Meinung einiger Kritiker – mit der Flüchtlingswelle allein gelassen.

FRITZE: Ja, es stellt sich somit die Frage, wie man sich verhalten soll, wenn andere ihre Hilfespflichten nicht erfüllen und alle Appelle nicht fruchten. Generell würde ich sagen, man soll tun, was man kann, aber es gibt keine Pflicht zur Selbstaufgabe. Es gilt folgendes: Moralische Normen haben Aufforderungscharakter; sie fordern von uns in bestimmten Situationen ein bestimmtes Verhalten. Zunächst allerdings muß es dem Adressaten der Norm prinzipiell möglich sein, diesen Forderungen nachzukommen, und sodann muß das geforderte Verhalten zumutbar sein. Diese Zumutbarkeitskriterien festzulegen ist das eigentliche Problem. Diese Aufgabe ist nicht allein von Moralphilosophen zu lösen. Die Moralphilosophie kann nur die Struktur moralischer Probleme verdeutlichen sowie den Weg der Entscheidungsfindung beschreiben; die konkreten moralischen Entscheidungen aber müssen von den handelnden Menschen getroffen werden. In der Praxis des gelebten Lebens entscheiden wir selbst, und zwar möglichst auf der Basis von rationalen Überlegungen und kritischen Diskussionen, was für uns zumutbar ist, das heißt, wir entscheiden auch darüber, inwieweit wir die Interessen Hilfsbedürftiger berücksichtigen. Wenn beispielsweise in Nigeria ein Bürgerkrieg ausbricht, haben wir jedenfalls nicht die moralische Pflicht, potentiell 180 Millionen Ni-



Lothar Fritze (Jg. 1954) ist Philosoph und Politikwissenschaftler. Er lehrt als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz Politische Theorie und Ideengeschichte und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Von seinen bisherigen Schriften zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts ist seine umfangreiche Monographie Anatomie des totalitären Denkens (München 2012) hervorzuheben. Sein neues Buch Der böse gute Wille (Waltrop/Leipzig 2016) ist das erste Buch des Autors, das sich einem dezidiert tagesaktuellen Thema widmet. Innerhalb der ausufernden Menge der Literatur zur Migrationskrise hebt es sich dabei wohltuend von gängigen Betrachtungsweisen ab.

gerianern die Einwanderung nach Deutschland zu gewähren.

SEZESSION: Und genau hier verläuft jetzt die Trennlinie von moralischen Universalisten und der breiten Mehrheit der Bevölkerung?

FRITZE: An derartigen Fragen scheiden sich die Geister. Kann unsere moralische Hilfespflicht zum Beispiel dadurch eingeschränkt sein, daß wir nicht bereit sind, unseren eigenen Lebensstil aufzugeben und gegebenenfalls massive Abstriche an unserem Lebensstandard zu machen? Moralische Universalisten verneinen diese Frage. Die überwältigende Mehrheit der Menschen dürfte hier allerdings Zumutbarkeitsgrenzen sehen. Moralische Universalisten akzeptieren aber auch Hilfespflichten, die über eine Hilfe zum Überleben hinausgehen. Konsequenz zu Ende gedacht, haben für sie alle den gleichen Anspruch auf Interessenerfüllung. Für die allermeisten Menschen hingegen haben die Interessen anderer Menschen nicht annähernd denselben Stellenwert wie die eigenen Interessen.

Würden Politiker diese – offenbar genetisch fundierte, kulturinvariante – Einstellung ignorieren, wäre dies in der Tat ein gefährlicher Sonderweg. Der von der Bundesregierung bereits tatsächlich eingeschlagene Sonderweg besteht aber nicht darin, daß sie über Gebühr Hilfsbedürftigen geholfen, sondern die Grenze für Menschen geöffnet hat, die in dem definierten Sinne gerade keinen Anspruch auf Hilfe haben. Sie hat den Eindruck erweckt, sie akzeptiere ein unbeschränktes Niederlassungsrecht für alle, die ihr Glück in Deutschland und Europa suchen wollen. Dies scheint mir der eigentliche Kern der Diskussionen um die »Flüchtlingskrise« zu sein. ■

Etwas wird sich ereignen – und wir: mittendrin!

von Martin Sellner

Ich kann die Antifa nicht wirklich ernst nehmen. Eine Gruppe, die das »Anti« im Namen trägt und sich daher aus dem »Dagegen« definiert, wirkt auf mich immer erbärmlich. Es ist die Perspektivlosigkeit, das letzte und verzweifelte Ideologie-Minimum einer einst gewaltigen ideengeschichtlichen Kraft, das aus diesem »Anti« spricht. Das politische Projekt der Linken ist tot. Der Anspruch auf eine wirklich linke Staatspolitik ist längst *ad acta* gelegt. Die Linke übernimmt im von ihr so heiß gehaßten Liberalismus die Rolle des moralischen Feigenblatts und geistigen Kammerjägers. Ihre politische Theorie ist am Ende. Ihre Geschichtsphilosophie greift nicht mehr. In der Vergangenheit liegen nur Zusammenbrüche, die Gegenwart wird nicht verstanden und vor der Zukunft hat man Angst.

»Daß Auschwitz sich nicht wiederhole« ist der letzte Imperativ einer ideen-, strategie- und visionslosen Selbsthilfegruppe. Wenn sie nicht vorhanden sind, werden die Hitler-Wiedergänger einfach erfunden. Dieser allgegenwärtige und tatsächlich lebensbedrohliche Nazivorwurf wirkt nun wie ein Katalysator auf die rechte Theoriebildung. Es waren die Attacken der Antifa, ihr ständiger Druck, die aus dem Flickwerk nationaler Gruppen, aus den Überresten des europäischen Faschismus und Nationalismus die Gründung einer Neuen Rechten hervortreiben mußten. Diese ist, wenn sie wirklich neu und wahrhaftig, das heißt von der Seinsfrage angesprochen ist, immer auf dem Weg zu einer vierten politischen Theorie. Sie ist notwendig von der »linken«, aber auch von der »liberalen« Kritik beeinflusst, hat sie aufgesogen, umgewandelt und stimmig gemacht. Und so führten die geistige Anstrengung und die aufrichtige Suche beim Versuch einer Neugründung und Neuformulierung nationaler Identität jenseits der obigen Vorwürfe notwendig zu einer radikalen Kritik der Moderne. Diese Kritik geht über die verkürzte und verblendete Modernekritik des NS und des Faschismus hinaus. Sie muß zuletzt auch in den geistigen Vorläufern der realexistierenden Nationalismen und Faschismen mit Heidegger die Machenschaft, den Nihilismus und neuzeitlichen Subjektivismus orten und kritisieren. Man muß, wie der Denker sagte, auch gelegentlich »unbarmherzig gegen die Traditionen« sein.

Blickt man nicht nur Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte zurück, so erkennt man die Rollen und Aufgaben von Liberalismus, Sozialismus und Nationalismus in der Moderne. Den großen Anspruch, die untergegangene christliche Glaubenswelt durch eine politische Religion zu ersetzen, hat letztlich keine politische Theorie eingelöst, und wer heute aktiv eine politische Entscheidung sucht, wird sich nicht mehr wohlüberlegt in die Tradition einer dieser großen ideologischen Entwürfe stellen können.

Die Antifa, die letztlich – gerade in ihrer antideutschen Prägung – nichts anderes ist als der verselbständigte Selbstkelch des »Volksgeistes«, hat die wichtige Aufgabe, die kritischen Geister aus der stickigen Zwischenwelt der Postmoderne wieder in die Ideengeschichte zurückzutreiben. Daß diese kritischen Geister sich heute notwendig im »rechten« Lager finden, sich dort in »neurechten« Kreisen sammeln, von denen aus sie auf die Suche nach sich selbst gehen, ist der geistesgeschichtlichen Lage geschuldet.

Als Menetekel und Hürde, als Prüfstein und Gegner ist sie, auf geistiger Ebene weit mehr als auf der Straße, eine fruchtbare intellektuelle Herausforderung. Der Tag ihrer Verwindung wird der sein, an dem es uns, den »Neurechten«, gelingt, eine neue bewegende Vision zu finden, die nicht nur die bereits Erreichten und Überzeugten, sondern auch die Gewohnheitslinken, am Ende eben unser ganzes Volk, ins Mark trifft und damit der Antifa jede Unterstützung entzieht.

Die Unterstützung, die sie im linksintellektuellen Lager hat, der Ekel der Jakob Augsteins vor und der Haß gegenüber dem eigenen Volk ist nicht nur ein neuartiges, pathologisches Phänomen. Er hat ein gewisses geschichtliches Herkommen und vielleicht sogar den Kern einer Berechtigung. Er ist vielleicht eine ideologisch entfremdete Entartung der bitteren Worte Hölderlins und Nietzsches über »ihre« Deutschen. Was würden die Dichter heute sagen, wenn sie ihre Deutschen in all ihrer Dekadenz, Traditionsvergessenheit, in ihrem sinn- und ziellosen Dasein sehen könnten?

Ich möchte der Antifa herzlich danken: Sie war die scharfe Peitsche, die mich und andere aus der geistigen Trägheit einer Szene getrieben und uns zu einer Bewegung gemacht hat, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt.

Unser Volk und die Völker Europas kranken an etwas Tieferem, das letztlich auch den Beweggrund aller linken Straßenaktivisten ausmacht, denen ich mich immer verbundener fühlte als linksliberalen Maulhelden: Es sind der Nihilismus und die Frage nach einem sinnvollen und guten und gerechten Leben in einer Welt, die nicht mehr dieselbe wie vor 100 Jahren ist. Wo der raumvergessene linke Universalismus mit seiner neurotischen Ausblendung nicht auf das Erwachen der Kulturen und Identitäten reagieren kann, verfehlt die Alte Rechte mit Nationalismus und/oder Biologismus das, was als ethnokulturelle Identität überepochal auch das »Nationale« ausmacht.

Die eigentliche Frage nach dem *Telos* und nach einem Lebenssinn beantworten die Lin-

Herkunft, Gemeinschaft, Solidarität, Menschlichkeit, persönlicher Freiheit und Endlichkeit ideologisch verzerrt.

Als ich erfuhr, daß die Präsidentschaftswahl in Österreich wiederholt werden soll, war ich zuerst euphorisch und in Eroberungsstimmung. Langsam wurde mir aber wieder eine Sache bewußt: Egal, wer gewinnt, das Land bleibt gespalten. Die Hofer-Wähler und die Bellen-Wähler werden einander nicht loswerden. Wir werden miteinander leben müssen. Wir werden mit ihnen leben müssen. Ja mehr: Wir werden sie aus ihrer eigenen geistigen Einbunkerung retten müssen! Sie hatten ihr '68. Jetzt ist der Ball bei uns.

Wer sind wir und was wollen wir? Natürlich führt die Zuspitzung, die Europa heute erlebt, auch zu einer Stärkung der Alten Rechten



© Fabian Martin/IBÖ

ken mit einer in der Realität kraft- und farblos gewordenen *One-World-Utopie*, die nur mehr in den Kindergarten-Malbüchern bunt ist. Die altrechten Nationalisten kennen hier nur einen dumpfen Darwinismus, die »Lebensweitergabe um des Lebens willen«, welche niemals in der gesamten bekannten Geschichte einem Volk den notwendigen Antrieb zum Daseinserhalt gab.

Auch die dritte und vielleicht wichtigste Frage in der heutigen hypermoralischen Gesellschaft, die Frage nach dem »richtigen Leben«, wird von beiden falsch beantwortet. Die Linken predigen einen widersprüchlichen moralischen Universalismus, der heute an seiner verantwortungslosen Grenzenlosigkeit zerbricht und als einzigen Antrieb den pathologischen Schuld kult kennt. Die Altrechten und Nationalisten wollen eine Rückkehr zum engen Horizont einer tribalistischen Ethik und verkennen dabei, daß wir in einer Epoche leben, in der unumkehrbare Informationsfortschritte und technische Möglichkeiten eine gesellschaftliche Gleichgültigkeit für den Rest der Welt ausschließen. Am Ende steht hinter beiden Ideologien der neuzeitliche Subjektivismus, dessen Brille jede Daseinsfrage nach

und ihrer nationalistischen, tribalistischen und chauvinistischen Ideologie. Wenn unsere Länder überschwemmt und islamisiert, unsere Frauen und Töchter vergewaltigt werden und unsere Volkswirtschaften zusammenbrechen, ist das Klima für ein nationalistisch-rassistisches Revival denkbar günstig. Doch es ist klar, daß auch ein Nationalismus *redivivus* niemals das ganze Volk hinter sich sammeln, niemals die Studenten, die Kulturszene, die Journalisten etc. für sich gewinnen könnte. Der Grund dafür ist eben nicht nur »Umerziehung«, sondern die ideengeschichtlich bedeutende Rolle der Kritik, die sie vertreten. Sie sind damit notwendig Komparsen und Korrektive, nicht aber die Akteure einer Veränderung. Diese kann nur entstehen, wenn der Druck und die Wut der materiellen Verschärfung der Lage in einer geistigen Verschärfung gesammelt werden. Eine geistige Verschärfung, die von der taktisch-strategischen Ebene auch auf die weltanschaulich-philosophische umschlägt.

Die deutschen und französischen Neuen Rechten und vielleicht insbesondere wir in Österreich haben hier eine ausgezeichnete Aufgabe. Als Erben des extremsten Nationalismus,

als Enkel derjenigen, die alles auf die Spitze getrieben haben, stehen wir in einem besonderen historischen Gefüge. Wir sind Erben einer seltenen Tradition aus Geist und Barbarei, Archaischem und Modernem. Unsere Vorfahren haben Unvorstellbares erlitten und unvorstellbar leiden lassen. Sie haben nie Dagewesenes geleistet und sich nie Dagewesenes geleistet. Hoffnungen und Träume, Verrat und Enttäuschungen – wir leben in den Nachwehen einer emotionalen Eruption, die eine gewisse generative Lethargie und Antriebslosigkeit der Nachkommen durchaus rechtfertigt. Aber wir müssen uns erneut stellen. Unsere Flucht in die Geschichtslosigkeit endete im Jahr 2015, als die Geschichte in Form der *Refugees* in unser Land »flüchtete«.

Anders als der englischsprachige Raum, dessen rechte Intelligenz fast ausschließlich in den altrechten Mustern des *White nationalism* auf die Lage reagiert, und die slawischen Völker, denen man einen postsowjetischen Revanche-Nationalismus nicht vorwerfen kann, sind wir diejenigen, die aus dem ganzen Wahnsinn der aufgestauten Emotionen, Wünsche und Abgründe, der endlosen Langeweile und Sehnsucht nach einem Ereignis einen neuen Mythos erfahren können, in dem sich erst eine neue Thymospannung bilden kann.

Dieser Mythos muß als Erzählung an unsere geistige Tradition anknüpfen, die Geschichte in ihren Höhen und Tiefen, Herrlichkeiten und Verbrechen annehmen und sich in der denkerischen Höhe jener befinden, deren Metaphysik (d.h. Welt- und Menschenbild) heute global geworden ist: Kant, Hegel, Nietzsche, Freud und Marx.

Das alles erschließt und eröffnet sich uns nur über den größten Denker der Moderne, Martin Heidegger. Peter Trawny bemerkte bei einem Vortrag, daß in Heideggers Denkweg die Gefahr des Philosophischen, sein Selbstverrat an die Ideologie lebe. Was auch sonst? Abenteuerliches Denken kennt keine Tabus und muß sich auch der Gefahr des Irrtums aussetzen. Alles andere mündet in der geistigen Entropie eines kritischen Rationalismus und einer erstickenden, politisch korrekten Sozialtechnik.

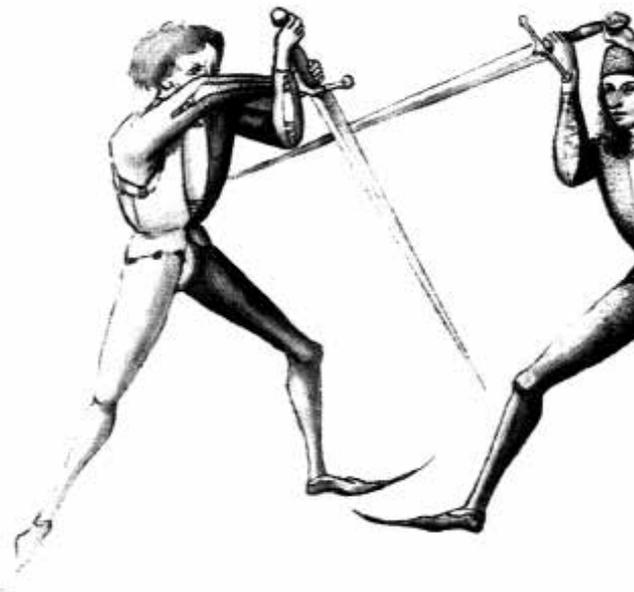
Wir selbst kommen doch geschichtlich gesehen aus dieser »Irre«, und das spannende Chaos, das wir aus ihr mitbringen, ist vielleicht das letzte, was das Abendland wieder in Bewegung setzen könnte. Eine Bewegung, die zu einer Besinnung führt, die Machenschaft beendet, statt sie als »Jude« oder »Nazi« personalisiert »vernichten« zu wollen, und – ja, so weit gehe ich – ein menschenwürdiges Leben für alle anstrebt, ohne dabei den Weltstaat und die Lüge Menschheit zu propagieren. Letztlich keine perfekte und befriedete Welt, aber eine, in der man »ohne Angst verschieden sein kann«.

All diese Ideen und Visionen gären derzeit in einigen Wenigen, von denen sich die meisten in der Identitären Bewegung sammeln. Die haben noch nicht zum Begriff gefunden. Auch die IB ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluß, sondern eine Leitersprosse. Ich weiß nur, daß es, flüchtig und verborgen, eine uneingelöste und

hochtrabende europäische Sehnsucht gibt, deren »Aufenthaltswahrscheinlichkeit« heute im neuerechten Lager am höchsten ist. Ihre Umsetzung in Taten, Bilder und Worte wird sich gegen den Prüfstein der Antifa durchsetzen.

Wie Walter Benjamin im Einklang mit Nietzsche erkennt, ist es notwendig, daß diese ersten Schritte unzeitgemäß, lächerlich und absurd erscheinen. Sie sind nämlich das »ganz Andere« zum gewohnten Einerlei. Nur eine gesunde Prise Ironie und eine gewisse Unschärfe und Ablehnung der endgültigen Systematik, eine gewisse Unordentlichkeit sind vielleicht zu dieser Aufklärung über die Endlichkeit der Aufklärung in der Lage. Darin kommt vielleicht den traditionell unphilosophischen, unsystematischen und schlampigen Österreichern und ihrer Vereinigung von barocker Geistigkeit und östlicher Ungeformtheit eine besondere Rolle zu.

All diese Gedanken und Ideen verführen, überfallen mich immer dann, wenn ich sie nicht durch konkreten Aktivismus bändigen kann. Am Ende sind es jedoch Fragen, die nicht nur rein denkerisch beantwortet werden können. Hugo von Hofmannsthal, der Stifter des Begriffs »konservative Revolution«, der in der IBÖ gerade wiederentdeckt wird, sagt: »Der Glaube an Europa ist das geistige Fundament unseres geistigen Daseins. Ihn mit deutlichen Worten zu verleugnen, hätte niemand den Mut, so kommt alles darauf an, daß er durch aufbauende Taten immer wieder bekannt werde.«



Da ich und andere diesen Taten treu bleiben werden, werden wir der Antifa auch weiterhin auf der Straße begegnen. Es kommt aber darauf an, daß wir ihr auch geistig begegnen und uns mit ihr auseinandersetzen. In dieser Begegnung gilt es, tiefer zu sehen als sie und sich trotz aller Niedrigkeit und Bosheit nicht auf ihr Spiel einzulassen, bis zuletzt die Offenheit und Gesprächsbereitschaft zu bewahren. Denn sie ist ein Teil von uns. Drieu la Rochelle schrieb, kurz bevor er sein eigenes Leben beendete, dies: »Ihr werdet mir nicht entkommen, ich werde euch nicht entkommen.« So ist es, Antifa. ■

Fünf Thesen zum ausbleibenden Ereignis

von Johannes Konstantin Poensgen

Dieser Thesenanschlag richtet sich an die Adresse der Identitären Bewegung und besonders an Martin Sellner. Konkreter Anlaß ist Sellners Text über ein kommendes Ereignis, der nebenstehend veröffentlicht ist und die innere Problematik jener Weltanschauung, die unter der Marke »identitär« die Jugend zu erobern versucht, allzu deutlich aufzeigt. Es ist die Weitschweifigkeit des identitären Realitätsverlustes, der mehr als alles andere die vorliegende Form der einzelnen Thesen erzwingt. Ich kann nur hoffen, daß dies trotz der notwendigen Schärfe zur Verständigung führt.

1. Die Vierte Politische Theorie ist ein Lückenbüßer.

An dieser Stelle kann ich nur betonen, daß sich dieser Angriff weit weniger gegen Alexander Dugin, als gegen seine europäischen und insbesondere deutschen Anhänger richtet. Dugin ist eine der tragischsten Figuren unserer Zeit. Er verkörpert wie kein anderer die nicht mehr erfüllbaren Sehnsüchte des Russentums. Man muß nur kurz an der Oberfläche seiner Vierten Politischen Theorie kratzen, um den Gedanken des Dritten Roms dahinter zu erkennen, der sich in die moderne Welt verirrt hat. Noch 1878, als russische Truppen sechzig Kilometer vor Konstantinopel standen und Dostojewski darüber in religiöse Ekstase geriet, hätte dieser Gedanke der Gründungsmythos einer jungen Kultur sein können, wie es der einer *Translatio imperii* ab Karl dem Großen im Abendland war.

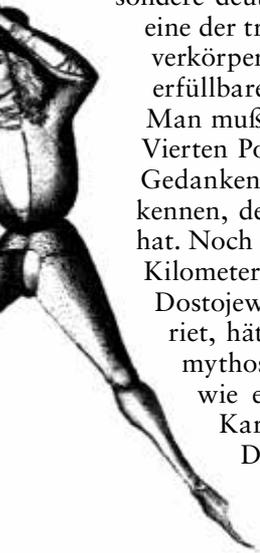
Doch die Welt hat sich seither auf eine Weise verändert, die dies unmöglich macht. Rußland, dessen Demographie sich der Westeuropas angleicht, hat die Züge eines vergreisten Kindes angenommen. Und seien wir ehrlich, ist es nicht dieses Hätte-sein-Können, das viele Deutsche mit Rußland fühlen läßt? Erblicken sie darin nicht ein verwandtes Schicksal?

Es mag sein, daß ich mich bezüglich Rußland letztlich dennoch täusche und in diesem Volke doch noch die Kraft eines großen Glaubens schlummert, mehr noch, daß die Russen in der Lage sein werden, diesen Glauben im 21. Jahrhundert zu behaupten und zu gestalten. Immerhin gibt es wieder Einsiedler in der Taiga. Selbst dann wäre die Übernahme der Vierten Po-

litischen Theorie durch Europa aber eine Lachnummer. Das fängt bereits damit an, daß es sich dabei weit weniger um eine politische Theorie denn um eine seltsam erzwungene Übertragung von Adventsstimmungen auf eine politische Theorie handelt, die sich irgendwann offenbaren soll. Man erhofft sich von irgendwoher einen geistigen Impuls, von dem man noch nicht einmal genau sagen kann, welcher Not er denn eigentlich abhelfen soll, außer dem Mangel an Weltanschauung *per se*. Die Vierte Politische Theorie ist nicht nur nicht ausgearbeitet, sie hat noch nicht einmal einen benennbaren Gegenstand.

2. 1968 taugt nicht als Schablone für die eigenen Zielsetzungen.

Die Studentenrevolte ist, gemessen an den eigenen Maßstäben, gescheitert. Der sogenannte Erfolg von 1968 bestand in der Integration von Teilen des Personals und einiger Affekte und Ideologeme in den Nachkriegskonsens. Dies geschah nur dort, wo dieser Konsens durch die Ergänzungen nicht gestört wurde. Dabei könnte man es belassen, wenn die Achtundsechziger nicht immer wieder oft recht unreflektiert als nachahmenswertes Beispiel für gelungene Metapolitik herangezogen würden. Es stimmt, daß sich linke Ideologeme im Gefolge der Achtundsechziger in vielen Bereichen durchsetzten. Aber diese waren fast durchweg mit dem herrschenden System kompatibel. Der Globalismus ist älter als 1968. Seine Geschichte ist noch nicht geschrieben, aber sie ist deutlich komplizierter und nicht auf den Faktor Metapolitik reduzierbar. Dem Mythos 1968 ist überdies der Mythos 1989 hinzuzufügen. Die Anziehungskraft beider beruht auf der Illusion einer nicht nur friedlichen, sondern geradezu schmerzfreien Revolution. Diese Illusionen dienen als Opiate, mit denen man sich aus den politischen Realitäten in eine ideengeschichtliche Traumwelt flüchtet. In diesem Reich der Ideen spielt dann die Wall Street ebensowenig eine Rolle wie die EU oder die brutale Tatsache des Bevölkerungsüberschusses der Dritten Welt und die damit einhergehenden biopolitischen Konsequenzen. Alles läuft auf die Anziehungskraft der eigenen Ideen hinaus, die man den gegnerischen schon *a priori* für überlegen hält. Es ist die Reduktion der Politik auf ein Gemenge aus Philosophie und Propaganda.



3. Die weltanschauliche Lage innerhalb Deutschlands ist seit 1945 vornehmlich eine außenpolitische Angelegenheit.

Diese Formulierung ist präziser als die Charakterisierung Deutschlands als eines »immer noch besetzten Landes«. Letztere beruht meist auf einer verkürzten Wahrnehmung. Es werden einzelne Aspekte herausgegriffen, durch die das Ausland in Deutschland hineinregiert: die EU, die transatlantischen Netzwerke und Geheimdienste oder auch die Drohung mit der *Ultima ratio* des amerikanischen Militärs. Nun spielt all dies eine Rolle, doch viel fundamentaler ist die Tatsache, daß der außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands seit 1945 außerordentlich eingeschränkt ist und es letztlich nicht möglich ist, das Machtsystem der westlichen Welt zu verlassen. Dies hat direkte weltanschauliche und metapolitische Konsequenzen. Es bedeutet nämlich, daß Opposition gegen diesen *Status quo* nur aus der Position der politischen Bedeutungslosigkeit möglich ist. Auch nur in der Nähe politische Verantwortungsträger wird sie sehr schnell unhaltbar. Dies ist der letzte Grund, warum es in Deutschland der Rechten kaum möglich war, die institutionelle Unterstützung zu finden, die der Linken zuteil wurde, obwohl die intellektuelle Rechte über eine Reihe von Sympathisanten in der Politik verfügte, beispielsweise Franz Josef Strauß oder Alfred Dregger. Linker Antiamerikanismus ist einem antiimperialistischen Gerechtigkeitsimpuls und keinem nationalen Freiheitswillen geschuldet. Er ist deshalb weit einfacher in das bestehende System zu integrieren. Das muß sich jeder bewußtmachen, der aus Vergleichen mit dem innenpolitischen Gegner Schlüsse für die eigene Strategie ziehen will.

4. Die nationale Grunderfahrung des heutigen Deutschlands liegt in der Erfahrung, daß Moral durch Macht herstellbar ist. Diese Erfahrung taugt nicht zum Mythos.

Diese Erfahrung aus beiden Weltkriegen war weit tiefschürfender als die alte Weisheit, daß Macht Recht schaffe. Das moralische Verdammungsurteil über Deutschland wurde strukturell-psychologischer Bestandteil der Nachkriegsordnung. Der amerikanische Propagandist Walter Lippmann prägte den Satz, ein Krieg sei erst dann gewonnen, wenn die Propaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher der Besiegten gefunden habe. Wir Deutschen haben die nicht selbstverständliche Erfahrung hinter uns, daß dies machbar ist. Jeder Deutsche muß sich dieser Tatsache gegenüber irgendwie verhalten. Bezüglich der Art dieses Verhaltens gibt es drastische Unterschiede, sie reichen vom Holocaust-Revisionismus bis zum Verbot desselben und von Hans-Dietrich Sander bis Jürgen Habermas. Ihren reinsten und sich seiner selbst am intensivsten bewußten Ausdruck hat dieses Verhältnis des Deutschen zu seiner moralpolitischen Lage im *Glossarium* Carl Schmitts gefunden.

Die Wurzel eines neuen Mythos liegt hier allerdings ausschließlich für Holocaustleugner und Auschwitzkultisten. Für jeden, der sich

keine dieser beiden Positionen zu eigen macht (die sich darin gleichen, daß sie an die Macht der Wahrheit glauben), kann diese Erfahrung nur die Grundlage bitteren Zynismus' sein. Aus diesem Grund ist Deutschland gerade nicht zum Ausgangspunkt einer neuen geistigen Lage prädestiniert. Daran ändert auch der vorhandene Mythos der deutschen Heldentaten der Weltkriege nichts. Damit der Mythos eines heroischen Untergangs zur Kraftquelle späterer Generationen werde, muß der Kampf auf irgendeine Weise fortgesetzt werden. Dies ist (siehe These 3) nicht möglich. So erklärt sich auch die statuenhafte Präsenz dieses Mythos bei gleichzeitiger Inaktivität. Irgendwo im Herzen jedes Deutschen liegt ein Stahlhelm herum. Aber er bleibt liegen, man kann ihn nicht aufsetzen. Wer nun glaubt, irgendwo zwischen Stalingrad und Auschwitz das antimoderne Ereignis ausgraben zu können, hat den Boden der Wirklichkeit verlassen.

5. Die Initiative liegt derzeit bei den Vereinigten Staaten von Amerika.

Dieser Punkt mag der am schwersten zu schluckende sein, degradiert er uns doch auf den Rang von Hilfstruppen der amerikanischen »Alt-Right«. Der Grund für dieses subalterne Verhältnis liegt zum Teil in der politischen Übermacht der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Ländern begründet, die jede nationale Revolution in Europa in die Muster der transatlantischen Beziehungen zwingt. Sie ist aber auch einer geistigen Vorrangstellung geschuldet, die sich die amerikanische Rechte im Verlauf der letzten dreißig Jahre erarbeitet hat. Den *White nationalism* als geistesgeschichtlich überholten Restbestand der »3. Politischen Theorie« abzutun, ist ein morphologischer Fehlschluß. Es stimmt, daß man die Geburtsstunde des *White nationalism* auf die Gründung der clownesken American Nazi Party George Lincoln Rockwells legen kann. Aber zum einen hat dieser Strom des US-amerikanischen Denkens seither einen weiten Weg zurückgelegt. Zum anderen lag ihm bereits damals (und wieviel mehr heute?) eine Erfahrung der amerikanischen Rechten zugrunde, die ihre europäischen Pendanten noch vor sich haben.

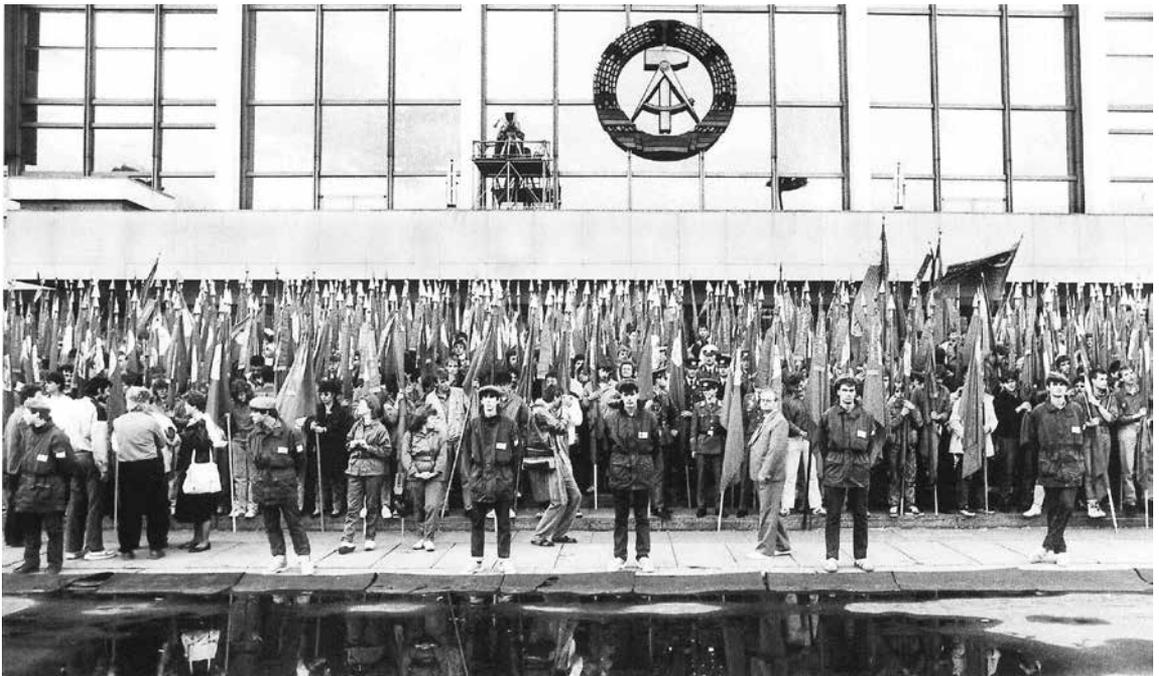
Ein starker metapolitischer Konservatismus, wie er das Ziel der meisten europäischen Rechten darstellt, existiert in den Vereinigten Staaten spätestens seit den Tagen Joseph McCarthys und William F. Buckley jr.s, also seit etwas über einem halben Jahrhundert. Richard Nixon, Ronald Reagan und George W. Bush sind auf dieser Welle ins Weiße Haus geritten. Nichts davon konnte die schrittweise Kapitulation vor geschaffenen Tatsachen aufhalten, die sich nur noch durch äußerst schmerzhaft Maßnahmen unter hohen moralischen Einbußen zurücknehmen ließen. Und dies ist eben auch eine Kapitulation vor den Ideen der Linken, deren Grundlage man zumindest als gegeben akzeptierte.

Im Ergebnis hat diese Erfahrung drei Eigenschaften der amerikanischen Rechten hervorgebracht, die sie vor ihren europäischen Gegen-

stücken auszeichnen. Erstens eine umfassende Kritik des Konservatismus, wie sie sich am klarsten in Alex Kurtagiás klassischem Essay ausdrückt (*Warum Konservative immer verlieren*) und heute mit »Cuckservative« einen Ausdruck von angemessener Vulgarität gefunden hat. Zweitens verfügt die amerikanische »AltRight« über einen Vorsprung in puncto Illusionsverlust. Sie ist zur Zeit das einzige politische Lager von einiger Bedeutung, in dem eine schonungslose Lageanalyse bereits vor dem fünften Bier einsetzt. Es ist kein Zufall, daß der schärfste Denker der alten Nouvelle Droite, Guillaume Faye, heute vielleicht mehr nach Amerika als nach Frankreich wirkt.

Drittens ist die moderne Humangenetik und Rassensoziologie zum größten Teil das

allen dazugehörigen Problemen in der modernen, globalisierten Welt gelegt. Das wird zwar nicht zur Ereignisung des Ereignisses führen, trägt aber die Möglichkeit einer kopernikanischen Wende in sich. Der eines Giordano Bruno würdigen Standhaftigkeit dieser Wissenschaftler wird es zu verdanken sein, wenn in zwanzig Jahren jeder, der behauptet, daß alle Menschen gleich geschaffen seien, angeschaut wird, als hätte er gesagt, die Sonne drehe sich um die Erde. Sie haben diese Behauptung nicht nur als offenkundigen Unfug zurückgewiesen, sondern begründet, warum sie falsch ist und wie es sich stattdessen verhält. Die akademischen Mühlen mahlen langsam und oft stockend, aber wenn sie einmal mahlen, dann mahlen sie gründlich. Es ist dadurch möglich geworden, die gefähr-



Werk amerikanischer Wissenschaftler. Deren Bedeutung kann kaum unterschätzt werden. In Europa herrscht rechts wie links weiterhin ein unbewußt eurozentrischer Gebrauch des Wortes »Mensch« vor. Das bedeutet: Man sagt Mensch, denkt aber nur an den Europäer. Selbst der Ethnopluralismus, der unzweifelhaft ein Schritt in die richtige Richtung ist, ist sich der eigenen Implikationen kaum bewußt. Er hängt immer noch an dem antirassistischen Kurzschuß Alain de Benoists, wonach schließlich ein Maßstab zum Vergleich unterschiedlicher Rassen und Kulturen fehle, folglich jede Hierarchisierung ins Leere laufe – als ob die realen Konsequenzen durch Verzicht auf eine abstrakte Wertung an-sich irgendwie weniger bedeutsam wären! In Deutschland kommt hier noch eine unglückliche Tradition der Konservativen Revolution hinzu, in der der Protest gegen Darwin aus Gründen einer Art philosophischer Ästhetik und der zweischneidigen deutschen Sucht nach Tiefgründigkeit zum guten Ton gehörte.

Demgegenüber haben Amerikaner, von Putnam über Rushton bis McDonald, die Grundlage zum Verständnis menschlicher Vielfalt mit

lichste Lüge der Moderne auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Schlußbemerkung:

Es mag angesichts der unzweifelhaften Leistungen der Identitären Bewegung zu scharf klingen, aber diese Bewegung und mit ihr der beste Teil unserer Jugend droht in ein politisches Traumland abzurutschen. Es droht heute die sehr ernste Gefahr eines rechten 1968. Sollte die Energie, die jetzt gesammelt wird, in romantischen Seifenblasen zerplatzen, wird es eine zweite Chance nicht geben. Ich kann bereits die enttäuschten Aktivisten in fünf Jahren vor mir sehen, die betrunken über das Ausbleiben des Ereignisses trauern, wie ihre Vorgänger in den Siebzigern die nicht eingetretene Weltrevolution bejammerten. Unsere Jugend ist heute auch im Politischen vor die Entscheidung gestellt, sehr schnell oder gar nicht erwachsen zu werden. Es mag sein, daß ich den Wert der Begeisterung unterschätze, aber sie ist eine Tugend für Geführte. Von jedem, der heute Verantwortung trägt, ist allerdings das Schwierigste gefordert: zu sehen – und weiterzumachen. ■

Wer will hier wen auslöschen?

Claus Leggewie: *Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co.*, Berlin: Suhrkamp 2016. 176 S., 15 €

Franco »Bifo« Berardi: *Helden. Über Massenmord und Suizid*, Berlin: Matthes & Seitz 2016. 282 S., 22,90 €

Das furchteinflößendste Gespenst in Europa ist neuerdings das Gespenst des Identitären. Der Gießener Kulturwissenschaftler Claus Leggewie sieht in seinem Suhrkamp-Bändchen über die »Anti-Europäer« diese als »selbsternannte Erben der Konservativen Revolution« und subsumiert unter diesem Label sehr heterogene Prototypen: den norwegischen Mörder Anders Breivik, den russischen Philosophen Alexander Dugin und den syrischen islamistischen Prediger Abu Musab al-Suri.

Ihm ist methodologisch klar, daß es nur ein Vergleich, keine Gleichsetzung werden kann, aber auch Vergleiche bergen ihre Gefahren. Aristoteles' metaphortheoretisches Beispiel »Achilles ist ein Löwe« bedeutet nicht, daß alle Attribute des Löwen in der Metapher gemeint sind, Achilles hat keinen Schwanz und stinkt nicht aus dem Hals. Leggewies Vergleich stinkt ziemlich aus dem Hals, aus zwei Gründen.

Das Feindbild seiner antieuropäischen Gruselgestalten ist »Europa in seiner dreifachen Gestalt als Wertegemeinschaft, gemeinsamer Markt und politische Union«. Ein ausgesprochen voreingenommener Europabegriff, ziemlich derselbe, den Angela Merkel gegen den »Anti-Europäer« Donald Trump aufbot. »Europa« als Metapher: Da schwingen für manchen Hörer zu viele nicht mitgemeinte stinkende Attribute mit.



Der zweite Grund ist sein blinder Fleck. Das Buch endet mit einem Kapitel »Kritik der exterministischen Unvernunft«. Bezugstitel dafür ist natürlich Kants *Kritik der reinen Vernunft*, in endloser Reihe ist diese Konstruktion schon übernommen worden. Nur ist Kants Titel doppeldeutig: »der« Vernunft ist *Genitivus subiectivus* (die Vernunft kritisiert ihre »Reinheit«) und *Genitivus obiectivus* (die Vernunft wird von der »reinen« Vernunft kritisiert). Claus Leggewie kritisiert die auslöschungswütige Unvernunft seiner gefährlichen Typen, aber seine eigene ist unbeabsichtigt mitgemeint!

Es ist nämlich »exterministisch« und hochgradig unvernünftig von ihm, gegenwärtiges identitäres Denken als gegen Europa gerichtet und als mordlüstern zu kategorisieren. Die Identitäre Bewegung hat einen ausgesprochen positiven Bezug (»Defend Europe!«) zu Europa, daher ist es geradezu unbegreiflich, sie als Europas Feinde zu sehen. Das liegt daran, daß der Autor mit seinem neckischen »& Co.« im Buchtitel das ganze Spektrum der Neuen Rechten *in summa* mit Breivik zusammenstopft, den er folglich auch nicht für einen Psychopathen hält, sondern für einen rechten Gewährsautoren. Das Mordlüstern, das er uns unterstellt, ist von einer Gehässigkeit,

die einer doch wohl wissenschaftlich gemeinten Abhandlung unwürdig ist. In Schnellroda »warte man nur darauf«, daß »Aktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte und Moscheen«, die »den Mordtaten eines Breivik näherkommen«, geschähen. Leggewie glaubt allen Ernstes, daß Thor v. Waldsteins »Widerstand« im breivikschen Sinne insinuierte. Berardi schreibt besser, kommt er doch als linker Italiener aus

der französischen Postmoderne und Leggewie aus der Habermasschule. Berardis Buch vertritt die These, daß aktuelle Amokläufe und Suizide Ausgeburten des mörderischen Spätkapitalismus sind. Dazu kommt eine von Baudrillard geborgte Virtualitäts- und Simulationstheorie, die nicht viel Neues liefert, außer daß Berardi seine unwirklichen »Helden«, die im Selbstmord endlich wirklich werden wollen, durch Filmanalysen einfangen kann. Im Internet und Videospiel verloren, gebricht es den Prototypen der Gegenwart an nichtentfremdeter Wirklichkeit, deshalb töten sie.

Während Leggewie Breivik für psychisch zurechnungsfähig hält und die Neue Rechte für seine latent zu denselben Taten bereiten Gesinnungsgenossen, denkt Berardi, daß Breivik frühkindlich gestört sei, aber der Großteil der Europäer dies latent ebenso wäre, weil wir alle im Kapitalismus leben. Berardi ist da stark, wo seine Kapitalismuskritik intensive Verlustbilder entwickelt. Eigentlich müßte er nun dahin kommen, zu überlegen, was die Ursache dieses Verlusts des Eigenen ist. Dies steht ihm jedoch nicht zu Gebote, denn er hält Identität für das Böse schlechthin. Der »italienische Meisterdenker« (Umschlagtext) spricht von der »Krankheit, die uns unter dem Begriff Identität geläufig ist. Identität ist nicht natürlich. Identität ist ein kulturelles Produkt«. Für glücklicherweise identitätslos und daher seiner »ironischen Utopie« der Menschlichkeit zugrunde zu legen hält er am Ende ausgerechnet: die Juden. »Eigentlich sollte man, um sicherzugehen, daß man unter keinen Umständen ein Faschist werden kann, zunächst sämtlichem Identifikationsdruck widerstehen.« Franco Berardi erweist sich hiermit wie sein deutscher Kollege als unvernünftiger Auslöcher – der europäischen Völker.

Caroline Sommerfeld

Da müssen wir durch!

Ellen Kositzka: *Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt*, Schnellroda: Antaios 2016. 160 S., 13 €

Mithu Melanie Sanyal: *Vergewaltigung. Aspekte eines Verbrechens*, Hamburg: Edition Nautilus 2016. 240 S., 16 €

»Köln, Silvester 2015«: Beiden hier zu besprechenden Büchern ist gemein, daß sie sich nicht in der Hauptsache um jene notorische Nacht drehen, daß sie die »Vorfälle« aber als einen Angelpunkt nehmen. Beide Autorinnen sind weiblich, westdeutsch sozialisiert, ähnlichen Jahrgangs, Mütter. Beide haben sich in vorangegangenen Publikationen mit der rezenten Geschlechterpolitik auseinandergesetzt. Sanyal, Kulturwissenschaftlerin, tat das eher handfest (ihr Buch *Vulva. Die Enthüllung des unsichtbaren Geschlechts*, 2009, wurde breit rezipiert), Kositzka eher sublim; hier wäre an ihr Büchlein *Gender ohne Ende* (4. Auflage 2016) zu denken oder an zahlreiche Langartikel zu den Themen Feminismus, Mutterschaft und sexuelle Lebensformen. Beide Autorinnen denken »quer« zum Mainstream, beide schreiben alert und unterhaltsam; allein die Leserichtung unterscheidet sich. Beginnen wir mit der gewohnten Ausrichtung: von links. Sanyals Buch wäre ähnlich umfangreich wie Kositzkas, wenn hier nicht knapp 60 Seiten Literatur, Fußnoten und Register hinzukämen. Kositzkas Buch entbehrt all dessen, was man schade finden kann, allerdings: Zumal beide Schriften dichte Essays sind und keine wissenschaftlichen Arbeiten, ist der Mehrwert gering. Sanyals *Vergewaltigung* weist ein deutliches Gefälle auf: Sind über die Hälfte der neunzehn Kapitel ein Lesegewinn, baut das Buch zum Ende hin ab, weil es sich ideologisch verstrickt. Durch die Richter*in, Soziolog*in und Täter*in muß man ohnehin durch, solche Sprachregelungen gehören zu den linksge-

strickten Maschen. Eine Grundthese von Sanyal lautet, daß der Vergewaltigungsdiskurs »eine der letzten Bastionen und Brutzellen für Geschlechterzuschreibungen« sei. Lassen wir Sanyal ihren Spleen, daß es »Mann« und »Weib« nicht gäbe, profitieren wir dennoch von ihren Fundstücken und Analysen! Sanyal nennt Vergewaltigung »das am meisten gegenderte Verbrechen« und meint damit, daß sich die Täter- und Opferzuschreibungen über die Jahrhunderte (sie sagt: zu Unrecht) betonierte hätten. Sie zitiert den römischen Dichter Ovid: »Sie wird vielleicht dagegen ankämpfen und Unverschämter! sagen; sie wird aber im Kampf besiegt werden wollen.« Sanyal gibt die hohe Zahl männlicher Vergewaltigungsoffer zu bedenken (rund 240000 jährlich allein in amerikanischen Gefängnissen!) und hinterfragt zugleich die These, ob Vergewaltigung wirklich deshalb als ein so schlimmes Verbrechen gelten müsse, weil dabei »Seele und Essenz der Frau« angegriffen werden. Sie argumentiert dabei vorsichtig – mit Rücksicht auf die Gefühle von Opfern, also anders als die hammerharte Antifeministin Camille Paglia, die gleichfalls vor einer Dramatisierung des Notzuchtfalles warnte –, gibt aber zu bedenken, daß betroffenen Frauen besser geholfen wäre, wenn eine Vergewaltigung nicht als Ehrverlust, sondern als »sexualisierte Gewalt« gehandelt würde. Sie kann das formidabel begründen, redet sich aber in späteren Kapiteln um Kopf und Kragen. Im Falle von »Köln« seien die Taten »rassifiziert« worden. Nach hinten läuft das Buch aus in der Wiedergabe von Zeitungsartikeln und Stellungnahmen feministischer Denker*innen. Das ist schade, weil beispielsweise Sanyals Darlegungen über »Schamkonzepte«, über das »Dampfkesselmodell« des 18. und 19. Jahr-

hunderts (heißt: Mann braucht Druckausgleich) oder über »Notzucht als Delikt gegen die Allgemeinheit« (Reichsstrafgesetzbuch von 1871) in den vorderen Kapiteln eminent lesenswert sind. Apropos »Allgemeinheit«, ein Wort, das auch wegen seiner Doppeldeutigkeit trifft. Wer spricht noch von Allgemeinheit, wo es um Individuen geht und – im Falle von sexuell motivierten Übergriffen durch Landesfremde – um gemeine »Einzelfälle«?

Kositzka hat spürbar Freude daran, in einem bittersüßen Ton den berichtigten »Elephanten im Zimmer« zu umschreiben, zu bestaunen und zu markieren und all jene Salonteilnehmer zu bespötteln, die sich aus Gründen der Dezenz oder einer degenerierten Moralität weigern, das große Tier überhaupt wahrzunehmen. Das große Tier, es ist jene



Spezies der Neuankömmlinge (wobei Kositzka betont, daß nur der Name, nicht aber das Phänomen des *Street harassment* »neu« sei), die hier unbeweibt, jung und äußerst selbstbewußt sich derjenigen zu bemächtigen versucht, die im korangrundierten Herkunftsland als »Huren« gesehen werden. Warum schreit der Neofeminismus hysterisch auf, wenn ein Altherrenwitz gerissen wird, schweigt aber zu tätlichen Übergriffen, wenn sie von den heiligen Stieren der multikulturell erleuchteten Linken verübt werden? Ist das eine Sehschwäche (Kositzka sagt: Sie sind nackt, haben aber die Augen tugendhaft verschleiert), eine Krankheit oder einfach der Abgrund? Die Autorin – offenen Auges! – neigt zu letzterer Sichtweise. Trübsal wird dennoch nicht geblasen, sondern ein überaus flotter Marsch. Zu dieser Musik läßt Kositzka die Forscherinnen der *Critical whiteness* und die linken Gewaltmännerversteherinnen tanzen. Sie kennt ihre Pappenheimer.

Wiggo Mann

Männlichkeiten

Stefan Horlacher/Bettina Jansen/Wieland Schwanebeck (Hrsg.): *Männlichkeit. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart: Metzler 2016. 382 S., 69,95 €

Titelgebung und Inhaltsverzeichnis dieses in der renommierten Metzler-Reihe erschienenen Kompendiums versprechen einen repräsentativen Überblick über wissenschaftliche Ansätze und Anstrengungen, der Konstitution von »Männlichkeit« auf die Spur zu kommen. Und wirklich bemüht das Autorenkollektiv nicht nur diverse Fächer wie Soziologie, Ethnologie, Geschichte, Linguistik, Pädagogik und Philosophie, um der reklamierten Interdisziplinarität gerecht zu werden, sondern bietet zudem ein zwischen Ländern differenzierendes Resumé der aktuellen Forschungslage. Allerdings verrät schon die Arroganz, mit der osteuropäische und russische Studien als »biologisch« diffamiert werden, daß diese »Männlichkeitsforschung« mit solider Forschung weit weniger gemein hat als mit einer sektiererischen Geschlechterideologie, die nach ihrer westlichen Erfolgsgeschichte endlich eine globale Vorherrschaft anstrebt. Erklärtermaßen richtet sich dieses Handbuch denn auch gegen eine »populistische Männlichkeitsdebatte«, wie sie hierzulande von »weit rechts« stehenden Autoren wie Arne Hoffmann oder Akif Pirinçci geführt werde. Nach Maßgabe der angelsächsischen »Men's« und »Masculinity Studies«, die das geschlechterdemokratische Defizit der frauenpolitisch dominierten »Gender Studies« durch eine Dekonstruktion auch von »Männlichkeitsbildern« zu beseitigen suchen, gilt es in letzter Konsequenz, »Männlichkeit als forschungsleitenden Begriff zu verabschieden«.



Die so doktrinär wie redundant zitierten Referenztheoretiker dieses Sammelwerkes sind erwartungsgemäß der Diskursanalytiker Michel Foucault und die Genderphilosophin Judith Butler, die in ihrem postmodernen Wahrheitsrelativismus und Wissenschaftsskeptizismus stets vertreten haben, daß selbst methodisch kontrollierte Forschungen zu Geschlechtsidentitäten und -differenzen nichts als trügerische Formen diskriminierenden »Macht-Wissens« darstellen. In diesem Sinne bekennen sich die Herausgeber zu dem konstruktivistischen Dogma, »Männlichkeit« sei im wesentlichen ein soziokulturelles »Narrativ« – und verbannen humanbiologische Erkenntnisse ohne viel Federlesens in die Vorhölle eines geschlechterpolitisch unkorrekten »Essentialismus«. Man staunt nicht schlecht über die Selbstverständlichkeit, mit der hier ganze wissenschaftliche Disziplinen von größter thematischer Relevanz wie Evolutionstheorie, Soziobiologie, Humanethologie, Hormon- und Hirnforschung zumindest marginalisiert, wenn nicht vollständig ignoriert werden. So konsequent etwa naturwissenschaftlich profilierte Geschlechterforscherinnen wie Susan Pinker oder Doris Bischof-Köhler, die in den letzten Dekaden frischen Wind in eine selbstreferentiell und steril gewordene Genderdebatte gebracht haben, aus dieser »Scientific community« ausgeschlossen werden, so penetrant ergreifen wissenschaftlich unbedarfte Ideologen das Wort, um beileibe nicht nur soziale Geschlechterrollen, sondern noch den biologischen Geschlechtsdimorphismus selbst zu einem »binären Konstrukt« des »bürgerlichen Zeitalters« zu fiktionalisieren. Über evolvierte Erbkoordinaten, die der kulturellen Variabilität männlicher Wesenszüge allemal Grenzen set-

zen, ist in diesem Band nur am Rande etwas zu erfahren. Was die mit Psychologie und Psychoanalyse befaßten Beiträge über Genese und Struktur von Männlichkeit zu berichten wissen, läßt immerhin auf gewisse anthropologische Konstanten schließen. Und der komprimierte Beitrag zur Humanbiologie und -medizin getraut sich als Ergebnis neuester Studien sogar zu vermelden, daß geschlechertypische Verhaltensprofile sich »weitestgehend unabhängig vom kulturellen Hintergrund« herausbilden. Demgegenüber lassen zeitgenössische Krisenerfahrungen vielfältig sich auflösender »Männlichkeiten«, wie sie vornehmlich in ästhetischen Medien reflektiert werden, gewiß eine höhere kulturelle Bedingtheit vermuten; nicht von ungefähr stellen gerade die von der Literatur- und Kunstgeschichte sowie der Fotografie- und Filmgeschichte entworfenen Gender-Panoramen eine kulturelle Bereicherung dieser Publikation dar. Insgesamt jedoch bleibt die als Novität präsentierte Männlichkeitsforschung einem anachronistisch-behavioristischen Bild vom Menschen verhaftet, der auch als Geschlechtswesen zu einer beliebig konditionierbaren *Tabula rasa* entnaturalisiert wird. Letztlich propagiert dieser Glaube an eine *Creatio ex nihilo* des »Mannes« nur eine kulturalistische Variante des Kreationismus, welche mit dem theologischen Original ein tiefsitzendes Ressentiment gegen die Darwinsche Evolutionslehre und die modernen Naturwissenschaften überhaupt verbindet. Und freilich ist es dieser gegen alles Eingedenken der Natur im Menschen verhärteten Doktrin geschuldet, daß die interdisziplinäre Chance, Bio- und Kulturwissenschaften gleichgewichtig in die Waagschale zu werfen, um natürlichen Dispositionen und sozialen Konstruktionen von »Männlichkeit« gleichermaßen Rechnung zu tragen, in diesem Handbuch grandios verspielt wurde.

Siegfried Gerlich

Askese und Tat

Oliver Jens Schmitt: *Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers*, Wien: Paul Zsolnay 2016. 336 S., 26 €

Ernst Nolte bezeichnete die Bewegung des rumänischen politischen Aktivisten und religiösen Mystikers Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938) als die wahrscheinlich »interessanteste und vielseitigste aller faschistischen Bewegungen«. Es verwundert daher, daß bisher keine Biographie des radikalen Sonderlings vorlag. Der in Wien lehrende Südosteuropa-Historiker Oliver Jens Schmitt hat diese Forschungslücke nun geschlossen. Schmitt schreibt die Familien- und Lebensgeschichte Codreanus im Kontext seiner Zeit, untersucht Ideen und Taten, Persönlichkeitsstruktur und religiöse Prinzipien, porträtiert die unterschiedlichen organisatorischen Hüllen seiner grüngekleideten »Legionäre« wie die »Legion Erzengel Michael«, die »Eiserne Garde« oder die Ende der 1930er Jahre erfolgreiche Wahlpartei »Alles für das Land«. Nebenbei gelingt es Schmitt, dem Leser die Sozialgeschichte des Rumäniens der Zwischenkriegszeit verständlich zu machen; er untersucht soziale und ethnische Krisengebiete des nach dem Ersten Weltkrieg geborenen »Groß-Rumänien« mit seinen starken Minderheiten, analysiert sozioökonomische Widersprüche innerhalb der extrem polarisierten Gesellschaft (Stadt vs. Land, Altreich vs. neugewonnene Gebiete, Rumänen vs. Juden, Bauern vs. Arbeiter, systemtreue Rechte vs. systemfeindliche Rechte usw.) und gewährt einen »kurzen Lehrgang« in Wesen und Gestalt der politischen Rechten des Landes. Es käme einer Gesamtzusammenfassung des Buches gleich, wollte man die einzelnen As-



pekte destillieren, die Schmitts Codreanu-Biographie unverzichtbar für kommende Auseinandersetzungen mit dem rumänischen und europäischen Faschismus werden lassen. Zwei Gesichtspunkte sind dennoch besonders erhellend. Erstens räumt Schmitt mit dem Mythos der Legionäre als einer von Codreanu ideell homogenisierten Sekte auf. Veranschaulicht wird vielmehr, daß die nationalreligiöse Eiserne Garde kein monolithischer Block gewesen ist, sondern unterschiedliche, kaum in weltanschaulichen Einklang zu bringende Flügel beherbergte, die nur durch die Loyalität zu ihrem Anführer zusammengehalten wurden. Erstmals wird die sozialrevolutionäre Strömung der Garde herausgearbeitet. Forderungen wie die Enteignung des Grundbesitzes, Verstaatlichung der Wirtschaft oder die Idee einer »legionären Kommune« ließen beispielsweise die Kommunisten Rumäniens schlicht obsolet werden – und ermöglichten einigen Veteranen der Bewegung in Zeiten des Kalten Krieges den Übergang zum »Nationalkommunismus«.

Zweitens wird in vorliegendem Werk deutlich, daß sich der von Legionärsympathisanten als »Verrat« gewertete Schritt Hitlers, 1940 ff. nicht auf die Legion, sondern auf deren rechte Todfeinde zu bauen, Jahre vorher abzeichnete. Bereits zu Lebzeiten Codreanus war man im Dritten Reich stärker an seinen Feinden um Octavian Goga und A. C. Cuza interessiert; Julius Streicher und Alfred Rosenberg sorgten für eine Orientierung Hitlers in Richtung der antisemitischen, königstreuen Nationalchristlichen Partei (PNC), der man sich näher fühlte als den proletarisch-sozialistischen und christlich-orthodoxen Asketen der Codreanu-Bewegung. Und 1940 stützten die Deutschen zwar die Entstehung des »national-

legionären« Staates unter Marschall Ion Antonescu und dem blassen Codreanu-Nachfolger Horia Sima, bestärkten Antonescu aber in seinem Unterfangen, sich der Legionäre zu entledigen. Viele von ihnen landeten in Konzentrationslagern. Oliver Jens Schmitt gelingt im Schlußteil des Buches ein hervorragender Blick auf das Fortleben Codreanus in der rumänischen Nachkriegsgesellschaft. Insgesamt zeigt der gebürtige Basler, daß es möglich ist, eine wissenschaftliche Biographie eines Faschistenführers vorzulegen, die ohne raunende Spekulationen auskommt. Schmitts Biographie ist somit das Gegenstück zu Hans Wollers Mussolini-Biographie (vgl. *Sezession* 73).

Benedikt Kaiser

Auf in die Barbarei

E. M. Cioran: *Apologie der Barbarei. Frühe Aufsätze 1932–1941*, Wien: Karolinger 2016. 136 S., 19,90 €

Suchte man bei der hier besprochenen Codreanu-Biographie einen Makel, so wäre es die Vernachlässigung des Aspekts der Intellektuellen im Umfeld des Căpitan und seiner Eisernen Garde. Konkret vermißt wird der Name E. M. Cioran. Der rumänische Philosoph und Aphoristiker, dessen Pessimismus so durchdringend, dessen Nihilismus so erschlagend war, gilt als eine der unumstrittenen Geistesgrößen des 20. Jahrhunderts. Und: Cioran war über Jahre hinweg Anhänger der Legionäre um Codreanu. Sein Gesamtwerk liegt im Deutschen binahe vollständig vor; 2011 verlegte Suhrkamp zudem eine Anthologie (*Über Deutschland*), die den »braunen Fleck« auf Ciorans Weste vorzeigen sollte. Doch auch in diesem Band fehlte die Essenz dessen, was Cioran zumindest temporär zu einem Sympathisanten Codreanus und seiner Legionäre machte. Der Wiener Verlag Karolinger hat nun – orientiert an der Struktur einer französischen Edition von

2015 – knapp 30 Artikel zusammengetragen und aus dem Rumänischen übertragen, die die *Apologie der Barbarei* mit jeder geschriebenen Zeile betreiben.

Die Radikalität des Denkens, die der Leser ohnehin erwartete – sie übertrifft alles. Cioran preist die Barbarei als Ausweg aus der Dekadenz der modernen Gesellschaften. Weshalb solle man den Niedergang des Bestehenden verzögern, wenn man durch eine wahre Explosion von Kräften und Energien das »apokalyptische Phänomen der Barbarei« herbeiführen könnte? Die Aufgabe der Jugend sei die Akzeleration des unvermeidlichen Zusammenbruchs der bestehenden Verhältnisse. Man dürfe sich nicht vor dem Chaos fürchten, sondern müsse dessen Fruchtbarkeit als Chance für einen totalen Neuanfang begreifen.

Neben dieser Affirmation des unversöhnlichen Bruchs versucht Cioran die Erscheinungen des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus in einen Zusammenhang zum rumänischen Dasein zu stellen. Er leidet am Rumänien seiner Zeit, schilt seine Landsleute der Geschichtslosigkeit, der Schwäche, der Unterwürfigkeit. In Berlin, wo er von 1933 bis 1935 als Stipendiat lebt, lernt er den Nationalsozialismus kennen und fordert eine dezidiert rumänische Entsprechung auch für seine Heimat. Ciorans Zuneigung ist dabei aus der Not geboren: Rumänien brauche ein straffes Regime zur Wiederaufrichtung. Die Diktatur wird als einzige Option genannt, um den Lebensnerv einer darbenden Nation zu retten, um die Jugend zu »formen« und zu neuen Leidenschaften zu animieren. Genau das habe sich in Hitlers Deutschland vollzogen, wenn gleich man nicht von einer »Revolution« sprechen könne, da Hitler die sozialen Strukturen nicht verändert habe und im Traditionalismus verharre. Ohnehin ist Ciorans Hitler-Bild ambivalent: einerseits die Organisation der Jugend, der

Aufbruch einer Nation. Andererseits wertet er Hitlers Bewegung als »Attentat auf die Kultur«, nennt die Vorstellung einer Blut-und-Rassen-Solidarität illusionär und gefährlich. Dennoch: Cioran fordert die barbarische Roßkur für Rumänien, den Kampf gegen die Demokratie (»die Schande der Gegenwart«) im Inneren – inklusive Konzentrationslager für Politiker – wie auch gegen die natürlichen Feinde (Ungarn) im Äußeren. Ein Land, meint Cioran in bezug auf die Notwendigkeit einer aggressiven Neuausrichtung der Außenpolitik, »hat nur Wert, wenn es für die anderen zum Problem wird«. Diese innere und äußere Aufrüstung Rumäniens traute Cioran nur Codreanu zu. Nur er habe den Rumänen überhaupt einen Sinn, einen Daseinszweck gegeben. Und als Codreanu ermordet wurde, schreibt Cioran 1940, habe nicht nur er sich einsam gefühlt, sondern ganz Rumänien. Deutlich wird in jedem der Texte: Der junge Cioran war kein harmloser Denker, und Grenzen des Sagbaren reizte er nicht aus, er sprengte sie alle.

Benedikt Kaiser

»Gottbegnadet«

Max Schwalb: *Hans Pfitzner. Komponist zwischen Vision und Abgrund*, Regensburg: Pustet 2016. 136 S., 12,95 €

Die Tatsache, daß bei Aufführungen der Werke Hans Pfitzners bisweilen von Bündnissen »gegen Rechts« und anderen für das Gute Engagierten hysterische Warnungen vor den Kompositionen dieses »Antisemiten und Reaktionärs« ausgesprochen werden, fordert das Interesse für Pfitzner geradezu heraus. In der Reihe *Kleine Bayerische Biografien* ist jetzt ein Bändchen erschienen, das die eigenartige, widersprüchliche Persönlichkeit und das weitgefächerte Werk

des vielgeschmähten Komponisten beleuchtet und durchaus unterhaltsam und anschaulich zu einem Bild zusammenzufügen versucht.

Von Anfang an wird Pfitzner als ein Problem behandelt. Das mag einem auf die Nerven gehen, wenn man sich künstlerisch mit ihm auseinandersetzen will, allerdings ist dem Autor Max Schwalb diese Herangehensweise kaum vorzu-

werfen. Schließlich wird Pfitzner von weiten Kreisen der musikalischen Öffentlichkeit tatsächlich als ein Problem empfunden, und die Art, in der Schwalb die Vorwürfe an den Komponisten aufgreift, ist im Großen und Ganzen ehrlich. Hans Pfitzner (1869–1949) hat

sich in zahlreichen kulturpolitischen Denkschriften in der Zeit der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches stark deutschnational und antisemitisch geäußert und sich zudem dem Nationalsozialismus gegenüber nicht ablehnend verhalten. Auch wenn er in den NS-Führungskreisen nicht besonders beliebt war, wurde ihm 1944 – neben Richard Strauss und Wilhelm Furtwängler – ein Platz auf der »Liste der Gottbegnadeten« zugemessen.

Pfitzner hat in der Musikgeschichte – sofern sein Werk nicht aus politischen Gründen unter den Tisch gekehrt wird – eine eigentümliche Stellung. Sein Werk, das mit Liedern, Kantaten, Opern sowie Solokonzerten und Sinfonien eine große Gattungsvielfalt aufweist, schwebt seltsam haltlos zwischen Spätromantik und Moderne. Das Attribut des musikalischen Reaktionärs, das Pfitzner von seinen Gegnern gerne angehängt wird, wird ihm ebensowenig gerecht wie jenes des progressiven Schönberg-Wegbereiters, das einige seiner sehr modernen Werke nahelegen. Schwalb stellt die einzelnen Werke sehr differenziert dar, hebt an ihnen sowohl das Große, Mei-



sterhafte wie auch das Unverständliche und mitunter »erschütternd Banale« heraus. Wenn man nach der Lektüre des Buches von der Person Pfitzner nicht gerade eingenommen ist, so ist das sicher nur in geringem Maße der Beurteilung Max Schwalbs zuzuschreiben. Pfitzner war zeit seines Lebens ein unbelehrbarer Misanthrop, der sich ständig unterschätzt, beleidigt und mißverstanden fühlte und dessen politische Vorstellungen tatsächlich als einigermaßen weltfremd zu bezeichnen sind. Gegen Ende des Buches mangelt es der Darstellung aber doch ein wenig an Wärme, so daß der hilflos halstarre Einzelgänger Pfitzner im Gesamtbild schlechter wegkommt, als es ihm gebührte.

Ursula Berlusckke

Anti-Donovan

Cacilda Jethá/Christopher Ryan: *Sex. Die wahre Geschichte*, Stuttgart: Klett-Cotta 2016. 430 S., 24,95 €

Gender mainstreaming tut heroisch so, als wäre es ein Kampf, dabei ist es längst Mainstream. Die große liberale »Entstrukturierung« (Manfred Kleine-Hartlage) weiß nicht, daß sie inzwischen konsensual operiert, und stellt immer noch jeden kleinen Angriff gegen »verkrustete Strukturen« und »traditionelles Verständnis von xy« als große Tat dar.

»Derzeit befinden wir uns im Krieg gegen unsere erotischen Sehnsüchte, die Konvention der monogamen Bis-daß-der-Tod-Euch-scheidet-Ehe dichtet Männern und Frauen eine falsche Identität an. Vielmehr ist Homo sapiens eine Spezies mit einer großen Schwäche für Sex. Der hat bei den Bonobos eine regulierende Funktion – indem es die Menschenaffen mit jedem treiben, kalmieren sie und leben entspannt dahin. Wie bei unseren Ur-ur-ur-Ahnen, für die ungezwungene Sexualität einst die Norm war.« Das entspannte Dahinleben in polygamer Sexualität erscheint

Cacilda Jethá und Christopher Ryan, den Autoren des Buches *Sex. Die wahre Geschichte*, als empfehlenswerte Kur für die in ihren Augen im Westen vorherrschende traditionell monogame, romantische Ehevorstellung. Diese sei »eine pathologische Haltung, die uns kontrolliert, statt uns zu ermöglichen, daß wir unser Leben genießen«. Das klingt verführerisch.

»Aber wenn das alles ist, wenn sich dein Leben nur ums ›Spaßhaben‹ dreht, genügt dir das? Ist dieses zivilisatorische Niveau – all dieser Friede, all dieser Überfluß – seinen Preis wert? [...] Wie lange werden Männer diesen Zustand relativer Unehrenhaftigkeit ertragen, wissend, daß ihre Verfahren stärkere Männer, härtere Männer, mutigere Männer waren? [...] Wir wissen, was der Weg der Männer einmal war. Ist der Weg des Bonobos alles, was uns geblieben ist?« Dann klingt das nicht mehr verführerisch.

Jack Donovans *Der Weg der Männer* (Schnellroda 2016), aus dem das letzte Zitat stammt, geht den entscheidenden Schritt weiter als Jethá/Ryan. Einer kapitalistisch-technokratischen Gesellschaft den evolutionären Ausweg ins polygame Fick-Nirvana zu weisen, und dabei anzunehmen, daß Monogamie eine »pathologische kulturelle Prägung« sei, die wahre Natur aber ganz anders aussehe, geht argumentativ und ethisch irre. Argumentativ, weil die Autoren Naturalismus und Konstruktivismus ganz nach Gutdünken verwenden. Die »evolutionäre« Natur der Spezies Mensch ist offenbar objektives Fundament seines Liebeslebens. Keine Konstruktion weit und breit zu erkennen. Dabei ist es eine ganz steile These, nur die polygam-polymorph-pervers interpretierten Bonobos als ethologisch artverwandt dem Menschen als Vorfäter bzw. -mütter anheimzugeben. Diese anthropologische

Basis ist kein Konstrukt, während die eheliche Monogamie und klare Geschlechterdistinktion eine »kulturelle Prägung, so tief, daß sich unsere Einstellung normal anfühlt« wären. Ethisch irren die volksaufklärerischen Polyamoristen aus einem anderen Grund.

Entstrukturierung erzeugt nicht die gewünschte Freiheit, sondern eine Unfreiheit, die mehr Züge eines Horrorszenarios trägt als eines Paradieses. Eine derart von »verkrusteten Strukturen« befreite Welt der Sexualität (*pars pro toto*) ist auch von jeglicher Hierarchie, jeglicher Ungleichheit, jeglicher Scheu und jeglichem Risiko befreit. Damit jedoch:

vom Sinn, überhaupt Sex zu haben und sich fortzupflanzen und als Gesellschaft fortzubestehen. Was bleibt, schildert Donovan als Zukunft »des Eine-Welt-Gouvernantenstaates, der uns von der Wiege bis zum Grab bemuttert, der globalen Zivilisation der Manager und Angestellten,

der oberflächlichen Konsumentenidentäten, der Gesellschaft der masturbierenden Bonobos«.

Sex. Die wahre Geschichte weiß nicht, was sie anrichtet. Können allein die Männer noch sich der Verführung einer feministischen Bonobosexualität entschlagen und ihren Weg beschreiten? Ich bin gespannt, und Spannung ist die entscheidende Ingredienz des menschlichen Liebeslebens.

Caroline Sommerfeld



Moralisch in den Untergang

Lothar Fritze: *Der böse gute Wille. Weltrettung und Selbstaufgabe in der Migrationskrise*, Waltrop und Leipzig: Edition Sonderwege (Manuscriptum) 2016. 202 S., 15,80 €

Noch ein Buch zur Masseneinwanderung? Ist das wirklich nötig? Nun, wenn es einen unkonventionellen Zugang zur Zuwanderungskritik wählt,

lautet die Antwort: Ja, das Buch ist nötiger denn je. Lothar Fritze, promovierter Philosoph und außerplanmäßiger Politikprofessor an der Chemnitzer Universität, hatte in der Vergangenheit schon einige Debatten durchzustehen, in denen ihm unter anderem vorgeworfen wurde, die Spielregeln der bestehenden Moraldiskurse innerhalb der bundesrepublikanischen Geisteswissenschaften zu mißachten, etwa in der Diskussion um die Legitimität des gescheiterten Hitler-Attentats von Georg Elser. Jetzt, angesichts der Grenzöffnungen für Migranten, greift Fritze zur Feder, um dem moralischen Universalismus der Zuwanderungsbefürworter auf die Pelle zu rücken und die Folgen der »Dialektik des guten Willens« zu kritisieren. Der Autor anerkennt dabei durchaus die moralische Pflicht, Notleidenden zu helfen. Er betont aber zugleich, daß beispielsweise eine Person, die in der Türkei ein Boot besteigt, gemäß Genfer Flüchtlingskonvention kein Flüchtling ist, daß also zuallererst zu klären wäre, wo die für jede staatliche Gemeinschaft nötige Grenze der Hilfespflicht verläuft. Geht man von der Prämisse aus, daß Fragen der Zuwanderung unter universalistischen Gesichtspunkten – etwa: alle Menschen haben ein Interesse an denselben Grundgütern, es gibt kein Recht auf Ungleichbehandlung – zu betrachten sind, müßte man tatsächlich jedem die Migration erlauben und eine entsprechende »Willkommenskultur« affirmieren. Eine solche schrankenlose moralische Haltung stelle jedoch, so Fritze, »die Bestandssicherung des Eigenen zur Disposition«. Die praktische Konsequenz der herrschenden Willkommenskultur wäre also à la longue die Bereitschaft, »das Eigene [...] aufzuopfern«. Opfere man jedoch das Eigene und setze somit seine staatliche Existenz aufs Spiel, zer-



störe man im gleichen Zuge auch die eigene (politische, ökonomische etc.) Fähigkeit, anderen zu helfen – damit wäre künftigen Hilfeleistungen nicht mehr nachzukommen und ein direkter Weg von der totalen Aufnahmebereitschaft zur totalen Verantwortungslosigkeit beschritten. Fritze touchiert zudem die Frage des Widerstandsrechts der angestammten Bevölkerung, wenn er hervorhebt, daß niemand die Politik der offenen Grenzen schweigend erdulden müsse. Vielmehr habe die Politik die Pflicht, ein funktionierendes Gemeinwesen zu erhalten, also auch Untergemeintes zu unterlassen, wenn es in der Destabilisierung oder gar Zerstörung ebenjenes Gemeinwesens münden könnte. Der Totalitarismusforscher sieht hier Parallelen zum kommunistischen Heilsversprechen, wonach menschliches Leiden minimiert werden sollte, indes das Gegenteil erreicht wurde. In der heutigen Gesellschaft werde nun – moralisch begründet – die grenzenlose Menschheitsgesellschaft gefordert. Zugleich aber würden Probleme importiert und jeder mit einer »beispiellosen Aggressivität« attackiert, der sich den »hypermoralischen Reflexen« verweigere. Schritt für Schritt dekonstruiert Lothar Fritze so die moralphilosophischen Grundlagen der staatlich geförderten Willkommenskultur. Ebenjene Ideologie zu entlarven, sei der entscheidende Schritt, um einen fundamentalen Bewußtseinswandel der Menschen zu erreichen. Fritze ist guter Dinge: Da die herrschende Lage menschengemacht und mindestens teilweise politisch gewollt sei, könne man gegensteuern und – nach dem Bewußtseinswandel durch Aufklärung der Bürger – einen Neuanfang wagen. Eine möglichst weite Verbreitung des vorliegenden Buches wäre für dieses Ansinnen hilfreich.

Benedikt Kaiser

Blinde Flecken

Gerhard Unterthurner/Andreas Hetzel (Hrsg.): *Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen*, Baden-Baden: Nomos 2016. 210 S., 39 €

Zu den großen Erzählungen in unserer angeblich narrationslosen Epoche gehört die Postdemokratie. In Kern dieser zeitsignaturischen Diagnose steht die Erkenntnis, daß der an ein bestimmtes Territorium gebundene, politisch organisierte *Demos* auf globale Strömungen (Umwelt, Finanzen, Migration und so fort) immer weniger Einfluß nehmen kann. Neoliberale Deregulierung, mediale Inszenierung der Politik und Demokratie als rein formal-technizistische Angelegenheit – das prägt maßgeblich die Stimmungslagen der unmittelbaren Gegenwart. Die Aufsätze des von Unterthurner und Hetzel herausgegebenen Sammelbandes sind mehr als bloße Kommentarskommentare zu häufig untersuchten Phänomenen. Von den Beiträgen ist besonders der von Lea Klasen und Lisa Matutat hervorzuheben, der die Theorie Jacques Rancières zu den aktuellen Debatten würdigt, weiter der Text von Oliver Marchat. Er sieht momentan eine vorherrschende »leere Nacht des Sozialismus«. Die führenden Vertreter der Linken wie Badiou, Žižek, ein obskures »Unsichtbares Komitee« und so fort ermangeln Marchat zufolge einer realistischen Urteilskraft und faseln öfters von einer »Neuen Ordnung«, die freilich die Abschaffung der alten voraussetzt. Jedoch können fundamentale Umwälzungen heute, in Zeiten relativ »kristalliner« Verhältnisse, weniger denn je glaubwürdig begründet werden. Seit Jahrzehnten wird in linken Kreisen darüber diskutiert, wer denn das Subjekt der Veränderungen sein soll, Arbeiter oder Intellektuelle? Die wissensbasierte Gesellschaft birgt weniger Potenzial zum Aufruhr als diejenige, die von der Maschinenwelt des 19. Jahrhunderts dominiert wurde. Ob es heute

noch die Möglichkeit gibt, wie es einst der Filmemacher Jean-Luc Godard postulierte, Theorie politisch zu betreiben, kann auch der weiterführende Essay von Marchat nicht beantworten. Herauszustellen sind zudem die Überlegungen von Felix Trautmann, der das »Verschwinden des Erscheinens« analysiert. Die Wichtigkeit des Themas leuchtet angesichts der zunehmenden Abstraktheit des Alltags unmittelbar ein. Wenig erstaunlich für einen in akademischen Bahnen konzipierten Band ist die Ausblendung zentraler Grundkonflikte, etwa zwischen denjenigen, die für den Erhalt einer wenigstens relativen ethnokulturellen Homogenität eintreten und denen, die die multikulturelle Auflösung des Gemeinwesens vorantreiben wollen. Lieber wird über angebliche Konfliktscheu lamentiert, die bei genauerem Hinsehen mehr und mehr verschwindet.

Felix Dirsch

Wachstumsparadigma

Ferdinand Knauß: *Wachstum über Alles? Wie der Journalismus zum Sprachrohr der Ökonomen wurde*, München: oekom 2016. 192 S., 24,95 €

So sehr die illegale Masseneinwanderung, der Deutschland seit 2015 ausgesetzt ist, das Land in Befürworter und Kritiker spaltet, so herrscht doch in einem von der Linken bis zur AfD eine grundsätzliche Einigkeit: Einwanderung sei notwendig. Ohne Einwanderung sei kein Wirtschaftswachstum zu realisieren, weil unsere Gesellschaft altere und immer weniger Arbeitskräfte hervorbringe. Gestritten wird lediglich über die Frage, ob und wie Immigration reguliert werden solle. Daß ein Volk seine Identität, seinen Charakter und seine Kinder einem Ding opfert, das als Wirtschaftswachstum bezeichnet

wird, ist erklärungsbedürftig. Der Historiker und Wirtschaftsjournalist (*Wirtschaftswoche*) Ferdinand Knauß (Jg. 1973) versucht weniger die Erklärung für dieses Phänomen zu liefern als überhaupt erst einmal zu beleuchten, wie das Wirtschaftswachstum, von dem vor dem Ersten Weltkrieg noch nirgends die Rede war, zu einer so mächtigen Vorstellung werden konnte, die jede andere aussticht. Die zentrale Motivation derer, »die das Wachstumsparadigma in die Welt setzten«, war von Anfang an: »Die Wachstumswirtschaft als gemeinsames Mittel, um alles Beteiligten zu Gewinnern zu machen, indem alle mehr bekommen und Verteilungskonflikte entschärft werden.«

Seinen Anfang nahm das Paradigma mit der Erfindung des Bruttosozialprodukts als volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus Sicht der Produktion, die zuerst in den Vereinigten Staaten angewandt und nach 1945 auf die gesamte westliche Welt ausgedehnt wurde. Die Rede vom Wachstum war in Deutschland zuerst nach dem Ersten Weltkrieg zu vernehmen, als Inflation und Reparationsforderungen die Frage nach der Leistungsfähigkeit Deutschlands aufwarfen. Nachdem der Begriff des Wachstums etabliert war, galt er als sicherer Gradmesser für den Erfolg von Politik. Dabei spielte die Presse eine entscheidende Rolle, die die von halbstaatlichen Instituten zunehmend zur Verfügung gestellten Zahlen gerne aufnahm und verbreitete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand der Durchsetzung des Wachstumsparadigmas nichts mehr im Wege, zumal sich die Presse als williger Multiplikator anbot. Knauß untersucht anhand von *FAZ*, *Spiegel* und *Zeit*, wie sich der Begriff im-

mer mehr etablierte und welche unkritische Rolle die Presse dabei spielte. Dessen Erfolgslauf konnten auch Ölkrisen und die daraus resultierende Wachstumskritik nicht aufhalten, nicht einmal entscheidend verzögern. In drei Interviews mit Wirtschaftsjournalisten, die ihr Geld mittlerweile alle unabhängig von der Mainstreampresse verdienen, wird deutlich, daß dieser Begriff nicht einmal intern hinterfragt wurde, so daß mit Thomas Kuhn wirklich von einem echten Paradigma gesprochen werden kann. Knauß sieht naheliegende Gründe für diese freiwillige Gleichschaltung der Presse in Bezug auf das Wachstumsparadigma. Zum einen profitierte man vom Bruttosozialprodukt, weil es die zuvor eher randständigen Wirtschaftsjournalisten zu wichtigen Meinungsmachern erhob, zum anderen haben sich diese Autoren in die Gefangenschaft der Standardökonomie begeben, aus der sie nur wieder herausfinden können, wenn sie den Blick dafür gewinnen, daß es sich auch bei der Wirtschaft und ihrer

Bewertung um historische Phänomene handelt, die in zahllose andere Bedingungs Zusammenhänge eingebettet sind. Knauß hat als Vertreter seiner Zunft einen mutigen Schritt in diese Richtung unternommen.

Erik Lehnert

Hysterisch: nie!

Gerrit Dworok: »*Historikerstreit*« und *Nationswerdung*, Köln: Böhlau 2015. 512 S., 50 €

Der Historikerstreit von 1986 bis 1988 war die wichtigste geschichtspolitische Debatte der alten Bundesrepublik. Folgerichtig ist die Literatur über dieses Ereignis sehr umfangreich. Dreißig Jahre nach ihrem Beginn (und übrigens ein Jahr vor dem Tod ihres Protagonisten Ernst Nolte) bedarf



es einer Einordnung dieser Auseinandersetzung in das Kontinuum der bundesrepublikanischen Geschichte vor und nach der Wende. Dworkin nimmt sich dieser Aufgabe an und bemüht sich in seiner Dissertation um einen neutral-ausgleichenden Standpunkt. Sein roter Faden ist die Nachzeichnung der vielfältigen Diskussionen über Nation, nationale Einheit, kollektive Identität und den Ort der deutschen Geschichte – allesamt Themen, die von der Frühzeit der Bundesrepublik an die Gemüter erhitzten und sich im Historikerstreit wie in einem Brennspiegel bündelten. Vor diesem Hintergrund arbeitet der Historiker heraus, daß es unterkomplex sei, in der Kontroverse lediglich zwischen einer revisionistisch-apologetischen sowie konservativen Richtung einerseits und einer progressiv-nationalkritischen andererseits zu differenzieren. Um zu einem solchen Urteil zu gelangen, muß er die Erinnerungsgeschichte Westdeutschlands, vor allem die Aufarbeitung von NS-Unrecht, vor 1985 in fundierten Zügen aufzeigen. Ebenso wird der mediale Rückblick auf den Nationalsozialismus im Zeitraum von 1945 bis 1985 untersucht. Gleichfalls fehlt die Skizzierung des Gegensatzes von Totalitarismus- und Faschismustheorie nicht, ebensowenig die »lebhaftige Kampfsituation« von Liberalkonservativen und Linksliberalen.

Die *in toto* klug urteilende Abhandlung kann belegen, daß sich die verschiedenen Themen des »Hysterikerstreits« (Immanuel Geiss) nahtlos an frühere Kontroversen angeschlossen haben. Der Kernthese der verdienstvollen Darstellung, daß der Historikerstreit als eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Nationswerdung gewertet werden müsse, ist jedoch mit Skepsis zu begegnen. Der breite Erfolg der Habermasianer in dem Disput, denen es allesamt um die Befreiung von der eigenen Identität ging, machte im Gegenteil vornehmlich eines deutlich: Deutschland war für eine et-

waige Wiederherstellung des Nationalstaates nicht gerüstet. Meinungsdominante politische und mediale Eliten, um 1990 nur kurzzeitig in die Defensive geraten, hegten in den 1990er Jahren begründete Hoffnungen, ihre Krise doch noch in einen Sieg umzumünzen: Das neue Deutschland werde möglichst bald nach außen in einem größeren Europa seine Wirkmächtigkeit einbüßen, nach innen durch eine zunehmend multikulturellere Gesellschaft sein Gesicht maßgeblich verändern. Beide Annahmen waren nicht zu weit hergeholt!

Felix Dirsch

Rechts, katholisch, intellektuell

Johannes Tröger: *Kulturkritik und Utopie. Das Denken rechter katholischer Intellektueller in Deutschland und Großbritannien 1918–1939*, Paderborn: Schöningh 2016. 232 S., 39,90 €

Die Ideengeschichte verzeichnete in den letzten Jahren nicht nur in den Geschichtswissenschaften Konjunktur. Ein Indiz für diesen Aufwind sind die Gründung und der Erfolg der *Zeitschrift für Ideengeschichte*, die im Münchner Beck-Verlag erscheint. Welchen Stellenwert, so ist zu fragen, besitzen Ideen und deren Persistenz für politisches Handeln und bezüglich staatlicher wie gesellschaftlicher

Ordnung? In diese Zusammenhänge ist das methodische Vorgehen der Dissertation von Johannes Tröger einzuordnen. Er arbeitet die strukturellen Implikationen von Entwürfen einiger Intellektueller heraus, die sich der konservativ-katholischen Gedankenwelt (vornehmlich der Zwischenkriegszeit) verpflichtet fühlten. Häufig werden deren eigentlich genuine Ansätze im Lichte des Nationalsozialismus gedeutet, was der Autor mit Recht als Verkürzung empfin-

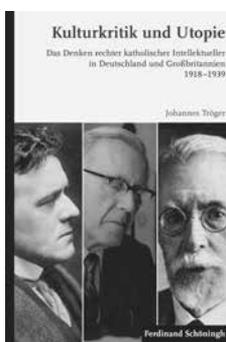
det. Tröger fragt, worin das ideen- und strukturpolitische Potenzial der entsprechenden Ansätze liegt. Eine Reihe von Denkern in Deutschland (Othmar Spann, Martin Spahn, Dietrich von Hildebrand und andere) und England (vor allem Gilbert K. Chesterton, Hilaire Belloc, Christopher Dawson) wird erörtert, deren Reflexionen in die Kategorie des »Dritten Wegs« eingeordnet werden können. Selbstredend sind die betreffenden Konzeptionen heterogen und grenzen sich partiell sogar voneinander ab.

Herausragend ist das Gedankengebäude von Spann, dessen distributionstheoretisch-antikapitalistische Grundlagen sich von freier Marktwirtschaft wie sozialistischen Systemen gleichermaßen unterscheiden. Der so umstrittene Wiener Gelehrte, dem auch von katholischer Seite oft Kollektivismus vorgeworfen wurde, lieferte die Basis für eine berufsständische Ordnung. Weiter stammten von katholischen Wissenschaftlern verschiedene Visionen vom künftigen Reich, die heute meist im Kontext des Dritten Reichs interpretiert werden, freilich zumeist aber einen Bezug zum untergegangenen Alten Reich herstellen wollten.

Interessant ist auch der Blick auf hierzulande weniger bekannte Theoretiker wie Belloc. Er präsentierte autoritäre Ansichten vor dem Hintergrund

einer stabilen liberalen Tradition, was ihn auf der britischen Insel zum Außenseiter abstempelte. Daß es der Autor einer nicht nur methodisch vorzüglichen Abhandlung im Schlußkapitel wagt, die längst zum Dogma geronnene Annahme vom »Ende der Geschichte«, die auf dem Einfrieren der seit 1945 dominanten ideenpolitischen Ansichten in Europa besteht, wenigstens vorsichtig im Hinblick auf mögliche Alternativen zu hinterfragen, macht Mut.

Felix Dirsch



Staatspolitisches Handbuch



Deutsche Daten Band 5

224 S., kartoniert, fadengeheftet, 15 €

Schnellroda 2017

ISBN 978-3-935063-58-6

Der Abschlußband! Von der Zeit der Völkerwanderung über das Mittelalter und die Neuzeit bis ins verheerende 20. Jahrhundert reichen die 100 Artikel der *Deutschen Daten*. – Wer das gesamte *Staatspolitische Handbuch* mit insgesamt weit über 1000 Seiten und rund 500 von drei Dutzend Autoren verfaßten Artikeln lesen möchte, sollte den günstigen Paketpreis nutzen.

Deutsche Orte – Band 4

220 S., kartoniert,
fadengeheftet, 15 €

Schnellroda 2014

ISBN 978-3-935063-57-9



Vordenker – Band 3

253 S., kartoniert,
fadengeheftet, 15 €

Schnellroda 2012

ISBN 978-3-935063-56-2



Schlüsselwerke – Band 2

263 S., kartoniert,
fadengeheftet, 15 €

Schnellroda 2011

ISBN 978-3-935063-55-5

Leitbegriffe – Band 1

176 S., kartoniert,
fadengeheftet, 15 €

Schnellroda 2009

ISBN 978-3-935063-54-8

Bei Abnahme aller fünf Bände gilt ein Paketpreis von 60 €.

VERLAG  ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 9 09 41 · Fax: (034632) 9 09 42 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Briefe an alle und keinen

GEEHRTER HERR F.M.,

grad sind wir zurück aus Linz und wieder im heimischen Reich. Wir knipsen im Büro synchron die Computer (für Sie: Rechner) an und *smalltalken* (für Sie: plaudern) während des kurzen Hochfahrens über das grenzgeniale Bier, das wir dort genossen. Wacholderodeur beim heimlichen Aufstoßen – wie fein ist das denn! Unsere Laptops (für Sie: Klapprechner) stehen längst grüßend parat, derweil sich unser büromäßiger Geschmacksdisput noch ein, zwei Mütchen weiterspinnt; Sie ahnen es, über Nutzen und Nachteil von Reinheitsvorstellungen hier und dort. Wird uns ja allenthalben vorgeworfen: Homogenitätswahn, Reinheitsgebote nicht nur beim Bier, man würde kotzen, wenn's nicht so unrein wäre.

Dann Mails (für Sie: e-Briefe) gecheckt (durchgesehen). Darin Ihr Anschreiben. Sie kündigen »mit sofortiger Wirkung« das Abonnement unserer Zeitschrift. Weil: »Als Konservativer kann ich es nicht verstehen, wie Sie die Verschmutzung des öffentlichen Raumes durch einen Grafitischmierer [sic] loben können. Ich beziehe mich hierbei auf den Bildteil der Oktoberausgabe Ihrer Zeitschrift.«

Wie? Zurückgeblättert: Der Künstler Wolf PMS hat asphaltierte Straßen großflächig kalligraphisch verziert: »Bleibt der Heimat treu!« Oder: »Wir sind die Völker!« Oder: »Wehrt Euch! Paris Brüssel Nizza!« – alles in gebrochener Schrift, nüscht besprüht, nüscht sonstwie gehudelt, bis auf's letzte Böglein Kunst und Mut und Aufruf (für Sie: Schmutz). Ganz ehrlich: Wurde Zeit, daß Sie kündigten.

Ihre Mischpoke von der
Sezession

LIEBER HERR ?,

wir wissen nicht, ob Sie Abonnent sind oder wenigstens Leser einzelner Hefte unserer Zeitschrift. Sollte Sie dieser Brief erreichen, bitte ich Sie, bis zum 20. Dezember die Redaktion aufzusuchen und Ihr Manuskript wieder abzuholen, andernfalls werden wir es schreddern. Es ist unbrauchbar. Weitere unverwechselbare Kennzeichen: mit Schreibmaschine getippt, etwa 200 Seiten, keine Seitenzahlen, durcheinandergbracht, zahllose photokopierte, mindestens zur Hälfte geschwärzte Kontoauszüge, thematisch (soweit für uns nachvollziehbar) ein Rechtsstreit mit Ihrer Mutter und Ihrer Hausbank, Beizettel: »Als Fortsetzungsstory für die Sezession (auch

plog) übergeben, alle rechte bei (unleserlich).« – Schreibfehler im Original ...

Bevor Sie nach der Begründung für unsere Ablehnung zu fragen wagen: Wir haben die nächsten 75 Hefte bereits durchgeplant.

Ordnungsgemäß,
die Geduldigen.



LIEBER HERR BÄRNTHALER,

wir danken aufrichtig für Ihren *tweet* von Mitte November: »Wir müssen die Ängste der Journalisten ernstnehmen.« Das stellt die saublöden Fragen der Meinungsmacher in ein ganz anderes Licht, die Frage des Radiofritzen beispielsweise: »Wie stehen Sie eigentlich zur Prügelstrafe?« Oder die der TV-Dame: »Sie tun und schreiben so smart, so überlegt und überlegen. Aber im Kern sind Sie knallhart. Warum leugnen Sie es?« Und die des Zeitungsmenschen: »Sie wissen doch genau, wohin Ihr Denken führt. Macht Ihnen das kein schlechtes Gefühl?«

Wenn wir also in Zukunft erneut Geduld und Zeit aufwenden, um die allzu bekümmerten Herren und Damen der mediokren Medien in unseren heiligen Hallen zu empfangen, tun wir das eingedenk Ihres feinen Spotts.

Ihre jetzt feinfühlig
Sezession

NEIN, SPARTANERBOY@...

es wird auch im kommenden Jahr kein Themenheft über Leonidas geben. Aber rechne in Heft 300 mit einem Durchhalteporträt. Elektra (5) und Achill (12) sind dann Deine Ansprechpartner in der Redaktion.

Gruß!
Dein Generationenprojekt

Institut für Staatspolitik – Studien



Josef Schüßlburner »Verfassungsschutz«: Der Extremismus der politischen Mitte

62 S., brosch., 5 €

Der Verfassungsschutz repräsentiert den Extremismus der Mitte. Er schützt nicht die Verfassung vor denjenigen, die sie mißachten, sondern sorgt für die öffentliche Stigmatisierung unliebsamer Meinungen. Wenn die Bundesregierung das Grundgesetz bricht, interessiert ihn das nicht. Wer eine normale Demokratie nach westlichem Vorbild in der Bundesrepublik Deutschland will, muß die den »Verfassungsschutz« tragende geschichtspolitische Konzeption des »Sonderwegs« zu überwinden suchen.

Der Weg in den Mainstream.

Wie linke Journalisten den Ton angeben

40 S., brosch., 5 €

Neben prominenten Seilschaften gibt es unsichtbare Netzwerke, die Meinungen »setzen«. Insbesondere linke Publizisten lassen durch geschickte Verzahnung mit Akteuren der Leitmedien ihre eigene Ideologie in die massenmediale Berichterstattung einfließen. Außenpolitisch umfaßt diese ein dogmatisches Treueverhältnis zu Israel und den USA, innenpolitisch das feindliche Verhältnis zur eigenen Nation und die Orientierung an Gesellschaftsexperimenten wie dem Multikulturalismus.



INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel. (034632) 90941 · Fax (034632) 90942

e-Post institut@staatspolitik.de · www.staatspolitik.de

Ich spreche den jungen schwarzen
Luftwaffenoffizier an: Die amerikanische
Nationalhymne, sage ich zu ihm,
bezeichnet Amerika als Heimat der
Tapferen. Was bedeutet das? »Wir
treten jeden in den Hintern.« Warum?
»Weil wir es können.«

Tuvia Tenenbom: *Allein unter Amerikanern*